

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Dank Euch, ihr Sowjetsoldaten!

1950 schrieb Johannes R. Becher ein Gedicht, das von Hanns Eisler vertont und von Ernst Busch gesungen wurde. Es hat von seiner Gültigkeit nichts eingebüßt: „Wer hat vollbracht all die Taten, / Die uns befreit von der Fron? / Es waren die Sowjetsoldaten, / Die Helden der Sowjetunion. / Dank euch, ihr Sowjetsoldaten, / Euch Helden der Sowjetunion!“

Es schmälert nicht den Anteil der Soldaten der anderen alliierten Armeen am Sieg über den Hitlerfaschismus, wenn insbesondere wir, die wir in der DDR gelebt oder in der Friedensbewegung der BRD im Kalten Krieg gewirkt haben, den Heroismus der Roten Armee besonders hervorheben. Kein anderes Land hat dem zweiten Griff des deutschen Imperialismus nach der Weltmacht so standgehalten wie die Sowjetunion. Kein anderes

Land erfuhr den Vernichtungswillen der deutschen Faschisten auf eigenem Boden so wie der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat der Menschheitsgeschichte.

Die faschistischen Pläne sahen vor, daß bis zu 40 Millionen Sowjetbürger Ende 1941 ausgerottet und alle übrigen dem Tod geweihte Sklaven der Herrenrasse sein sollten. Das Wissen um diese Absichten und um die Vernichtung, die 27 Millionen Sowjetbürger das Leben kostete, trennt bis heute Ost- und Westdeutsche. Die Bundesrepublik wurde gegründet, um den Sieg der Roten Armee rückgängig zu machen. Die DDR wurde gegründet, um das zu verhindern. Das waren Feuer und Wasser und sind es geblieben. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß „der Russe“, „der Iwan“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre als Schrecken dargestellt wurde. An meiner Volksschule bei Bremen wurde jährlich über mehrere Tage hinweg an die „Vertreibung“ erinnert und daran, daß Ostpreußen und Schlesien „unser“ seien. Damals wurde die BRD zum ersten Mal kriegstüchtig gemacht. Bis in alle Bildungseinrichtungen hinein schrieb der westdeutsche Staat die antisowjetische Hetze und die Lügen fort, die von der „Antibolschewistischen Liga“ 1919 bis zur Nazi-propaganda im Zweiten Weltkrieg in die Welt gesetzt worden waren. Hitlers Propagandaminister Josef Goebbels hatte im Februar 1945 die Konferenz der Alliierten in Jalta auf

der Krim mit den Worten kommentiert, bei einer deutschen Kapitulation werde sich vor den sowjetisch besetzten Gebieten, „sofort ein eiserner Vorhang heruntersinken, hinter



Sowjetisches Ehrenmal Berlin-Schönholz

dem dann die Massenabschlachtung der Völker“ begänne. Das war ein ungeschriebener Artikel des Grundgesetzes der Adenauer-BRD. Geschrieben stand darin, das Deutsche Reich müsse in den Grenzen von 1937 wiederhergestellt werden.

Das Hindernis waren die DDR, ihre Streitkräfte und Sicherheitsapparate, vor allem aber ihre Bevölkerung. Darunter waren nicht wenige Feinde des Sozialismus – kein Wunder in einem Land, in dem der Faschismus schon vor 1933 eine Massenbasis hatte gewinnen können und das bis zum 13. August 1961 offene Grenzen zum deutschen imperialistischen Staat hatte.

Jeder, der in der SBZ und in der DDR lebte, erhielt fast täglich Anschauungsunterricht darin, was der Überfall auf die Sowjetunion für ihn selbst bedeutete und welche Folgen er für Deutschland hatte. Im Westen gibt es mit wenigen Ausnahmen wie in Stukenbrock oder Sandbostel keine Mahnmale für Sowjetsoldaten, in der DDR gab es sie überall. Jedes DDR-Schulkind lernte nicht nur antifaschistische Gedenkstätten kennen, sondern auch Menschen, die dem Faschismus Widerstand geleistet hatten. Und jeder kannte die „Freunde“ im Land: die zu Hunderttausenden in der DDR stationierten Sowjetsoldaten.

Das prägt. Und es erklärt, warum in Ostdeutschland so ziemlich alle wissen, was der

8. und der 9. Mai bedeuten, in der alten BRD nicht.

In der Stadt, von der einst der Krieg ausging, wurde in den vergangenen Jahren dieses Gedenken auf zweifellos kriegstüchtige Weise eingeschränkt oder unterbunden. Begleitet war das von Schmähungen im Goebbels-Stil gegen das heutige Rußland. Vier Wochen vor dem diesjährigen 79. Jahrestag löste die Berliner Polizei eine Versammlung in geschlossenen Räumen auf, in der es um Frieden im Nahen Osten gehen sollte. Wer Frieden in diesem Land sagt, wird verfolgt. Der erneute Aufmarsch gegen Rußland hat schließlich längst begonnen. Dagegen sagen wir in diesem Jahr erst recht: Dank euch, ihr Sowjetsoldaten!

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Von Feinden und Freunden	2
Geplatze Illusionen	5
Der Westen und die neue Weltordnung	7
Gespräch mit Tobias Bank	9
Ampel schaufelt Deutschlands Grab	10
Brief an Hofreiter	11
Beschwerdebrief an das ZDF	13
Propaganda und Meinungsmache	14
Berliner Ostermarschrede Lühr Henken	15
Rede von Michael von der Schulenburg zum Ostermarsch in Berlin	16
Verhandlungsbereitschaft von RF, USA und EU zu Frieden erkennbar?	18
Geschichte des Ukraine-Konflikts	21
Wer muß Angst bekommen, wenn Deutschland „Frieden stiftet“?	22
NATO-Abrechnung	24
Gedanken zum Wandel der Zeiten	25
Einflußschwund der USA in Nahost-Konflikten?	26
Nicaragua verklagt Deutschland	27
Zur Lage in Myanmar	28
Kampf der KPD gegen die faschistische Gefahr 1929 bis 1933	30
Der Dawesplan – Dollarsonne oder Ausplünderung des Landes?	33

Von Feinden und Freunden

Wenn der alte Militärspruch „Viel Feind viel Ehr“ stimmt, dann müssen wir uns hier im Land gegenwärtig keine Sorgen um unsere Ehre machen. Wenn ich den nationalen Medien, mit ganz wenigen Ausnahmen, Glauben schenken würde, sind wir weltweit und in Europa von Feinden bedrängt und müssen schleunigst anfangen, uns wehrhaft zu machen, in der NATO und in der Schule. Doch halt, was ist ein Feind eigentlich? Obwohl wir in der DDR ein klares Feindbild hatten, was uns der völlig feindbildlose Westen heute noch vorwirft, kommt der Begriff „Feind“ im Kleinen politischen Wörterbuch weder in der Ausgabe von 1976 noch in der von 1988 vor. Selbst mein „Brockhaus“ von 1928 will mir den Begriff nicht erklären. Also dann Wikipedia. Dort finden wir folgende Erklärung: „Als Feind (aus althochdeutsch *fiant*, *vint*, ‚Haß‘) wird allgemein eine soziale Beziehung zwischen zwei oder mehr Individuen, Gruppen oder Staaten bezeichnet, die durch die Existenz von Feindbildern gekennzeichnet ist. Gegensatz ist der Freund. Das Wort ‚Feind‘ stammt Johann Christoph Adelung zufolge (1775) ursprünglich aus der Militärsprache und bezeichnet Personen welche im Krieg ‚öffentliche Gewalttätigkeiten gegeneinander ausüben‘ (...). Im Gegensatz zum normalen Gegner wird ein Feind auch mit unfairen Mitteln bekämpft.“ Feinde sind also Menschen oder Menschengruppen oder Staaten, die wir hasen, weil wir oder zumindest ein nicht geringer Teil der uns Beherrschenden meint, sie würden uns feindlich gegenüberstehen. Wie sieht das nun in der Praxis aus? Unsere gegenwärtigen Freund-Feind-Konstellationen sind, soweit sie die BRD betreffen, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden. Die Deutschen meinten, zu kurz gekommen zu sein bei der Aufteilung der Welt, ihr neuer „Guru“ nach 1933 faselte beständig vom „Volk ohne Raum“ und der „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“. Hinzu kam der Erbfeind im Westen und die Slawenhorden im Osten. All das reichte aus, um, gestützt von nicht wenigen Verbündeten, die Welt in Brand zu setzen. Wie das geendet hat, ist bekannt. Mehr als sechs Millionen tote Deutsche, mehr als sechs Millionen individuell oder industriell ermordeter Juden, mehr als 30 Millionen Slawen, mehr als 27 Millionen Sowjetbürger vieler Nationen, Millionen Tote in vielen Ländern Europas und Asien und auch fast eine halbe Million US-Amerikaner erlebten das Ende des Krieges nicht. Wir, die Deutschen, hatten uns die Welt zum Feind gemacht.

Während Stalin betonte: „Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk, der deutsche Staat aber bleibt ...“, faßte Churchill das Ergebnis etwas anders zusammen: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet.“ Das bezog sich mit Sicherheit darauf, daß die Westmächte vor dem Krieg ihren Beistandsverpflichtungen, z. B. gegenüber Polen und der Tschechoslowakei, nicht nachgekommen sind und die Nazis ungehindert agieren ließen, weil sie hofften, sie würden sich gegen die Bolschewiken

wenden und vielleicht das leidige „Judenproblem“ auch in ihren Ländern lösen. Als Nazideutschland dann Frankreich überfiel, Großbritannien bedrohte und die USA es mit Japan zu tun bekamen, ließ man sich nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion und den ruchbar gewordenen Verbrechen der deutschen Faschisten auch auf Druck der eigenen Bevölkerung auf ein Antihitler-Zweckbündnis ein. Freunde wurde man nicht. Noch vor Ende des Krieges kamen die Mitglieder der Antihitlerkoalition überein, Deutschland



Sowjetisches Ehrenmal Berlin-Treptow

in verschiedene Besatzungszonen, verwaltet durch die künftigen Sieger, aufzuteilen. In erster Linie ging es zunächst darum, sicherzustellen, daß Deutschland entnazifiziert und entmilitarisiert wurde. Doch die Westmächte, insbesondere die USA, wollten auch verhindern, daß die siegende Sowjetunion einen zu großen Zugriff auf europäische Länder erhielt. Und so wurden bereits kurz nach Ende des Weltkrieges die Karten neu gemischt – oder neue Freunde gefunden und alte Feindschaften aufgefrischt. Während die Sowjetunion in den von ihr befreiten Ländern sowie in dem von ihr besetzten Teil Deutschlands die antifaschistischen Kräfte unterstützte und es so zur Bildung der Volksdemokratien kam, gab es auch in westlichen Ländern einen großen Aufschwung sozialistischer und kommunistischer Kräfte. In Frankreich und Italien waren Kommunisten prominent an der Regierung beteiligt. Die USA und erzkonservative Kräfte arbeiteten mit legalen und geheimdienstlichen Mitteln dagegen mit Erfolg an. In Griechenland wurde sogar gegen die bewaffneten Volkskräfte Krieg geführt. Dabei scheute man nicht die Zusammenarbeit mit Faschisten. Auch in den osteuropäischen Ländern und in der Sowjetunion rekrutierten vor allem US-Amerikaner und Briten die Kollaborateure, die den Nazis bei ihren Verbrechen geholfen hatten, um einen terroristischen Untergrundkrieg zu

führen. Hinzu kamen ehemalige Kommandeure von Wehrmacht und SS, die den neuen Herren Wissen und Handlanger zur Verfügung stellten. Diese Untergrundkriege, z. B. im Baltikum, in der Ukraine und in Polen, zogen sich bis zu Beginn der 50er Jahre hin. Aus alten Feinden wurden neue Freunde. Legal arbeitete man an einem militärischen Bündnis gegen „die Bedrohung durch den Kommunismus“, und so wurde am 4. April 1949 die NATO als Militärbündnis westeuropäischer Staaten sowie Kanada und den USA gegründet. Daß die Furcht vor dem Kommunismus auch paranoide und pathologische Züge hatte, zeigt die Tatsache, daß am 22. Mai 1949 der ehemalige US-Kriegsminister James V. Forrestal mit dem Ruf „Die Russen kommen ...!“, aus dem 16. Stock eines Navy-Krankenhauses in Maryland sprang.

In den weiteren Jahrzehnten wurde das Wort „Kommunismus“ zum universalen Feindbegriff. Obwohl weder die Sowjetunion noch die Volksdemokratien je kommunistische Länder waren, allerhöchstens waren sie auf dem Weg zum Sozialismus, wurde der die Welt bedrohende Kommunismus zum Schauermärchen und Feindbild schlechthin. Und so erfolgte auch die Einteilung in Freund und Feind. Antikommunisten, waren sie auch die größten „Schweinebacken“ – ich erinnere an Haitis Duvalier an Pinochet, an den Portugiesen Salazar oder Spaniens Franco, die griechische Obristenclique, selbst der junge Saddam Hussein – alles Freunde. Und, wie der andere Schauspielerpräsident Reagan immer betont hat, auf der anderen Seite der „Hort des Bösen“ mit deren Zentrum, der Sowjetunion. Die NATO und deren Ableger in Asien waren die militärischen Speerspitzen zur Abwehr der kommunistischen Bedrohung, die dann hin und wieder auch präventiv tätig hätten werden können. Dann kam 1990 die Stunde der Wahrheit. Die sozialistischen Länder Europas und 1991 auch die Sowjetunion erlitten eine Niederlage im Kampf mit dem „Guten“ und durch eigene Unzulänglichkeiten. Eigentlich hätte man die NATO einstampfen können. Doch es zeigte sich, sie war kein Verteidigungsbündnis, sondern eins zur Durchsetzung ökonomischer und machtpolitischer Interessen. Jugoslawien war das erste Opfer in Europa. Ab 2014 Verteidigung der Freiheit am Hindukusch, später Timbuktu. Wir brauchten wieder einen „Ehrenhain“ für Gefallene. Und nun kämpfen die Ukrainer als letzte Bastion gegen die russische Invasion. Die Ukrainer sind unsere „neuen“ Freunde, die Russen, man möchte sagen, wie immer, unsere Feinde. Ist das so? Nein, so wie ich mir meine Freunde selbst aussuche und ich habe einige, darunter Russen, Polen, Griechen, Ungarn, Iren, Weißrussen, Engländer, Kalmücken, ja sogar Ukrainer, genauso ist kein Land, kein Volk mein Feind. Mir sollte eher vor jenen grauen, die mir Feinde einreden wollen, mich kriegstüchtig machen wollen, um dann für ihre Interessen in den Krieg zu ziehen. Also sind meine Feinde ganz objektiv jene, die sich an Kriegstreiberei dumm und dämlich verdienen und jene, die als willige Helfer und Sprachrohr dienen.

Uli Jeschke

Slowakei: Gedenken an gefallene Rotarmisten, scharfe Kritik an Geschichtsleugnern

Robert Fico, der Ministerpräsident der Slowakei, hat am 4. April an der traditionellen Gedenkfeier für die Befreiung der slowakischen Hauptstadt Bratislava von der deutschen Wehrmacht und den Truppen Hitlers vor 79 Jahren teilgenommen. Wie die Zeitung *Štandard* berichtet, hielt er dabei an der nationalen Gedenkstätte Slavin eine beeindruckende Rede, mit der er sich klar dem aktuellen Zeitgeist entgegenstellte, die Leistungen der sowjetischen Befreier zu leugnen oder zu verschweigen:

„Ich möchte Ihnen allen von ganzem Herzen dafür danken, daß Sie persönlich nach Slavin gekommen sind und den Soldaten der Roten Armee, die bei der Befreiung von Bratislava gefallen sind, aber auch denjenigen, die diese schweren Kämpfe nicht überlebt haben, Respekt zollen“, sagte Fico zu Beginn seiner in der Slowakei viel beachteten Rede.

Fico kritisierte scharf, daß sich die Botschafter aller EU-Länder geweigert haben, dem Gedenken beizuwohnen und wenigstens den gefallenen Befreier Respekt zu erweisen:

„Ich danke Ihnen, Herr Botschafter der Russischen Föderation, Herr Botschafter von Belarus, Herr Botschafter von Kasachstan und Aserbaidshan, die hier bei uns sind. Und ich bedaure sehr, daß keiner der eingeladenen

Botschafter der EU-Länder gekommen ist. Ich möchte an dieser Stelle sagen, daß es hier 6845 Gräber von jungen Menschen gibt. Menschen, die bei der Befreiung von Bratislava gefallen sind. Menschen, die nicht in ihr Heimatland zurückkehren konnten, da sie – so kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs – gefallen sind.“

Tschechen und Slowaken, betonte der Ministerpräsident mit Verweis auf den aus gesundheitlichen Gründen verhinderten Ex-Präsidenten des Nachbarlandes Miloš Zeman, haben ihre eigene Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg. Und sie werden sich diese Wahrheit nicht nehmen lassen:

„Ich bin ein Slowake, ein stolzer Slowake, und ich weiß, was hier geschehen ist. Und ich erkläre vor der ganzen Welt, daß ich jedes einzelne Opfer des Zweiten Weltkriegs absolut zu würdigen weiß. Aber die Tatsache, daß sich aus irgendeinem irrationalen Grund Vertreter anderer Staaten weigern hierherzukommen, betrachte ich als Ausdruck der Respektlosigkeit gegenüber den Soldaten der Roten Armee, die auf diesem Friedhof begraben sind.“

Im Weiteren zitierte Fico auch den slowakischen Schriftsteller Vladimír Mináč mit den Worten:

„Die Geschichte kann für eine kurze Zeit vergewaltigt werden, aber man sollte wissen, daß die Geschichte sich früher oder später immer dafür rächen wird.“

Der slowakische Regierungschef kritisierte Tendenzen, die Rolle der Völker der ehemaligen Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg infrage zu stellen. Das seien keine zufälligen Tendenzen, sondern „bewußte Handlungen – lanciert durch Medien, NGOs u.a. –, die langsam bis in die Schulen vordringen.“ Die Geschichtsfälscher würden ein völlig anderes Bild der Ereignisse zeichnen. Fico rief dazu auf, sich dem entgegenzustellen und jede Gelegenheit zu nutzen, die Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg zu berichten.

Fico erinnerte unter anderem daran, daß Adolf Hitler bei einem der Treffen nach Ausbruch des Krieges im September 1941 in einem Gespräch mit dem rumänischen Außenminister gesagt hatte: „Meine Aufgabe ist es, die Slawen auszurotten.“ Hitlers Politik war eine Politik der Ausrottung der Slawen, eine Politik ohne jegliche Rechenschaft für die begangenen Kriegsverbrechen. Dann gab der Ministerpräsident auf eine rhetorische Frage seine entschiedene Antwort:

„Und davor sollen wir die Augen verschließen? Ich antworte ganz klar: niemals!“

Quelle: RT, 8.4.24

Unvergessen: Marschall Fjodor Iwanowitsch Tolbuchin – Held der Sowjetunion

Vor 130 Jahren, am 16.6.1894, wurde der Befreier Wiens, Marschall Fjodor Iwanowitsch Tolbuchin, geboren. Tolbuchin wuchs in einer Bauernfamilie mit vier Brüdern und drei Schwestern auf.

Im Herbst 1918 trat er der Roten Armee bei. Im November 1930 wurde er zum Stabschef des 1. Schützenkorps in Nowgorod ernannt und absolvierte dann 1934 die operative Fakultät der Frunse-Militärakademie. Im Januar 1935 ernannte man ihn zum Stabschef des in Leningrad stationierten 19. Schützenkorps und im September 1937 zum Kommandeur der 72. Schützendivision des Kiewer Militärbezirks.

Am 20. Oktober 1943 wurde die Südfront in „4. Ukrainische Front“ umbenannt, welche Nordtaurien befreiten und bis Mai 1944 die Halbinsel Krim zurückeroberte. Von Mai 1944 bis Juni 1945 war Tolbuchin Oberbefehlshaber der 3. Ukrainischen Front, welche im August 1944 Moldawien und anschließend Bulgarien befreite.



Marschall der Sowjetunion Fjodor Iwanowitsch Tolbuchin (1894–1949)

Am 28. September 1944 begann die 3. Ukrainische Front in Zusammenarbeit mit der Volksbefreiungsarmee Jugoslawiens mit der Durchführung der Belgrader Operation. Belgrad wurde von der deutschen Besatzung befreit.

Im März 1945 hielten seine Armeen der deutschen Plattenseeooffensive erfolgreich stand und erreichten am 13. April die Befreiung der

österreichischen Hauptstadt Wien. Am 8. Mai 1945 trafen seine Truppen in Erlauf in Niederösterreich auf US-amerikanische Truppen.

Tolbuchin starb am 17. Oktober 1949. Seine Urne wurde an der Kremllauer in Moskau beigesetzt.

Er war Ehrenbürger Sofias (1946) und Belgrads (1947). Die Stadt Dobritsch in Bulgarien war bis 1990 nach ihm benannt. Ein Denkmal des Bildhauers Lev Kerbel für Tolbuchin wurde auf dem Samotjotschni-Platz in Moskau errichtet. In Wien war bis 1956 die Laxenburger Straße, eine Ausfallstraße im Süden der Stadt, nach ihm benannt.

Das Heldendenkmal der Roten Armee am Wiener Schwarzenbergplatz erinnert an die über 17 000 bei der Schlacht um Wien gefallenen Soldaten. An der Kolonnade ist auf russisch zu lesen: „Ewiger Ruhm den Helden der Roten Armee, die gefallen sind im Kampf gegen die deutschfaschistischen Landräuber – für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker Europas“.

Raimon Brete, Matthias Schwander, Dietmar Lehmann, Chemnitz

Frieden ist das höchste Gut der Menschheit

Als der Krieg nach Deutschland zurückkam, war ich ein Kind von acht Jahren. Im Herbst 1944 zog der Ortsgruppenführer (NSDAP) von Hof zu Hof und verkündete mit seiner Befehlsstimme, die aus einem blechernen Trichter erschallte, daß in kürzester Zeit Haus und Hof zu verlassen seien. Nur die nötigsten Sachen konnten mitgenommen werden. Mit einem Zweispänner vor dem Leiterwagen verließen wir unsere Heimat in Ostpreußen. Noch heute, acht Jahrzehnte später, sind mir diese Bilder und das folgende Geschehen unserer Flucht westwärts in Erinnerung. Meine wichtigste Erkenntnis aus dem Erlebten: Frieden ist das höchste Gut der Menschheit. In der faschistischen Propaganda wurden die „Russen“ als Ungeheuer mit einem Messer zwischen den Zähnen dargestellt, was in der Bevölkerung tiefe Angst vor ihnen hervorrief. Es war Winter, der kalte Winter 1944/45. Mit vielen Flüchtlingen saßen wir fest in einem verlassenen Haus vor der Stadt Mohrungen. Auf der Straße sah ich eines Tages einen Trupp Soldaten in schmutzigen ausgefransten Armeemänteln vorbeimarschieren. Auf meine Frage, was das für Soldaten wären, antwortete meine Mutter: „Das sind die Sieger.“ Ich konnte es kaum fassen. Aus meiner Fibel kannte ich Bilder der deutschen Wehrmacht, alle sauber und schmuck gekleidet. Welch ein Gegensatz zu den russischen Soldaten, den Siegern!

Während der Krieg nach Berlin weiterzog, organisierte die russische Kommandantur in Mohrungen das zivile Leben, den Frieden. Ich erinnere mich daran, daß eines Tages russische Offiziere zu uns kamen. Sie suchten Arbeiter für Feldarbeiten, denn es mußte etwas gegen den Hunger unternommen werden. Meine Mutter wurde der russischen Kommandantur bald eine unverzichtbare Hilfe. Als Bauersfrau konnte sie mit Pferden umgehen, konnte mähen, Garben binden und akkurat einen Erntewagen mit dem gereiften Korn beladen, was ihr bei den sowjetischen Soldaten Respekt und Achtung einbrachte. Eine kleine Episode ist mir noch im Gedächtnis: Ein Offizier rauchte drinnen im Raum seine Machorka, warf die Kippe auf den Boden und trat die Glut aus. Meine Mutter hob die zertretenen Reste auf und meinte: Nix Kultura. Das führte bei dem Gerügten nicht zu einer zornigen Entgegnung, im Gegenteil, als er am Tag darauf dieselbe Handlung bei seinem ihn begleitenden Soldaten bemerkte, befahl er ihm, die Kippe aufzuheben und sagte: Nix Kultura!

Damals kannten wir nicht den Ausdruck Rote Armee oder Sowjetsoldaten. Das lernte ich erst in einer Schule. Nach und nach wurde uns hier ein objektives Bild über die Geschehnisse des 2. Weltkrieges und eine möglichst vorurteilsfreie Sicht auf die Sieger aus der Sowjetunion vermittelt. Uns wurde die Geschichte der

Sowjetunion, ihre Wirtschaft und Kultur nahegebracht. Mit Interesse las ich russische und sowjetische Literatur. Nachhaltigen Eindruck hinterließen bei mir u. a. Werke von Leo Tolstoi, Alexej Tolstoi, Fjodor Dostojewski, Galina Nikolajewa, Michail Scholochow – eine Literatur, die der Humanität und dem friedlichen Miteinander der Menschen verpflichtet ist. Es gab einen gravierenden Unterschied in der Beurteilung des 8. Mai 1945 diesseits und jenseits der Elbe. Während im Osten vom „Tag der Befreiung“ – es war die Befreiung vom Faschismus – gesprochen wurde, war es im Westen der „Tag der Niederlage“. Und dementsprechend unterschiedlich, ja geradezu gegensätzlich, war das Bild über die Russen in den beiden ab 1949 selbständigen deutschen Staaten.

Heute, scheint es, holt Deutschland den Krieg wieder zurück ins eigene Land. Die Kämpfe in der Ukraine toben nun schon zwei Jahre, und sie werden von der Ampel-Regierung nach Kräften angeheizt und befördert. „Vergessen“ wird, die Bevölkerung über die wahren Ursachen dieses Konflikts aufzuklären. Sie liegen in erster Linie in der für Rußland unzumutbaren Osterweiterung der NATO und in dem Krieg Kiews gegen die autonomen Republiken Donezk und Lugansk seit 2014.

Ella Schleese
Frankfurt/Oder

Von Bruchmühle ging der Anstoß aus ...

Dem 1. Mai 1945 beging die Gruppe Ulbricht im „Säulenhaus“ in Bruchmühle bei Strausberg, wo sie Quartier bezog, mit einer Arbeitsbesprechung. Walter Ulbricht, der am Tag einige Bezirke Berlins besucht hatte, berichtete über seine Eindrücke und gab Hinweise für die Arbeit, die am 2. Mai aufgenommen werden sollte. 20 Jahre später, am 2. Mai 1965, folgten Einwohner von Bruchmühle und aus dem Kreis Strausberg der Einladung der SED-Bezirksleitung zu einer Zusammenkunft auf dem Sportplatz des Ortes, auf der an dieses historische Ereignis erinnert wurde.

Im Anschluß an die Kundgebung zogen die Teilnehmer zu den beiden Stätten des Ortes, die mit der Arbeit der Gruppe Ulbricht zwischen dem 1. und 8. Mai 1945 verbunden sind. Vor dem renovierten Säulenhaus wertete Botschafter Gyptner – vor 20 Jahren selbst einer der Beauftragten des ZK der KPD – die Bedeutung der Arbeit, die von hier ausstrahlte: „Es ging nicht nur um Berlin, es ging um Deutschland, um das ganze deutsche Volk, um den Aufbau einer friedliebenden, demokratischen Ordnung.“ Unter dem Beifall der Anwesenden enthüllte Genosse Gyptner eine Gedenktafel mit der Inschrift: „Hier wohnten und arbeiteten vom 1. bis 8. Mai 1945 die Beauftragten des ZK der KPD. Unter der Leitung von Walter Ulbricht begannen sie noch vor Ende des faschistischen

Krieges mit dem Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Deutschland.“ Bei der Enthüllung einer weiteren Gedenktafel am „Jägerheim“, einer Gaststätte, wo die erste Beratung der Gruppe Ulbricht am 1. Mai 1945 stattfand, sprach Staatssekretär Otto Winzer, ebenfalls ein Mitglied der Gruppe Ulbricht. Er schilderte die schweren Eindrücke, welche die aus zwölfjähriger Emigration in ihr deutsches Vaterland Zurückgekehrten gewannen. In einem einzigen Satz beschrieb er die historische Bedeutung jener für die deutsche Nachkriegsentwicklung entscheidenden Beratungen der Arbeitsgruppe Ulbricht im Mai 1945: „Von Bruchmühle ging der Anstoß zum Aufbau der Fundamente einer neuen demokratischen und friedliebenden Ordnung auf deutschem Boden aus.“

In späteren Jahren sind wir häufig mit Gästen, die uns in Eggersdorf besuchten, durch den Wald nach Bruchmühle gewandert. Immer wieder erinnerten uns die beiden Schrifttafeln daran, daß an diesem Ort im Mai 1945 in gewisser Weise auch für unser künftiges Leben nach dem Kriege Weichen gestellt wurden. Aber auch hier hat die Bilderstürmeri schmerzliche Spuren hinterlassen. Schon in den ersten Tagen nach der Rückwende verschwand die Gedenktafel am „Jägerheim“. Der Wirt wußte angeblich nicht, wo sie geblieben sein könnte.

Im Mai 2001 konnten wir noch ein Foto vom „Jägerheim“ machen. Heute gibt es die Gaststätte, in der die Beratungen der Gruppe Ulbricht stattgefunden haben, nicht mehr, sie wurde verkauft und abgerissen. Auch die Schrifttafel am „Säulenhaus“ ist nicht mehr zu sehen. Mitglieder der DKP und der PDS gingen der Sache jedoch auf den Grund. Dank ihrer Initiative konnte aufgeklärt werden, was mit ihr geschah. Die Hauseigentümer hatten die Platte wegen einer bevorstehenden Renovierung abmontieren lassen. Nach einer notwendigen Reinigung durch eine Spezialfirma sollte sie wieder angebracht werden. Ein Interessent aus Amerika meldete sich und wollte sie für 3000 Dollar erwerben. Daraus wurde zwar nichts, aber eine Frage blieb offen. Wer soll die Reinigung der Platte bezahlen? Weder die Stadt Altlandsberg noch das Amt für Denkmalpflege in Strausberg meinten, die dafür erforderlichen Mittel nicht zu haben. Ja, wenn der Alte Fritz im Säulenhaus übernachtet hätte ... Da wäre die Frage wohl nicht lange offen geblieben

Prof. Dr. Erich Kundel
Eggersdorf

Aus: Rote Kalenderblätter,
Hrsg. DKP Brandenburg, Mai 2005

Zum Umgang mit der Wahrheit

Am 2. April 2024 vermeldete das öffentlich-rechtliche Fernsehen den Tod des letzten Überlebenden des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor, Lou Conter, im Alter von 102 Jahren. Anmoderiert wurde die Meldung mit dem „japanischen Überraschungsangriff“ auf den US-Flottenstützpunkt, der am 7. Dezember 1941 stattfand.

Zur journalistischen Sorgfaltspflicht hätte es gehört, darüber aufzuklären, daß dieser Überfall für die amerikanische Regierung keinesfalls eine Überraschung war! Bereits im Vorfeld war es dem US-Marinegeheimdienst gelungen, die Verschlüsselung des Funkverkehrs der Japaner zu knacken. Die amerikanische Administration war über die japanischen Pläne bestens informiert, allerdings war der Personenkreis, der Kenntnis der sogenannten Magic-Daten hatte, sehr

begrenzt. Den militärisch Verantwortlichen auf Pearl Harbor, Admiral Kimmel und Generalleutnant Short, wurden die „Magic“-Daten vorenthalten. Immerhin veranlaßte der Operationschef der US-Marine, Admiral Stark, der zu dem eingeweihten Personenkreis um den US-Präsidenten gehörte, die Verlegung der zwei auf Pearl Harbor stationierten Flugzeugträger in ein anderes Gebiet, zurück blieben veraltete Kriegsschiffe.

Nun muß man wissen, daß im Herbst 1941 die Stimmung in der US-Bevölkerung noch gegen einen Eintritt der USA in den 2. Weltkrieg war. Nach dem japanischen Angriff am 7. Dezember 1941 sollte sich diese Stimmung jedoch komplett ändern, 2403 tote amerikanische Soldaten, 164 zerstörte Flugzeuge und 18 versenkte Schiffe führten in der öffentlichen Meinung zu diesem Meinungsumschwung.

Natürlich wurden auch die „Schuldigen“ gefunden. Ein vom Präsidenten eingesetzter Untersuchungsausschuß ermittelte die genannten militärischen Vorgesetzten vor Ort als die Verantwortlichen für die Niederlage und warf ihnen Pflichtversäumnisse vor, beide wurden in den Ruhestand versetzt, was einer Bestrafung gleichkam. Eine Rehabilitation erfuhren Kimmel und Short erst nach ihrem Tode! Am 25. Mai 1999 verabschiedete der US-Senat eine Resolution, in der er eingestand, daß den Offizieren wichtige Informationen vorenthalten wurden.

Oberst a.D. Friedemann Munkelt
Leipzig

(Weitere Informationen in „Imperium USA“, Daniele Ganser, ISBN: 978-3-280-05708-7)

Vom gemeinsamen Haus Europa, gegenseitigem Respekt und anderen geplatzten Illusionen

„Wir haben die Deutschen vom Faschismus befreit, das werden sie uns nie verzeihen.“ Es gibt Sätze, die eine umfängliche Analyse ersetzen, dennoch aufgrund zeitgeschichtlicher Ereignisse nahezu in Vergessenheit geraten sind. Dieser, der dem Marschall der Sowjetunion Georgi Konstantinowitsch Schukow zugeschrieben wurde, erlitt das Schicksal vieler Prophezeiungen, die man vielleicht zur Kenntnis nahm, aber nie wirklich ernst nehmen mochte. Warum? Auch in den verbohrtsten Ideologien, die im Adenauerstaat kurzzeitige Konjunktur hatten, wurde zu keiner Zeit mit einer tatsächlichen Gefahr gerechnet, daß die siegreiche Rote Armee, die nach Überquerung ihrer westlichen Landesgrenze „Sowjetische Armee“ hieß, zum Atlantik vorstoßen würde. Heute gibt es einen revanchelüsternen Roderich Kiesewetter, der den Krieg nach Rußland tragen will, um zu verhindern, daß „der Russe“ bzw. der omnipotente Putin das tun wird, was der sowjetischen Armee im Jahr des Sieges 1945 und danach nur wenige als Ziel unterstellt haben, nämlich bis zum Atlantik weiterzumarschieren. Kiesewetter läßt kaum eine Gelegenheit aus, um darzulegen, daß ihm mehr braunes Blut durch die Adern fließt als den meisten Anhängern der AfD. „Wenn nicht jetzt, wann dann?“, mag er wohl rachsüchtig an den 8. Mai 1945 denken. Die Drohung, Rußland würde „nach einem Sieg über die Ukraine“ seine Zielkoordinaten neu justieren und einen NATO-Staat nach dem anderen ins Visier nehmen, ist – das weiß das komplette EU- und NATO-Personal – so abwegig, daß sich die elektronische „RotFuchs“-Feder weigert, das zu kommentieren. Aber so hirn-rissig solche Spekulationen auch sind, sie sollen ja einen Zweck erfüllen: Oberstes Gebot ist

es, der Rüstungsindustrie zu dienen – aber dann, wie fürsorglich, denkt man auch an die Menschen: Sie sollen hingebungsvoll, ganz im Sinn eines früheren Bundespräsidenten, zur Kriegssüchtigkeit erzogen werden. Ja, es war Joachim Gauck, der als ehemaliger Pfarrer den Soldaten den Besuch eines Pflichtseminars unter dem Titel „Sterben für Anfänger“ verordnen wollte.

Es ist immer wieder verblüffend zu sehen, wie viele Publizisten, Journalisten, sich zur politischen Elite Zählende und selbst namhafte Historiker nicht bereit sind, die Kriege in der Ukraine und in Gaza in ihren jeweiligen Kontext zu stellen. So zeitraubend es auch sein mag: Eine Diskussion mit Tiefenschärfe führen zu können, setzt die Bereitschaft voraus, den Blick vorerst zurückzuwerfen, ihn dann aber auch nach vorn zu richten. Als der frischgebackene Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin im Jahr 2001 seine Rede im deutschen Bundestag beendet hatte, gab es langanhaltenden Beifall mit „Standing Ovations“. Weit über das Parlament hinaus glaubte der Westen, in Putin einen Jelzin 2.0 gefunden zu haben. Sechs Jahre später, 2007, hielt Putin eine Rede auf der 43. Münchener Sicherheitskonferenz („Siko“). In der anschließenden Diskussion erklärte Putin, daß er trotz aller Meinungsdivergenzen den Präsidenten der Vereinigten Staaten als Freund betrachte.

Kriegserklärung in München?

In den Reaktionen der Medien und vieler Teilnehmer wurde ein ganz anderer Ton angeschlagen: „Als Putin im ‚Bayerischen Hof‘ den neuen kalten Krieg erklärte“ titelte der „Stern“ und urteilte, daß die Rede einer „Kriegserklärung“ gleichkäme. Und der „Münchner Merkur“ befand, daß Putins Worte wie aus einer längst

vergangenen Zeit geklungen hätten. Seltsam: Kurz vor der Sicherheitskonferenz hatte der damalige US-Verteidigungsminister Robert Gates Rußland in einem Atemzug mit den „Schurkenstaaten“ Iran und Nordkorea genannt. Die Irritation, die Putins Rede zunächst ausgelöst hatte, wich sehr schnell einer Frustration, glaubte man doch noch, Rußland ins westliche Wertesystem einfangen zu können. Auf diese Enttäuschung folgte eine feindselige Haltung gegenüber Rußland mit bösen Folgen. Die Teilnehmer und Kommentatoren, die der Ansicht waren, Putin sei mit seiner Rede aus der Zeit gefallen, sollten sie noch einmal, aber diesmal gründlich lesen. Putin beschwor damals den Westen, ein für allemal der monopolaren Welt den Rücken zu kehren und sich einer alternativen multipolaren Welt zuzuwenden. Er sagte: „Die Menschheitsgeschichte kennt natürlich Perioden monopolaren Zustandes und des Strebens nach Weltherrschaft. Alles war schon mal da in der Geschichte der Menschheit. Aber was ist eigentlich eine monopolare Welt? Wie man diesen Terminus auch schmückt, am Ende bedeutet er praktisch nur eines: Es gibt ein Zentrum der Macht, ein Zentrum der Stärke, ein Entscheidungszentrum. Es ist die Welt eines einzigen Hausherrn. Und das ist am Ende nicht nur tödlich für alle, die sich innerhalb dieses Systems befinden, sondern auch für den Souverän selbst, weil es ihn von innen zerstört.“ Diesen ersten Schwerpunkt seines Vortrags verband er mit einem zweiten, dem der internationalen Sicherheit: „Ich bin überzeugt, daß wir heute an einem Grenzpunkt angelangt sind, an dem wir ernsthaft über die gesamte Architektur der globalen Sicherheit nachdenken sollten.“ ... Die Problematik der internationalen Sicherheit ist bedeutend breiter als die Fragen der militärpolitischen Stabilität. Dazu gehören

die Beständigkeit der Weltwirtschaft, die Überwindung der Armut, die ökonomische Sicherheit und die Entwicklung des Dialogs zwischen den Zivilisationen. ... Dieser allumfassende, unteilbare Charakter der Sicherheit drückt sich auch in seinem Grundprinzip aus: die Sicherheit des Einzelnen – das ist die Sicherheit aller.“

Diese Rede Putins hat der Westen nicht verstanden, Schlimmer, er hat sie ihm nie verziehen – mit bösen Folgen. Sie knüpften den Anfang eines roten Fadens, der bis zur Fixierung der roten Linie führte. Wäre diese vom Kriegsbündnis respektiert worden, hätte Rußland 2022 auf eine militärische Lösung verzichtet. Es hätte dann keine weitere NATO-Osterweiterung, keinen Anspruch der Ukraine auf Mitgliedschaft in der NATO gegeben, vor allem aber wären die schon 2007 von Rußland geforderten Sicherheitsgarantien gegeben worden. Putin hat in seiner Rede auf der Sicherheitskonferenz von 2007 dieses Kernproblem, wie bereits erwähnt, mehrfach angesprochen und bei dieser Gelegenheit auch an den Auftritt des damaligen NATO-Generalsekretärs Manfred Wörner 1990 in Brüssel erinnert. Wörners gut dokumentiertes Versprechen: „Schon der Fakt, daß wir bereit sind, die NATO-Streitkräfte nicht hinter den Grenzen der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien.“ Putin in seiner Rede: „Wo sind diese Garantien?“ Indem die NATO mit der norwegischen Galionsfigur Jens Stoltenberg an der Spitze diese Zusagen in den Wind schlug, löste sie das aus, was heute „russischer Angriffskrieg“ genannt werden soll. Illusionen besitzen die Eigenschaft, eines Tages zu platzen. George Robertson, NATO-Generalsekretär von 1999 bis 2003, erinnert sich: „Wir (*er meint sich und Putin*) hatten ein gutes Verhältnis.“ Aber jener Putin, den er damals traf und der sogar mit der NATO zusammenarbeiten wollte, „war ganz anders als dieser fast größenwahnsinnige Mensch von heute“, fügte er hinzu. Noch nach der Siko 2007 glaubte der Westen, Rußland habe die Fähigkeit verloren, eine souveräne Politik zu betreiben. Mit den Worten der sich nicht mehr im Amt einer US-Vize-Außenministerin befindenden Victoria Nuland hoffte man in Washington, mit Moskau „einen Partner zu finden bzw. gefunden zu haben, der sich westlich orientiert und europäisch werden“ wolle. Nun ja, Hoffnungen sterben mitunter nicht erst zuletzt, sondern sie erleiden wie diese oft auch einen vorfristigen Tod. Aber auch die Erwartungen Rußlands, mit dem Westen auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts die globalen Probleme angehen zu können, erwiesen sich letztendlich als Illusion.

Zusammenarbeit oder NATO-Osterweiterung

Nach Auflösung der Sowjetunion entwickelten sich die Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen zunächst relativ gut. Jelzin war ein Liebling der „internationalen Gemeinschaft“, ebenso wie Gorbatschow dies vorher war. Doch der Imperialismus hätte

seine Bezeichnung nicht verdient, wenn er seine auf Vertrauen gegründeten Zusagen eingehalten und den Beitrittswünschen der Staaten jenseits der deutschen Ostgrenze eine Absage erteilt hätte. Das damals noch schwache Rußland ließ sich mit der NATO-Rußland-Grundakte abspeisen. In dieser 1997 in Paris unterzeichneten völkerrechtlichen Absichtserklärung wurden die gegenseitigen Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit festgelegt. Angestrebt wurde ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis, um einen gemeinsamen Sicherheits- und Stabilitätsraum zu schaffen. So unreal es sich lesen mag, die Akte war der Startschuß zur Aufnahme ehemaliger Verbündeter Moskaus in das Kriegsbündnis.



Berlin, 8. Mai 1945: Marschall Schukow unterzeichnet die Kapitulationsurkunde

Im Jahr 1999 wurden Tschechien, Ungarn und Polen Mitglieder der NATO. Es folgten 2004 Bulgarien, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen und Rumänien, schließlich im Jahr 2009 Albanien und Kroatien. Die Umzingelung Rußlands nahm ihren Lauf und erreichte mit dem Maidan-Putsch und dem nachfolgenden, von Washington gesteuerten, Krieg gegen die russische Bevölkerung im Donbass einen ersten Höhepunkt.

In seiner letzten Rede, die Fidel Castro 2016 auf dem VII. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas hielt, bezeichnete er es als „Privileg, ein Revolutionär zu sein, was das Ergebnis unseres eigenen Bewußtseins ist“. Das ist altersweise gesagt. Als Revolutionär wird man ja nicht geboren. Das Bewußtsein wurde in den anticolonialen Befreiungskämpfen geformt und hat als Klassenbewußtsein systemspengende Wirkung erzielt.

Zurück nach Europa. Eduard Vasco, ein brasilianischer Journalist, der sich auf das Gebiet der internationalen Politik spezialisiert hat, schrieb, daß „die Russen ihre eigenen Schlüsse gezogen haben“. Vasco ist überzeugt, daß „Putins berühmte Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007, in der er pseudodemokratische Demagogie, das unipolare Modell sowie den imperialistischen Expansionismus und seine Eroberungskriege kritisierte, darauf hindeute, daß Rußland zu diesem Zeitpunkt bereits verstanden hatte, was echter Imperialismus ist.“ So ist es. Die Geschichte der Russischen Föderation unter der Präsidentschaft Wladimir Putins ist geprägt von Hoffnungen auf Partnerschaft, von Enttäuschungen, Desillusionierung, dann aber auch – dem Westen

sei Dank, möchte man sagen – durch eine von einem neuen Selbstbewußtsein getragene Widerstandskraft. Dennoch werden geplatze Illusionen von neuen abgelöst. In einem offenen Brief haben Dutzende Nobelpreisträger in einer Mischung aus exzessivem Russenhaß und wertewestlicher Arroganz die Zukunft Rußlands mit diesen Worten prognostiziert: „Die Ukraine muß den Krieg gewinnen, nicht nur nicht verlieren. Rechtzeitige Hilfe wird den Verlust von Menschenleben verringern und dazu beitragen, den Aggressor von ukrainischem Boden zu vertreiben. Putins Niederlage bei der militärischen Aggression wird von Millionen von Russen als moralischer Sieg betrachtet werden, der ihre Hoffnungen auf eine demokratische Zukunft und ihre Antikriegsbewegung mobilisiert. ... Wir rufen die Staats- und Regierungschefs der Welt und alle Menschen guten Willens auf, jegliche Illusionen über Herrn Putin abzuliegen.“ Ein aufschlußreiches perfides Dokument. Es bestätigt wieder einmal, daß der antikoloniale Kampf noch längst nicht beendet ist. Weit weniger illusionär ist deshalb das Motto, unter dem die gesamt-russische Bewegung „Russkij Lad“ (Russische Einheit) arbeitet. Es lautet: „Laßt uns den russischen Geist und den Sozialismus nach Rußland zurückbringen!“ Dieses Motto darf mit den Worten Eduardo Vascos so ergänzt werden: „Weil Putin klüger als fast alle zeitgenössischen Staatslenker ist, gab er die Zusammenarbeit mit der NATO auf und wurde – Gott sei Dank – zum ‚Größenwahnsinnigen‘, wie George Robertson es ausdrückte.“

Der „Tanz der Vampire“ geht zu Ende

„Die Ausbeutung anderer Nationen durch die sogenannte ‚goldene Milliarde‘ kommt an ihr Ende. ... Die Epoche, in der westliche Nationen andere Länder und Menschen überall auf dem Globus ausbeuten konnten, geht zu Ende ...“

„Die ‚goldene Milliarde‘ hat sich in den letzten Jahrhunderten daran gewöhnt, sich den Wanst mit Menschenfleisch und die Taschen mit Geld zu füllen. Sie haben in parasitärer Weise Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika ausgebeutet.“

„Aber sie müssen begreifen, daß der ‚Tanz der Vampire‘ jetzt zu Ende geht.“

„Die Völker, die in den letzten 500 Jahren kontinuierlich vom Westen ausgebeutet wurden, haben begonnen, Rußlands Kampf um Souveränität mit eigenen Bestrebungen nach Souveränität und unabhängiger Entwicklung zu koordinieren.“

„Der Westen versucht, aufgrund seines kolonialen Habitus, nationale Konflikte überall auf der Welt zu entfachen und alles in seiner Macht Stehende zu tun, um die Entwicklung Rußlands aufzuhalten. Statt Rußland wollten sie einen verkümmerten, sterbenden geographischen Raum, mit dem sie machen können, was sie wollen.“

Sind das Sätze von Fidel Castro? Nein, geäußert hat sie Wladimir Putin in einem Interview mit RIA Nowosti am 16. März.

Hans Schoenefeldt

Der Westen und die neue Weltordnung

Die Entwicklung der letzten Jahre belegt, daß wir einen Prozeß des Wandels erleben, der von zwei Tendenzen bestimmt wird. Die eine Tendenz besteht im allmählichen Verlassen der Dominanz der imperialistischen Hauptmächte, angeführt von den USA. Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa verfielen sie dem Wahn, Sieger der Geschichte zu sein. Mit den jahrhundertalten reichen Erfahrungen an Eroberung, Kolonialisierung, Ausbeutung und Unterdrückung ausgerüstet sowie wirtschaftlich und militärisch stark aufgestellt, maßen sie sich an, die Welt nach ihren Regeln ordnen zu können. Sie führen Kriege, organisieren farbige Konterrevolutionen und betreiben den „Demokratie“-Export. Sie bildeten sich ein, daß die Systemauseinandersetzung vorbei ist und sie der einzig bestimmende Pol auf dem Globus sind. Wie das Weltwirtschaftsforum 2024 in Davos zeigte, scheint den „Göttern“ langsam zu dämmern, was in der Welt vor sich geht. Das macht sie unberechenbar und gefährlich. Sie bereiten den dritten Weltkrieg vor und glauben, ihn gewinnen zu können.

Die andere Tendenz besteht in der fortschreitenden Entwicklung zu einer neuen Weltordnung der friedlichen und gleichberechtigten Zusammenarbeit, die hauptsächlich von der Volksrepublik China und der Russischen Föderation vorangetrieben wird. Indien, Brasilien und weitere Staaten Lateinamerikas, Afrikas und der arabischen Welt nehmen bereits an dieser Entwicklung teil. Unter den eurasischen Ländern setzt sich der Trend zu einem größeren wirtschaftlichen Zusammenhalt fort, wenn auch mit unterschiedlichen Modalitäten. China, Rußland und Indien arbeiten trotz bestehender Differenzen zusammen. Der Trend zu einer neuen Weltordnung war bereits seit dem ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts mit der Entstehung der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, der Eurasischen Wirtschaftsunion, BRICS und der „Belt and Road“-Initiative der Volksrepublik China erkennbar. Ein wesentlicher Bestandteil dieses größeren Zusammenhalts war die Entwicklung der Infrastruktur des Internationalen Nord-Süd-Transportkorridors, der Nördlichen Seeroute in der Arktis, des von China geförderten internationalen Eisenbahn- und Straßensystems und der entsprechenden Gaspipeline-Infrastruktur, insbesondere zwischen China und Rußland.

In Afrika unternahmen Länder wie Burkina Faso, Äthiopien, Eritrea, Mali und Niger entscheidende Schritte, um sich von den neokolonialen Zumutungen des Westens zu befreien. In Vorderasien haben die Länder des Kooperationsrats der Arabischen Golfstaaten, wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, ihre Außenpolitik angepaßt, um ihre Beziehungen zu Iran, China und Rußland günstiger gestalten zu können. Die Länder der

Afrikanischen Union fördern die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone – die größte Freihandelszone der Welt – basierend auf einer Logik, die der Demokratisierung der internationalen Beziehungen verpflichtet ist. Diese Entwicklung ist der von BRICS sehr ähnlich und unterscheidet sich stark von der neokolonialen Kultur der Freihandelsabkommen mit den USA und der Europäischen Union. Die Länder der Mehrheitswelt erkennen zwar die Bedeutung ihrer Handelsbeziehungen mit den ehemaligen imperialen Mächten an, bestehen aber auch



Der Präsident Burkina Fasos, Ibrahim Traoré, und Wladimir Putin beim Rußland-Afrika-Gipfel in St. Petersburg 2023

darauf, daß die Handelsbedingungen gerechter sein müssen.

Nach der „Zeitenwende“ Ende des vergangenen Jahrtausends taten die USA alles, um die Möglichkeit einer strategischen Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und Europa, vor allem mit der Bundesrepublik Deutschland, zu verhindern. Die Russische Föderation gab daraufhin ihre Einzugspläne ins europäische Haus auf und ging die strategische Partnerschaft mit der Volksrepublik China ein. Die USA zwangen Europa, die günstigen Energieadern mit Rußland zu trennen. Das hat wiederum schwerwiegende Folgen. In den letzten zwei Jahren ist ein deutliches Nachlassen der Wirtschaftskraft der USA und ihrer Verbündeten zu beobachten. Das US-Bruttoinlandsprodukt stagnierte 2023 auf einem niedrigen Niveau. Während einige Sektoren der US-Wirtschaft prosperieren, wie der High-Tech-Sektor oder der Finanzsektor, hat der

Großteil der Wirtschaft Probleme mit Schulden und Rentabilität. Für das Jahr 2024 werden in den G7-Ländern Wachstumsraten von 1 bzw. 1,5 Prozent prognostiziert. Seit Beginn der russischen Sondermilitäroperation im Februar 2022 unterstützen die westlichen Regierungen die Ukraine mit Hunderten Milliarden US-Dollar. Die westliche Bevölkerung und die Volkswirtschaften der europäischen Länder bekommen die Auswirkungen dieser enormen Belastung zu spüren. Die Investitionen sind gering und die Preise für Energie und Materialien, die sie importieren müssen, um ihre Industrien aufrechtzuerhalten, hoch. Alles deutet auf eine mögliche Wiederholung der zerstörerischen Krise des westlichen Finanzsystems zwischen 2007 und 2009 hin. Die Volkswirtschaften der USA und ihrer Verbündeten befinden sich in einer fragilen Lage.

Ein Vergleich der Trends des letzten Jahrzehnts in Schlüsselsektoren der Realwirtschaft zwischen den USA und der Europäischen Union einerseits und der Russischen Föderation und der Volksrepublik China andererseits zeigt den relativen Niedergang des Westens. Dabei ist zu beachten, daß die Gesamtbevölkerung Chinas und Rußlands mit fast 1,6 Milliarden Menschen doppelt so groß ist wie die Gesamtbevölkerung der USA und Europas mit etwa 780 Millionen. Die Stromerzeugung in China und Rußland hat einen ansteigenden Trend, während sie in der Europäischen Union rückläufig ist und in den USA in den letzten fünf Jahren kaum zugenommen hat. Die Stahlproduktion ist in China und Rußland ansteigend, in der Europäischen Union und den USA rückläufig. Die Industrieproduktion stieg in China Jahr für Jahr um mehr als 7 Prozent und in Rußland um fast 5 Prozent, während in der EU ein Rückgang von etwa 4 Prozent zu verzeichnen ist. In den USA stieg sie lediglich um 1 Prozent. Was die Arbeitsproduktivität betrifft, so verzeichnen China einen jährlichen Anstieg von fast 5 Prozent, die

Europäische Union einen Anstieg von 1 Prozent und die USA einen Rückgang von 1,5 Prozent. Rußland mußte aufgrund der vielen einseitigen Zwangsmaßnahmen der USA und des Westens eine Phase umfassender Umstrukturierung seiner Wirtschaft überstehen. Trotz dieser enormen Herausforderung übersteigt die Produktionsleistung der Schlüsselsektoren der Realwirtschaft die entsprechende Leistung der Europäischen Union und der USA um ein Vielfaches. Die russische Wirtschaft stieg im vergangenen Jahr trotz des vom Westen aufgezwungenen Wirtschaftskriegs zur größten Volkswirtschaft in der europäischen Region auf. Über Jahrhunderte hinweg hing die Weltherrschaft westlicher Länder von ihrer technologischen Überlegenheit und ihrer industriellen Fähigkeit ab, die Mittel dieser Technologie, insbesondere der Militärtechnologie, in großem Maßstab zu reproduzieren. Nun zeigen die Fakten, daß diese Ära vorbeigeht. China

und Rußland haben inzwischen den Westen in bezug auf Technologie und Militärmacht überholt. Sie ergänzen ihre materiellen und wirtschaftlichen Vorteile durch eine gegenseitige strategische Beziehung, die eine Politik der Handels- und Entwicklungszusammenarbeit fördert. Beide Länder machen sich die Wettbewerbsvorteile zunutze. Sie kombinieren diese Vorteile mit einer konzentrierten Außenpolitik, die in einer geduldischen, subtilen und respektvollen Diplomatie zum Ausdruck kommt. Auf ihrer Fahrt werden China und Rußland den Westen nur noch im Rückspiegel sehen.

Auf das Herannahen der neuen Weltordnung reagieren die herrschenden Eliten der USA und Europas hektisch und wütend. Entgegen

ist oder die zu den „Autokratien“ gehören, streben eine unipolare Weltordnung an. Deutlicher kann es nicht ausgedrückt werden: Wer sich nicht dem Diktat des Westens unterwirft, wird zum Autokraten oder auf dem Weg dorthin erklärt. Unter den „gescheiterten Staaten“ befinden sich Libyen, Sudan, Zaire, Zentralafrika, Libanon, Jemen und Myanmar. Dorthin sollte einmal die Demokratie gebracht werden, politische und wirtschaftliche Wüsten wurden hinterlassen. In der „harten Autokratie“ der Russischen Föderation, in Sirius im Krasnodar-Krai, fand vom 1. bis 7. März 2024 das Weltfestival der Jugend statt. 20 000 junge Menschen aus 190 Ländern reisten dorthin. Frieden war das Hauptthema auf dem Treffen. Die Vertreter der Jugend der Welt wollen nicht

oder „fortschrittlich“. Wäre es nicht ein tiefgreifender revolutionärer Prozeß, wenn die multipolare Weltordnung die unipolare ablösen würde? In der Gegenwart scheint dieser Prozeß die Alternative zu sein, welche die Menschheit vor dem drohenden Untergang durch Atomkrieg und Klimawandel retten könnte. Er setzt deshalb die Entscheidung zwischen Sozialismus oder Barbarei nicht aus. Ein Sieg der Tendenz des Fortschritts wäre noch nicht der sozialistische Wandel. Er würde jedoch viel bessere Bedingungen dafür schaffen. Wir müssen uns entscheiden, auf welcher Seite des Wandlungsprozesses wir stehen wollen. Bleiben wir in der unipolaren Weltordnung gefangen oder gehen wir mit den Kräften, die eine multipolare Weltordnung anstreben und damit bessere Bedingungen für die sozialistische Perspektive schaffen? Wir können nicht davon ausgehen, daß andere für uns die Kastanien aus dem Feuer holen. Das müssen wir schon selber tun. Ich hatte nicht erwartet, daß das Bündnis Sahara Wagenknecht den Sozialismus proklamieren würde. In der Bundesrepublik Deutschland ist die KPD verboten und der Sozialismus verdammt. Das Programm des Bündnisses entspricht dieser gesellschaftlichen Realität. Ich fand darin, was ich mittragen kann: „Die Lösung von Konflikten mit militärischen Mitteln lehnen wir grundsätzlich ab. Wir wehren uns dagegen, daß immer mehr Ressourcen in Waffen und Kriegsgerät fließen, statt in die Bildung unserer Kinder, die Erforschung umweltschonender Technologien oder unsere Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Atomare Aufrüstung und eskalierende Konflikte zwischen den Atom-mächten setzen das Überleben der Menschheit aufs Spiel und müssen beendet werden. Wir streben eine neue Ära der Entspannung und neue Verträge über Abrüstung und gemeinsame Sicherheit an ... Eine Gesellschaft, deren mächtigste Akteure nur noch von der Motivation getrieben sind, aus Geld mehr Geld zu machen, führt zu wachsender Ungleichheit, zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und zu Krieg. Wir setzen dem unsere Ideen von Gemeinsinn, Verantwortung und Miteinander entgegen, denen wir durch Veränderung der Machtverhältnisse wieder eine Chance geben möchten. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der das Gemeinwohl höher steht als egoistische Interessen und in der nicht Trickser und Spieler gewinnen, sondern diejenigen, die sich anstrengen und gute, ehrliche und solide Arbeit leisten.“

Das Bündnis steht in der Linie der fortschreitenden Entwicklung hin zu einer neuen Weltordnung, die noch keine sozialistische sein wird. Sie birgt jedoch das Potential in sich, eine antiimperialistische zu werden. Das wäre ein Riesengewinn für das Fortbestehen der Menschheit. Sangen wir nicht voller Überzeugung die „Internationale“, das Weltjugendlied, das Lied von der Einheitsfront und viele andere Kampflieder, obwohl dort die Worte „Sozialismus“, „Kommunismus“, „Marxismus-Leninismus“ nicht vorkommen? Trotzdem weiß ich heute noch, wofür ich sie singe und wo mein Platz ist.

Wolfgang Herrmann
Dreesch



Teilnehmer des Weltjugendfestivals besuchen die „Expo Rußland“ am 15. März in Moskau

jeglicher Vernunft denken sie, Länder der Mehrheitswelt erpressen zu können, damit sie neokolonial abhängig bleiben, wie es in Ecuador, Argentinien und Peru zu beobachten ist. Oder sie greifen zu militärischen Drohungen und Wirtschaftskriegen, wie im Falle Kubas, Nicaraguas und Venezuelas. In ihren eigenen Ländern lügen sie, daß es keine Alternative zur wirtschaftlichen Sparpolitik gäbe. Begleitet wird das mit zunehmender politischer Unterdrückung. Sie wenden alle möglichen Techniken der psychologischen Kriegsführung an, um ihre eigene Bevölkerung mit Angst vor der Außenwelt zu traumatisieren. Es ist eine Frage der Zeit, wie lange die westlichen Eliten den Widerspruch zwischen der wirtschaftlichen Realität ihrer selbstzerstörerischen Politik und der Illusion des Wohlstands und der Macht ihrer Gesellschaften vor der eigenen Bevölkerung verbergen können.

Im März 2024 wurde der Transformationsindex 2024 veröffentlicht. Westliche Politiker und Medien beklagen, daß die „Autokratien“ zunehmen. Auf einer Weltkarte stehen 26 Staaten ohne Klassifizierung. Sie sind wohl die „gesetzten Demokratien“. Weitere 119 Staaten werden als „gefestigte Demokratien“ (8), „defekte Demokratien“ (32), „stark defekte Demokratien“ (15), „gemäßigte Autokratien“ (24), „harte Autokratien“ (33) und „gescheiterte Staaten“ (7) definiert. Die meisten Staaten, in denen die Demokratie „defekt“

schweigen, wenn es um die Souveränität ihrer Länder und um den Frieden in ihren Ländern geht. „Gesetzte Demokratien“ sind für solche Treffen nicht zu haben.

Im Januar-„RotFuchs“ 2024 erschien der Beitrag von Uli Jeschke „Links! Aber was ist das?“ Sehr gut, daß er das Thema aufgriff. Ich schließe mich ihm an. Der Klassenkampf vollzieht sich zwischen sozialen Klassen, nicht zwischen „rechts“ oder „links“. Er hat heute neue Formen und größere Dimensionen angenommen. Sowohl national wie international kämpfen die Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker. Unterscheiden wir im weltumspannenden Kampf der Befreiung von der imperialistischen Vorherrschaft zwischen „rechts“ oder „links“? Können wir die beiden aufgezeigten Tendenzen „rechts“ oder „links“ einordnen? Und wie schaut es bei den „Demokratien“ und „Autokratien“ mit „rechts“ oder „links“ aus? Die BRICS-plus-Gruppe ist weder „rechts“ noch „links“. Sie ist ein Zusammenschluß von Staaten mit unterschiedlichen politischen Systemen, die auf neue Art und Weise zusammenarbeiten wollen. Die Gruppe setzt die Marktregeln der „Wertegesellschaften“ außer Kraft und dafür Gleichberechtigung, Fairness und gegenseitigen Vorteil ein. Das alles hat tiefgreifende geopolitische Auswirkungen. Es hat wenig mit „rechts“ oder „links“ zu tun, wohl aber mit „reaktionär“ oder „revolutionär“, „konservativ“

Europa auf dem Weg nach rechts

Parteien der äußersten Rechten drohen bei der Europawahl in neun EU-Staaten stärkste Kraft zu werden. Enge Kooperation mit einigen Rechtsaußenparteien unter Kommissionschefin von der Leyen ist für die Zeit nach der Wahl im Gespräch.

Die große Koalition rutscht ab

Bei der diesjährigen Europawahl, die vom 6. bis zum 9. Juni abgehalten wird, werden die Fraktionen, die traditionell die Politik der EU-Kommission tragen, voraussichtlich spürbare Verluste hinnehmen müssen. Dies geht aus einer Analyse des European Council on Foreign Relations (ECFR) hervor, die auf der Grundlage zahlreicher nationaler Umfragen erstellt wurde. Demnach wird die konservative Europäische Volkspartei (EVP) wohl von 178 auf 173 Sitze fallen, die Sozialdemokraten von 141 auf 131, die liberale Renew Europe von 101 auf 86; auch die Grünen werden reduziert und statt 71 nur noch 61 Mandate haben. Dies hat Folgen für die Optionen, die für die Bildung einer Koalition zur Verfügung stehen. Laut der Prognose wird die „große Koalition“ aus EVP und Sozialdemokraten, die 2019 erstmals die Mehrheit verlor, von aktuell 45 auf 42 Prozent der Mandate abrutschen. Eine „super große Koalition“ unter Einfluß von Renew Europe käme zwar auf 54 Prozent und damit auf eine rechnerische Mehrheit; das werde aber in der parlamentarischen Praxis nicht ausreichen, um eine stabile Koalition zu bilden, weil im Europaparlament regelmäßig Teile der Fraktionen aufgrund abweichender nationaler Interessen nicht mit der Mehrheit stimmten, urteilt der ECFR.

Die äußerste Rechte legt zu

Deutliche Zugewinne erzielen werden dem ECFR zufolge Parteien diverser Schattierungen der äußersten Rechten, die in neun Staaten zur stärksten [1], in neun weiteren zur zweit- oder drittstärksten Kraft [2] werden dürften. Sie stellen schon heute Italiens Ministerpräsidentin (Giorgia Meloni, Fratelli d'Italia), hätten beinahe den Ministerpräsidenten der Niederlande gestellt (Geert Wilders, Partij voor de Vrijheid), halten den Posten der stellvertretenden Ministerpräsidentin Finnlands (Riikka Purra, Perussuomalaiset/Die Finnen), waren bereits in der Vergangenheit an Regierungen beteiligt (FPÖ) oder tolerierten sie (Dansk Folkeparti). Der ECFR rechnet ihnen auch Ungarns Regierungspartei Fidesz mit Ministerpräsident Viktor Orbán und Polens langjährige Regierungspartei PiS (Prawo i Sprawiedliwość) unter Jarosław Kaczyński zu. In Deutschland ist die äußerste Rechte vor allem in der AfD organisiert. Im Europaparlament sind die Parteien der äußersten Rechten bislang in der Fraktion der European Conservatives and Reformists (ECR) und in der Fraktion Identität und Demokratie (ID) vereinigt. Die ECR um die Fratelli d'Italia und die PiS können dem ECFR zufolge hoffen, die Zahl ihrer Mandate von 67 auf 85 zu steigern; die ID um die FPÖ, die italienische Lega und den französischen Rassemblement National (RN) wird die Zahl ihrer Sitze wohl von 58 auf 98 steigern. Hinzu kommen fraktionslose extrem rechte Abgeordnete.

Koalitionsoptionen

Treffen die Prognosen auch nur annähernd ein, dann werden ECR und ID, wie der ECFR konstatiert, rund 25 Prozent der Mandate im Europaparlament halten und gemeinsam mehr Abgeordnete stellen als jeweils die EVP oder die Sozialdemokraten. Damit geraten auch neue Koalitionen so langsam in den Bereich des Möglichen. Entschlossen sich EVP und Renew Europe, nicht mehr mit den Sozialdemokraten, sondern lieber mit den ECR zu kooperieren, dann kämen sie auf annähernd 48 Prozent der Sitze. Ginge die EVP eine Zusammenarbeit mit den ECR und der ID ein, könnte dieses Bündnis 49 Prozent aller Mandate vereinigen, mehr als seine bisherigen 43 Prozent. Rechnet man zu ihm noch zumindest einige fraktionslose Abgeordnete der extremen Rechten hinzu, dann sei – zum ersten Mal in der Geschichte des Europaparlaments – eine konservativ-ultrarechte Koalition zumindest rechnerisch möglich. Doch schon unabhängig davon werde sich das politische Klima im Europaparlament klar verschieben, sagt der ECFR voraus. So sei zum Beispiel eine weitere Verschärfung bei der Abwehr von Flüchtlingen wahrscheinlich; das gleiche gelte für die innere Repression. Zudem sei mit einer deutlichen Aufweichung der Maßnahmen zum Klimaschutz zu rechnen, deren Umsetzung von den Parteien der äußersten Rechten klar abgelehnt werde.

Der EVP-ECR-Dialog

In Brüssel hat die Debatte über mögliche Koalitionen längst begonnen. Klar scheint, daß EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen beste Chancen auf eine Wiederwahl hat: Die EVP wird höchstwahrscheinlich erneut die stärkste Fraktion im Europaparlament bilden können. Die EVP wiederum führt schon seit Jahren einen „Dialog“ mit den ECR, denen neben den Fratelli d'Italia und der polnischen PiS unter anderem die spanische Partei Vox und die Schwedendemokraten angehören. Diesem Dialog ist es geschuldet, daß im Januar 2022 der Lette Roberts Zile zu einem der Vizepräsidenten des Europaparlaments gewählt werden konnte; Zile gehört der ultrarechten lettischen Nacionālā apvienība „Visu Latvijai!“ – „Tēvzemei un Brīvībai/LNNK“ (Nationale Vereinigung „Alles für Lettland“ – „Für Vaterland und Freiheit/Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung“) an, die ihrerseits bei den ECR organisiert ist. Im Mai 2023 rief Italiens Außenminister Antonio Tajani, dessen Partei Forza Italia der EVP angehört, dazu auf, den EVP-ECR-Dialog auch nach der Europawahl 2024 fortzusetzen. In der italienischen Regierung unter Ministerpräsidentin Meloni ist der „Dialog“ längst institutionalisiert, da Melonis Fratelli d'Italia eine führende Rolle innerhalb der ECR innehaben. Beobachter sprechen von einer systematischen Bewegung der EVP nach rechts.

Das Ende des cordon sanitaire

Meloni wiederum hat im vergangenen Jahr insbesondere im Rahmen der Flüchtlingsabwehr sehr eng mit von der Leyen kooperiert; sie reiste gemeinsam mit der

Kommissionspräsidentin im Sommer 2023 nach Tunis und kürzlich nach Kairo, um dort jeweils Deals zur Abschottung des Mittelmeers gegen Bootsflüchtlinge, die sie zuvor in die Wege geleitet hatte, zu unterzeichnen. Von der Leyen hat sich im Februar erstmals klar zu möglichen Koalitionen nach ihrer wahrscheinlichen Wiederwahl geäußert. Dabei zog sie drei „rote Linien“: Sie werde lediglich mit Kräften kooperieren, die erstens „proeuropäisch“ seien, zweitens „den Rechtsstaat“ achteten und drittens die Ukraine unterstützten bzw. „gegen Putins Versuch“ kämpften, „Europa zu schwächen und zu spalten“. Wie das Beispiel Meloni zeigt, schließt dies zumindest Teile der ECR ein. Während die polnische PiS sowie der ungarische Fidesz durch die Verweise auf den „Rechtsstaat“ bzw., im Fall des – zur Zeit fraktionslosen – Fidesz, auf die Unterstützung der Ukraine ausgeschlossen werden, ist das bei anderen ECR-Parteien nicht unbedingt der Fall. Unklar ist zudem, ob die Formel womöglich den RN einschließt, dessen Führung sich von Rußland losgesagt hat und nicht mehr auf einen Austritt aus der EU orientiert. Tatsache ist jedenfalls, daß der cordon sanitaire, mit dem in Europa die extreme Rechte lange Zeit ausgeschlossen wurde, auch im Europaparlament zu bröckeln beginnt.

Bei der Europawahl im Juni drohen Parteien der äußersten Rechten laut Umfragen in einem Drittel der Mitgliedstaaten zur stärksten, in einem weiteren Drittel zur zweit- oder drittstärksten Kraft zu werden. Dies zeigt eine Analyse des European Council on Foreign Relations (ECFR), einer EU-weit vernetzten Denkfabrik. Im EU-Parlament wären die Rechtsaußen-Fraktionen ECR und ID nach aktuellem Umfragestand gemeinsam stärker als die Fraktion der Sozialdemokraten und als die der konservativen EVP. EVP und Sozialdemokraten stehen laut Umfragen vor Verlusten und könnten gemeinsam mit der liberalen Fraktion Renew Europe zwar noch rechnerisch eine knappe Mehrheit bilden; diese wäre aber in der parlamentarischen Praxis nicht stabil. Entsprechend dauert die Debatte an, ob unter EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach der Wahl nicht auch Kräfte der äußersten Rechten zu einer intensiven Kooperation herangezogen werden sollen – vor allem aus der Fraktion ECR, der unter anderem die Schwedendemokraten und Vox aus Spanien angehören. Angeführt wird diese Fraktion von den ultrarechten Fratelli d'Italia unter Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni.

german-foreign-policy.com, 26.3.24

[1] Bei den neun Staaten, in denen Parteien der äußersten Rechten zur stärksten Kraft werden dürften, handelt es sich um Belgien, Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich, Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn. [2] Bei den neun Staaten, in denen Parteien der äußersten Rechten zur zweit- oder drittstärksten Kraft werden dürften, handelt es sich um Bulgarien, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Portugal, Rumänien, Schweden und Spanien.

Ampel-Politiker schaufeln Deutschlands Grab

Man darf den Finger nicht nur auf Scholz richten. Die gesamte Koalitionsregierung in Berlin verrät das deutsche Volk, so wie es die despotischen Herrscher Persiens gegenüber einer ausländischen Kolonialmacht taten. Diese Kolonialmacht sind die USA, die Deutschland seit acht Jahrzehnten mit Truppen und Atomwaffen besetzt halten. Wie kann die deutsche politische Klasse so erbärmlich unterwürfig und verräterisch sein? Ganz einfach: In Berlin sieht man das anders. Dort ist man mit Russophobie und westlicher imperialer Arroganz dermaßen einer Gehirnwäsche unterzogen worden, daß erbärmliche Handlungen als „normal“ betrachtet werden. Scholz ließ sich fotografieren, wie er – wie ein Bestatter gekleidet – den Grundstein für eine neue Rüstungsfabrik in Niedersachsen legte, die dem Rüstungskonzern Rheinmetall, einem deutschen Rüstungshersteller, gehört. Ihn begleitete sein Verteidigungsminister Boris Pistorius, der auf der Münchner Sicherheitskonferenz erklärte, daß sich die deutschen Verteidigungsausgaben im kommenden Jahrzehnt verdoppeln sollten. Zur selben Zeit steckt die deutsche Wirtschaft in einer Rezession und deutsche Arbeitnehmer und ihre Familien müssen kämpfen, um über die Runden zu kommen. Die einst mächtige deutsche Wirtschaft, Motor der gesamten Europäischen Union, wird heute als „der kranke Mann Europas“ bezeichnet. Wenn es unter der Koalitionsregierung von Scholz so weitergeht, wird der kranke Mann bald tot sein. Es ist erstaunlich, welchen Schaden Scholz und seine Ampel-Regierung ihrem Land eigenhändig zufügen, während Umfragen eine große Unzufriedenheit innerhalb der deutschen Bevölkerung aufzeigen. Seine Sozialdemokratische Partei verliert zusehends Wählerstimmen, wie auch die jüngste Wiederholungswahl in Berlin gezeigt hat. Daß die deutsche Wirtschaft schwächelt, ist zum großen Teil auf die steigenden Energiekosten zurückzuführen, die wiederum außer Kontrolle gerieten, als Berlin stramm der Linie der Vereinigten Staaten gefolgt ist und sich von russischen Öl- und Gaslieferungen abgeschnitten hat. Die deutschen Landwirte sind wie Landwirte in der gesamten EU in Aufruhr über ihr Einkommen, aufzehrende Dieselpreise und eine überbordende Regulierung. Sie sind auch empört über die Flut billiger Agrarprodukte aus der Ukraine, die von der Regierung Scholz zur Kriegsunterstützung der Ukraine losgetreten wurde. Scholz und seine Minister führen Deutschland in eine Kriegswirtschaft. In allen Wirtschaftszweigen stehen Kürzungen an – außer bei der Produktion militärischer Güter. Die Grundsteinlegung der neuen Rheinmetall-Fabrik wurde für die deutsche Öffentlichkeit im Fernsehen übertragen. Pistorius und

deutsche Spitzenmilitärs gehen davon aus, daß sich das Land in den nächsten fünf bis acht Jahren im Krieg gegen Rußland befinden könnte. Eine solche Kriegsrhetorik ist der Gipfel der Verantwortungslosigkeit. Sie ist schlicht kriminell. Der russische Präsident Wladimir Putin und andere hohe russische Staatsbeamte haben wiederholt erklärt, daß sie keinen Konflikt oder Krieg mit Europa wollen. Der Ukraine-Konflikt ist ein spezifisches Problem, ein von den USA geführter Stellvertreterkrieg der NATO gegen Rußland. Dennoch ist es er-



Ein Produkt der deutschen Kriegswirtschaft: Panzer Leopard 2A6

schreckend, welch fieberhafte Kriegstreiberi die deutsche politische Klasse und den Rest Europas erfaßt hat. Ganze Volkswirtschaften werden zunehmend auf Kriegsfüße gestellt. Die gehirngewaschenen, russophoben Politiker in Berlin – und in der EU im allgemeinen – glauben offensichtlich selbst an die Panikmache, die sie verbreiten. Anfang Februar empfing Scholz den geldgierigen ukrainischen Betrüger und Präsidenten der Ukraine, Wladimir Selenskyj, in Berlin. Das Regime von Selenskyj hat den NATO-Stellvertreterkrieg gegen Rußland längst verloren, obwohl diese korrupte Junta in den vergangenen zwei Jahren rund 200 Milliarden Euro an Unterstützung und Waffen erhalten hat. Doch Scholz hat gerade einen bilateralen nationalen Sicherheitspakt zwischen Deutschland und der Ukraine unterzeichnet. Dasselbe haben auch Großbritannien und Frankreich getan. Zum deutschen Pakt heißt es: „Das Abkommen bekräftigt, daß Deutschland im Falle eines erneuten Angriffs Rußlands auf die Ukraine mit schneller und nachhaltiger Sicherheitshilfe unterstützen wird, einschließlich mit moderner militärischer Ausrüstung in allen Bereichen.“ Damit hat die deutsche Regierung auf törichte und rücksichtslose Weise eine Garantie für einen offenen Kriegseintritt unterzeichnet. Wie konnte Berlin so schnell im Wahnsinn versinken? Erinnern wir uns daran, daß vor zwei Jahren, als russische Truppen in der Ukraine intervenierten, um die Präsenz der NATO in diesem Land zu unterdrücken, Berlin wegen seiner Zögerlichkeit verspottet wurde,

lediglich „Helme“ als Unterstützung in die Ukraine zu schicken. Zwei Jahre später schickt Berlin Leopard-Panzer, Haubitzen und Iris-T-Raketen. Nun liebäugelt man sogar mit der Lieferung von Marschflugkörpern mit großer Reichweite vom Typ Taurus an ein Regime, das keine Hemmungen zeigen wird, damit russische Zivilisten zu beschießen. Bei der Ankündigung des jüngsten Sicherheitspakts – treffender als Kriegspakt mit der Ukraine zu bezeichnen – prahlte Scholz damit, daß Deutschland in Europa der größte Unterstützer des Kiewer Regimes sei. Berlin hat der Ukraine militärische Unterstützung in Höhe von 28 Milliarden Euro zugesagt, was die Hilfen von Großbritannien und Frankreich bei weitem übersteigt. Deutschland ist nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Lieferant von Militär- und Finanzmitteln, die an Selensy und seine Neonazi-Junta geschleust werden. So viel zur deutschen Besonnenheit und technischen Effizienz. Berlin verschwendet gutes Geld für einen Krieg, der mit über 500 000 ukrainischen Toten auf dem Schlachtfeld gegen Rußland bereits verloren ist. Und doch geht die Verschwendung öffentlicher Gelder unter Scholz und seiner Verlierer-Regierung weiter. Die Vereinigten Staaten sabotierten hinterrücks die deutsche Wirtschaft, indem sie die Nord Stream-Pipelines

sprengten. Berlin schweigt dazu. Die industrielle Basis und die Exporteinnahmen Deutschlands werden unter Befolgung des langjährigen Leitbilds aus den USA und der NATO, „die Deutschen unten, die Russen draußen und die Amerikaner drinnen zu halten“, dezimiert. Scholz und seine unterwürfigen Kollegen in der Regierung verraten das deutsche Wohlergehen und treiben das Land in einen weiteren katastrophalen Krieg gegen das russische Volk – lediglich 80 Jahre nach dem letzten, in dem Dutzende Millionen Menschen abgeschlachtet wurden. Dieser kolossale Verrat am eigenen Volk geschieht nicht nur in Deutschland. Die gesamte Europäische Union treibt unter der entsetzlichen Fehlleitung der ehemaligen deutschen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen – einem Sproß einer deutschen Nazi-Familie – Generationen von Zivilisten in die Sackgassen einer Kriegswirtschaft. Das ganze ist angetrieben von Russophobie und völliger Unterwürfigkeit gegenüber dem von den USA geführten westlichen Imperialismus. All diese erbärmlichen Lakaien schaufeln ein Grab für Europa – und werden so lange damit weitermachen, bis die Bürger sich gegen den dreisten Verrat ihrer Eliten erheben.

Finian Cunningham

Redaktionell gekürzt

Quelle: Gettyimages.ru, 24.2.2024

Finian Cunningham arbeitete mehr als 25 Jahre als Redakteur und Autor unter anderem für Zeitungen wie Mirror, Independent, Irish Times und Irish Independent.

Wütender Brief des Regisseurs Stephan Suschke an Anton Hofreiter

Sehr geehrter Herr Hofreiter,

Ich finde es gut, daß Sie endlich Seit an Seit mit Herrn Röttgen und Frau Strack-Zimmermann marschieren. Da wird deutlich, daß auch ein ungedienter Grünen-Politiker sein patriotisches Herz auf dem richtigen Fleck hat. Ich finde auch, daß Sie – natürlich gemeinsam mit den anderen beiden – endlich die Waffe ergreifen sollten und unsere Freiheit am Dnjepr, also am Dnipro, um genau zu sein, verteidigen sollten. (Das hat ja am Hindukusch auch so gut geklappt.) Außerdem ist es gut, daß man gegen die Russen endlich mal auf der richtigen Seite steht und diese Schmach des verlorenen Weltkriegs ausmerzen kann. Für Ihre, die Geschichte mutig umdeutenden, Grünen-Kollegen Marieluise Beck und Ralf Fücks hat ja eigentlich das ukrainische Volk Hitler besiegt. Das waren wahrscheinlich die von Herrn Melnyk so geschätzten Bänder-Leute, die sich nach ihren Judenmorden als Wiedergutmachung in die Rote Armee eingereiht haben. Es werden sich Quellen in amerikanischen Archiven finden lassen, da werden die Kollegen von Annalena findig sein, waren sie immer. Die Russen hatten nichts anderes zu tun, als unsere deutschen Frauen zu vergewaltigen, während die Ukrainer mutig und keusch vorangestürmt sind. Aber ich denke, für Sie wäre es gut, wenn Sie nicht nur immer den Mund aufmachen, sondern endlich konsequent sind und dienen – IN STAHLGEWITTERN. Die Deutschen brauchen solche Vorbilder wie Sie. Ich auch. Dann gewinne ich endlich den Glauben an Politiker zurück. Im übrigen plädiere ich

auch dafür, daß der Etikettenschwindel mit der Heinrich-Böll-Stiftung endlich aufhört. Da gibt es doch etliche bessere Namen: Ernst Jünger wäre vielleicht ein bißchen feige, besser wäre Erwin Rommel – ein Siegertyp, hatte dummerweise Kontakt zu den Verrätern vom 20. Juli; bleibt nur General Rudel, aufrechter Kämpfer gegen die Russen in 2530 Feindflügen, mit einer Abschußquote, bei der Putin bleich werden würde: 3 Schiffe, 70 Landungsfahrzeuge und 519 Panzer! Das waren noch deutsche Soldaten. Aber da fuhr auch die deutsche Bahn regelmäßig. Ich finde, die Grüne Partei sollte sich endlich auch praktisch zu ihren ideologischen Wurzeln bekennen, die sie seit vierzig Jahren so schamhaft verborgen hat. Der Gleichberechtigung wegen, mit Annalena und Kathrin in der vordersten Reihe, Ost und West, „die Reihen fest geschlossen“, vereint gegen den Russen, den gemeinsamen Feind. Das wird vielleicht mit der Frisur bei der Annalena ein bißchen schwierig werden, aber von dem gesparten Steuergeld kann sie noch die eine oder andere Granate für die Ukraine im Diplomatenkoffer mitbringen. Wenn die Agnes S-Z mit ihren Freunden von Rheinmetall spricht, würden die vielleicht eine Sonderedition produzieren: DIE GUTE ANNALENA. Aber der Fotograf müßte unbedingt dabei sein, weil er den neuen Akzent von Annalena dokumentieren muß: das role model feministischer Außenpolitik im Schützengraben, in den Weiten der Ukraine, das entscheidende Add-on für die Weltpolitik und das in Tarnfarben – ich sehe den OSCAR schon vor mir. Nicole Kidman

könnte das gut spielen. Des einen Stahlhelm ist das Gesicht der anderen. Aber ich vermute, daß Sie Argumente gegen den deutschen Stahlhelm haben, weil Sie sich für unverzichtbar an der deutschen Heimatfront halten. Ich ja nicht. Aber vielleicht überdenken Sie ihre Position nochmal und wagen ein bißchen mehr Mut, gerade im Angesicht dieses feigen, läppischen Kanzlers, der halsstarrig versucht, Deutschland aus dem Schußfeld russischer Waffen rauszuhalten. Eine dumme, man darf ja nicht mal sagen, rückwärtsgewandte Position. Leider, wegen dem Hitler und der Moral, die Sie und Ihre Partei ja klugerweise gepachtet haben; das müßte man erst ein bißchen zurechtbiegen, aber da denken ja die Marieluise und der Ralf vor. Nichtsdestotrotz vorwärts, oder wie das so schön im Ersten Weltkrieg hieß: Jeder Schuß ein Ruß!

In kriegerischer Verbundenheit

Stephan Suschke

PS: Weil vom Namensgeber Ihrer Stiftung die Rede war. Pflichtlektüre für Sie und nicht nur Ihre Grünen-Kollegen wäre Heinrich Bölls DER ZUG WAR PÜNKTLICH: Die Reise eines deutschen Soldaten, die ins Herz der Ukraine führt und in den Tod.

Der Theatermacher Stephan Suschke wurde 1958 in Weimar geboren. Er ist ein deutscher Theaterregisseur und Theaterintendant und Autor. Er ist aktuell Schauspielregisseur am Landestheater Linz.

Quelle: www.berliner-zeitung.de, 14.3.2024



Entblößung

Frau Marie-Agnes Strack-Zimmermann zeigt uns ihr kriegerisch strammes Voran. Komplettausstattung „Taurus“-stark, Im Preis inbegriffen: der volksnahe Sarg.

Lutz Jahoda

Größenwahn nimmt Kurs auf

Ende Februar gab Biden bekannt: „Wir verhängen auch neue Ausfuhrbeschränkungen für fast 100 Organisationen, die die russische Kriegsmaschinerie verdeckt unterstützen. Wir unternehmen Schritte, um Rußlands Energieeinnahmen weiter zu reduzieren. Und ich habe mein Team angewiesen, die Unterstützung für die Zivilgesellschaft, unabhängige Medien und diejenigen zu verstärken, die weltweit für Demokratie kämpfen.“

Gleichlaufend verabschiedete Brüssel, wie von der Leyen stolz verkündete, das 13. Sanktionspaket gegen Rußland. Nicht, daß die EU dazu gezwungen wird, nein, sie folgt lediglich, wie die Kinder dem Rattenfänger von Hameln, den überseeischen Vorgaben und scheint nicht zu bemerken, daß sie sich wirtschaftlich und politisch selbst kastriert.

Allein die USA wollen Rußland mit mehr als 4000 Sanktionen in die Knie zwingen. Ganz ihrem Vasallentum verhaftet, tönte die deutsche „Außenministerin“, Rußland ruinieren zu wollen und erklärte schon mal den Krieg. Es ist der Imperialismus, der im Endstadium in seiner jahrhundertlang gepflegten Überheblichkeit und angenommener Unfehlbarkeit zu solchen menschenfeindlichen Abartigkeiten fähig ist. Solcherart Politik hat jedoch auch eine andere Seite. Die Mehrheit der Länder weltweit will sich nicht mehr der Knute des Westens unterordnen. Rußland braucht den Westen nicht, hat ihm jedoch über Jahrzehnte die Hand gereicht.

Aber Größenwahn und eine völlige Fehleinschätzung der sich entwickelnden Weltlage durch den Westen haben ein normales Zusammenleben der Länder absichtsvoll verhindert. Da sich immer mehr Staaten der westlichen Unterdrückungs- und Großmachtspolitik entziehen, greift der Westen zu immer mehr Drohgebärden und grenzenloser Aufrüstung. Es fragt sich, wie lange die Völker des Westens sich diese Politik gefallen lassen.

Sieht man sich die kriegshetzenden Kantonalisten im Bundestag an – den „Panzertoni“, einen kriegsbereiten Oberst d. R. der Bundeswehr, die „Oma Courage“ der Rüstungslobby und einen besonders russophober Röttgen – um nur einige zu nennen, fragt man sich, ob ihnen und vielen anderen europäischen Staatslenkern, Politikern und gleichgeschalteten Medien der gesunde Menschenverstand völlig abhandengekommen ist. Der Kanzler will unter allen Umständen dem faschistischen Regime in Kiew Unterstützung bis zum endgültigen Sieg über Rußland angedeihen lassen, der Kriegsminister beabsichtigt, die Deutschen kriegstüchtig zu machen, der „Gesundheitsminister“ will das Gesundheitswesen auf einen Krieg vorbereiten und die Bildungsministerin möchte Schulkinder auf den Kriegsfall einstimmen. Zu diesem Kreis hat sich öffentlich und unverhohlen der sogenannte Wirtschaftsminister als Kriegstreiber zugesellt. Obendrein will Frankreichs verspäteter „Sonnenkönig“ Truppen in die

Ukraine verbringen. Da ist man geneigt zu sagen: Na, dann geht doch in die Ukraine, laßt Euch militärisches Equipment verpassen und nehmt Stellung in den vordersten Linien. Selenskyj wird euch mit Kußhand begrüßen.

Sie steuern sehenden Auges schnurstracks auf einen Krieg zu und bemerken offensichtlich nicht, daß sich die überseeischen US-Amerikaner, die die Situation nach besten Kräften anheizen, die Hände reiben. Nach dem Motto: Sollen doch die Europäer mit ihrer korrupcionsgeschwängerten EU in Brüssel in den Krieg gegen Rußland ziehen. Wenn sie sich dann dermaßen politisch, militärisch und wirtschaftlich geschwächt haben, entfallen für die USA zwei Kontrahenten und man kann die Trümmerstaaten übernehmen, sofern das überhaupt noch möglich ist.

Der Westen zündelt in der Erwartung, daß Rußland in diese Falle läuft und zuschlägt, um anschließend sagen zu können, „die Russen waren es“. Selbst wenn es so kommen sollte, werden die Scharfmacher nichts mehr zu sagen haben, weil Europa dann eine atomare Wüste sein wird.

Es sieht aus, als ob die EU mit der NATO und den USA/England im Rücken Rache für die 1813, 1914 und 1941 mißglückten Versuche, Rußland zu bezwingen, üben will. Wie sonst soll man das ungezügeltere Handeln und die wieder sinnige Politik dieser „Staatenlenker“ und deren Mainstreammedien verstehen? Nur so!

Reiner Neubert, Berlin

Kriegstüchtige für Kriegssüchtige

Weil die deutsche Ampel-Regierung, die noch in Opposition befindliche CDU/CSU und die deutsche Rüstungsindustrie gemeinsam nach einem Krieg gegen Russland hochgradig süchtig sind, ruft ihr Kriegsminister unter Beifall von führenden SPD-, Grünen-, FDP- und CDU/CSU-Politikern das kriegsmüde und mehrheitlich kriegsunwillige deutsche Volk auf, seine vor zwei Weltkriegen bezeugte „Kriegsbereitschaft und -tüchtigkeit“ nun erneut wieder unter Beweis zu stellen. Treffend bezeichnet die BSW-Vorsitzende, Sahara Wagenknecht, die gegenwärtige Kriegshysterie der Bundesregierung, ihrer Scheinopposition und der ihr folglichen Mainstream-Medien als „Kriegsbesoffenheit“. Diesem politischen Alkoholrausch soll sich nun das deutsche Volk durch den Genuß von hochprozentiger Russophobie bis zum Komasaufen anschließen. Alkoholiker sind zumeist geistig nicht mehr in der Lage, den Grund ihres betrunkenen Zustandes zu erkennen. Sie erfinden deshalb haarsträubende Begründungen für ihre Handlungen.

Die Bundesregierung phantasiert in ihrer politischen Besoffenheit nun von einer Gefahr einer russischen Aggression in den kommenden Jahren, spätestens in fünf. Doch die Wahrheit ist: Rußland hatte weder 1914 noch 1941 ein Interesse an einem Krieg

gegen Deutschland und auch gegenwärtig nicht. Im Gegenteil: Rußland mußte sich in beiden Fällen gegen eine deutsche Aggression zur Wehr setzen und hat ihr unter großen Opfern erfolgreich widerstanden. Jetzt setzt es sich zur Wehr gegen die Bedrohung durch die NATO. Wenn der Aufruf des deutschen Kriegsministers zur Kriegstüchtigkeit für einen Krieg gegen Rußland in der Bundesrepublik Erfolg zeigen würde, so wird dieser wie der erste und der zweite Weltkrieg für das deutsche Volk erneut dramatisch enden. Deshalb ist den Bundesbürgern dringend zu raten, nicht nur kriegsmüde zu bleiben, sondern sich zu verweigern, an der Kriegsorgie der herrschenden Politik teilzunehmen. Politische Ernüchterung durch Massenprotest gegen Aufrüstung und Militarisation, gegen Eskalation des NATO-Stellvertreterkrieges der Ukraine, gegen Bundeswehreinräusche in anderen Ländern und der Entzug des Wählervertrauens in die kriegslüsternden Parteien, das ist der einzig wirksame Selbstschutz und der Sicherheitsgarant der deutschen Bundesbürger. Friedenstüchtigkeit, nicht Kriegstüchtigkeit des deutschen Volkes ist seine historische Verantwortung gegenüber der Welt!

Manfred Wild
Berlin

Militarismus ist wider die UN-Charta – oder Artikel 56 GG, der Amtseid –

Wirf bloß die Flinte nicht ins Korn,
Wohl aber Uniform, Gewehr,
Du hast den Frieden sonst verlor'n,
In dem die Mutter dich gebor'n.
Gib nicht für Krieg dein Leben her!

Kriegssold birgt Hölle segensreich,
Wo Urgroßeltern war'n -
Millionenfach auf einen Streich,
Selbst mordend und gefall'n zugleich -
Das mußst du uns erspar'n!

Dich greifen an heut General, ...,
Der Offizier, der wirbt
Und die Regierung, deren Wahl
Dient Rüstung doch mit Kainsmal,
So daß der Frieden stirbt.

WE(H)R-MACHT Soldaten, NATO-Wahn,
Wo immer was zu holen? Denk:
An dem Gewehr der Abzugshahn,
Ein Knopfdruck, irgendwo getan,
Birgt Tod nur – als Geschenk.

Verteidigst du Konzern und Bank
Für deren Höllenfrieden?
Gleichwo, du erntest Not, Gestank.
Nach Rußland stets ein Waffengang
Bringt Tod – zu Haus beschieden.

E.Rasmus

Offener Beschwerdebrief des Kasseler Friedensforums an das ZDF

Das Kasseler Friedensforum hat sich am 4.3.2024 u.a. auch mit dem Programmbeitrag vom 28.2.2024 in der ZDF-Sendung *logo* zur Lieferung der Marschflugkörper „Taurus“ sowie insbesondere mit dem Video-clip auf *YouTube* „Kein Taurus für die Ukraine“ beschäftigt.

Gegen diese Beiträge und die sie verantwortenden Redakteure erheben wir Beschwerde und protestieren gegen den damit geübten Medienmißbrauch zu Zwecken einseitiger Propaganda, der in diesem Fall auch noch einer direkten militaristischen und bellizistischen Beeinflussung von Kindern dient.

Da nach neuesten Umfragen außerdem rund 60 % der Bevölkerung die Lieferung von Taurus ebenso wie der Bundeskanzler aus guten Gründen ablehnt, sind diese Beiträge zudem auch zutiefst demokratiefeindlich, weil sie geeignet sind, auch ca. 60 % der diese Beiträge rezipierenden Kinder in Widerspruch zu Mehrheitsmeinungen – auch ihrer Eltern – zu bringen und die Haltung des Bundeskanzlers zu diskreditieren, getreu seines Amtseids Schaden vom deutschen Volk abwenden zu wollen. Beide Sendebeiträge verstoßen u. E. auch direkt gegen das Gebot des ZDF, das Grundgesetz der Bundesrepublik zu achten, das in der Präambel und in Art.1 Abs. 2 die normative Verpflichtung aller staatlichen Gewalt auf den Frieden enthält.

Eine Beachtung dieses Gebots durch das ZDF hätte u. E. von vornherein verboten, für Kinder rein waffentechnische Betrachtungen anzustellen.

Insoweit verstoßen beide Beiträge hinsichtlich der Qualitäts- und Programmrichtlinien des ZDF zumindest gegen eigene Grundwerte

und journalistisch-redaktionelle Grundprinzipien wie

- Beitrag (zu leisten) zur Anerkennung der vom Grundgesetz geschützten Werteordnung,
- freie, individuelle und öffentliche Meinungsbildung (zu fördern), Hintergründe und Zusammenhänge (zu erhellen),
- den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland (fördern) und ... das Verständnis für die Bedeutung eines Lebens in Frieden ... (zu unterstützen),

• „Sie dürfen dabei nicht durch Weglassen wichtiger Tatsachen, durch Verfälschung oder durch Suggestivmethoden die persönliche Entscheidung zu bestimmen versuchen.“ Weiterhin sehen wir diese Beiträge auch als Verstöße gegen den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) i.d.F. vom 30.6.2022, insbesondere hinsichtlich der in § 4 (Unzulässige Angebote) gem. Abs.1 Ziff 1 als Propagandamittel gegen den Gedanken der Völkerverständigung und Ziff. 7 als kriegsverherrlichend.

Angesichts der Tatsache, daß ZDF logo-Nachrichten auch im Unterricht ab Klassenstufe 5 genutzt werden, sehen wir zudem ernsthafte Bedenken, daß diese Beiträge entwicklungsbeeinträchtigenden Charakter haben können. Wir haben zur Kenntnis genommen, daß hinsichtlich des besonders anrühigen Videos eingewendet wird, daß es sich dabei um Comedy handeln soll, die sich an reifere Kinder ab 13 Jahre richten würde.

Dem ist in jeder Weise zu widersprechen: Erstens ist es die Menschenwürde verletzend, Kindern Waffen als Comedy zu suggerieren, deren Einsatz zigtausenden Menschen Tod bringen würde.

Zweitens ist sowohl im Beitrag vom 28.2.24 wie im Video der ernsthafteste Hintergrund für die Taurus-Diskussion unterschlagen, daß deren Lieferung an die Ukraine einen geschichtsvergessenen Einsatz Deutschlands gegen russisches Territorium und damit eine erhebliche Eskalation des Krieges darstellen würde.

Die Bundesrepublik hat nach Angaben des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages durch die Ausbildung ukrainischer Soldaten längst den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen und läuft nun Gefahr, in einen direkten Krieg mit Rußland verwickelt zu werden.

Drittens wird verschwiegen, daß ein Einsatz von Taurus aufgrund seiner besonderen militärischen Eigenschaften die Schwelle direkt unterhalb einer atomaren Auseinandersetzung erreichen würde und damit eine eklatante Bedrohung des Weltfriedens riskiert. (...)

Frieden – dem verpflichtet uns das Grundgesetz – kann nur und ausschließlich durch Verhandlungen, Diplomatie und Aufbau von Beziehungen erreicht werden, die die Interessen aller Seiten berücksichtigen.

Wir denken, daß eine solche Grundhaltung aus den hier dargelegten Gründen auch vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk verlangt werden kann.

Die bemängelten Sendungen lassen eine solche Haltung noch nicht einmal ansatzweise erkennen. Von uns Bürgern wird aber deren Finanzierung abgefordert.

Im Auftrag und V.i.S.d.P. Ulrich Schmidt
Redaktionell gekürzt
www.kasseler-friedensforum.de, 12. 3. 2024

Die Kita im Bunker

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger fordert die Einbeziehung von Schulen in die Vorbereitung der deutschen Gesellschaft auf einen etwaigen großen Krieg. „Zivilschutz“ sei „immens wichtig“ und gehöre „auch in die Schulen“, sagte Stark-Watzinger. Zudem müßten Schulen ein „unverkrampftes Verhältnis zur Bundeswehr“ entwickeln; „Vorbehalte“ etwa gegen Auftritte von Jugendoffizieren könne sie nicht nachvollziehen. Stark-Watzinger will darüber hinaus Hochschulen stärker als bisher für die Rüstungsforschung nutzen. Die bayerische Landesregierung hat inzwischen ein Gesetz auf den Weg gebracht, das eine angelegliche „Einengung der Forschung“ durch Zivilklauseln untersagt und ein „Gebot“ zur Kooperation von Hochschulen und Bundeswehr umfaßt.

Stark-Watzingers Vorstoß verstärkt bereits zuvor vorgetragene Forderungen, Schulen und sogar Kindertagesstätten in die Vorbereitungen auf einen möglichen Krieg einzubeziehen.

All dem will der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, der dafür „in jedem der nächsten zehn Jahre mindestens eine Milliarde Euro“ aus dem Bundeshaushalt für dringend erforderlich hält – als „Anschub“ –, auch Jugendliche und sogar Kinder aussetzen. „Das Bewußtsein dafür sollten wir schon in Kitas und Schulen wecken“, fordert Berghegger: „Dort lassen sich auch Zivilschutzübungen abhalten.“

„Man kann in Kitas und Schulen durchaus mal üben, was zu tun ist, wenn es brennt“, fuhr Berghegger fort. Einwände vorwegnehmend, eine unmittelbare Konfrontation mit Krieg

und dem möglichen Verlust des eigenen Lebens könne die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen negativ beeinflussen, gab sich der Städte- und Gemeindebund-Funktionär gewiß: „Das kann man auch kindgerecht ansprechen.“ Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes monierte, viel zu lange habe in Deutschland eine „Friede-Freude-Eierkuchen-Stimmung“ geherrscht. Jetzt gelte es „ein neues Bewußtsein für militärische Bedrohung“ zu entwickeln; dieses müsse künftig „auch an Schulen vermittelt werden“. Auch sei zu prüfen, ob man Lehrpläne „im Hinblick auf Bedrohung, Geostrategie und Verteidigungsbereitschaft nachschärfen muß“.

Redaktionell gekürzt

german-foreign-policy.com, 18.3.24

Propaganda und Meinungsmache

„Propaganda ist“, so verkündet es das Internet, „der Versuch der gezielten Beeinflussung des Denkens, Handelns und Fühlens von Menschen. Wer Propaganda betreibt, verfolgt damit immer ein bestimmtes Interesse. In Verbindung mit dem Krieg machen Politiker und Militärs von Propaganda Gebrauch, um zum Beispiel die eigene Bevölkerung von einem Krieg zu überzeugen.“

Selbiges wurde bereits wenige Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges von Politikern der BRD praktiziert, welche die Notwendigkeit einer Wiederbewaffnung Deutschlands vehement propagierten. Minister Hans-Joachim Meerkatz, der sich u.a. öffentlich gegen eine Entnazifizierung aussprach, faselte beispielweise von der Notwendigkeit „der Befreiung abgetrennter deutsche Gebiete“. Staatssekretär Walter Hallstein verwies in seiner Begründung für die Wiederbewaffnung u.a. auf die Notwendigkeit der „Vereinigung aller Teile des Kontinentes bis zum Ural“ – eine Forderung auch von Hitler und seiner Clique. Über seine Rolle in der Zeit des Faschismus kann man sich im Internet ausgiebig informieren. Die Botschaft dieser beiden Zitate aus den 50er Jahren zieht sich wie ein roter Faden durch die BRD-Geschichte bis heute. Im Zentrum stand die Sowjetunion, heute Rußland, als „Hort des Bösen“. Diese Mär wird der Bevölkerung rund um die Uhr eingetrichtert, auf daß sie es endlich glauben möge. Die *Frankfurter Rundschau* vom 27.11.23 schrieb: „Da die Sowjetunion Expansionsbestrebungen verfolgte, stellte sie insbesondere eine Gefahr für die europäischen Staaten dar.“ *Bild* titelte: „Putin greift nach Europa“. Schon 2014 wußte *Die Welt*: „Rußland hat Ebola zur Waffe gemacht“. Alles Aussagen wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Mit solcher Propaganda wird versucht, Haß und Angst zu erzeugen, Rußland zu diffamieren und letztlich entsprechende ideologische Grundhaltungen in der Bevölkerung auszuprägen. Dem dient auch die Forderung des Verteidigungsministers, wonach Deutschland wieder „kriegstüchtig“ werden müsse. Erinnerung sei daran, daß diese Aussage bereits von Adolf

Hitler und seinem eigens geschaffenen Propagandaministerium verwendet wurde. Die Folgen sind bekannt.

Mitunter wird aber auch Klartext gesprochen. In einer Sendung der ARD im Dezember 2024 erklärte Oberst a.D. und Bundestagsabgeordneter Roderich Kiesewetter (CDU) u.a.: „Wenn Europa die Energiewende vollziehen will, braucht es eigene Lithium-Vorkommen. Die größten Lithium-Vorkommen in Europa liegen im Donezk-Lugansk-Gebiet. (...) Also wir haben hier auch ganz andere Ziele noch im Hintergrund. Und deshalb brauchen wir eine vereinte Anstrengung der Bürgerinnen und Bürger, damit unsere Politik die Rückenbedeckung hat, mehr für die Ukraine zu tun.“ Damit ist klar, worum es geht. In diesem Zusammenhang kommt der Politikwissenschaftler Christian Mölling zu dem Schluß: „Es braucht vor allen Dingen die Unterstützung der Bevölkerung, um einen möglichen Krieg tatsächlich mitzutragen“ – Meinungsmache, wie sie nicht klarer sein könnte.

Der konzentrierten Einflußnahme auf das Denken der Bürger befleißigen sich auch Deutschlands Politiker ohne Unterlaß. Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger (FDP) will Schulen in die Vorbereitung auf den Kriegsfall einbeziehen. Jugendoffiziere der Bundeswehr sollen an den Schulen zum Einsatz kommen, wobei Übereinstimmung mit dem Präsidenten des deutschen Lehrerverbandes besteht, der „das militärische Bewußtsein für die militärische Bedrohung Deutschlands“ entwickeln will. Gesundheitsminister Lauterbach (SPD) will „auf militärische Konflikte vorbereitet sein, zumal Deutschland im Bündnisfall zur Drehscheibe bei der Versorgung von Verletzten und Verwundeten auch aus anderen Ländern werden könnte“, erklärt er. Der Hauptgeschäftsführer des deutschen Städte- und Gemeindetages André Berghegger äußerte sich kürzlich gegenüber der Funke Mediengruppe: „Jetzt kommt es nicht nur darauf an, die Bundeswehr verteidigungsfähig zu machen. Es geht ganz allgemein um den Schutz der

Bevölkerung vor kriegsbedingten Gefahren.“ Pistorius, Strack-Zimmermann (FDP) u.a. wollen, daß Personen ohne deutschen Paß in der Bundeswehr dienen, da junge Deutsche offensichtlich kein Bedürfnis haben, als Kanonenfutter zu dienen.

Mit dem derzeitigen Manöver „Steadfast Defender“ propagieren nahezu alle Medien, daß „eine Truppenverlegung nach Osten“ geprobt wird. Der Feind steht für den deutschen Imperialismus, wie schon vor den vergangenen Kriegen, erneut im Osten. Ein drittes Mal darf ein Krieg nicht verloren werden. Das Ergebnis von all dem wird eine Zerstörung Europas sein. Im Endeffekt wird von denen, die gen Osten marschieren, nichts übrigbleiben. Und auch die Städte werden nicht mehr aus Ruinen – wie 1945 – bestehen, sondern es wird nur noch Staub vorhanden sein.

Bei all den Geschehnissen in Europa und der Ukraine fragt man sich, wem nützt das alles und wie weit wollen USA und NATO noch gehen, um unter allen Umständen einen direkten Krieg mit Rußland anzuzetteln? Von Vernunft bei den Politikern, in der EU und bei den Lobbyisten der Waffenkonzerne keine Spur. NATO-Generalsekretär Stoltenberg fordert Munitionslieferungen an die Ukraine in Höhe von 1,2 Mrd. Nicht zu vergessen, die Profiteure der Waffenkonzerne. Allein Rheinmetall hat seit Beginn des Ukrainekrieges seinen Aktienkurs mehr als verdoppelt. In diesem Zusammenhang sei an die Fußnote im „Kapital“ von Karl Marx erinnert: „Für 100 Prozent Profit stampft das Kapital alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“ Letzteres scheint derzeit in der deutschen und europäischen Politik nicht ganz abwegig, denn der deutsche Verteidigungsminister fordert, daß Deutschland in fünf bis acht Jahren kriegstüchtig sein muß. Bis dahin werden die 300 % vermutlich erreicht sein, wenn sich die Menschen nicht mit aller Macht gegen diese Kriegspolitik stemmen.

Dietmar Hänel, Flöha

1. Mai – ein Kampftag so wichtig wie nie

Seit einigen Jahren steht der Kampftag der Arbeiterklasse unter anderen Vorzeichen. Nicht Bratwurst grillen und Familienfest, sondern Klassenkampf ist angesagt. Inflation, Mietenwahnsinn, massive Lohnverluste, Klassenkampf von oben, die Angst vor der Ausweitung der Kriege in der Ukraine und in Gaza bestimmen das Bewußtsein vieler Menschen. Die Streikwelle in ganz Europa zeigt, die Geduld der lohnabhängigen Menschen ist zu Ende. Streiks im Öffentlichen Dienst, an den Flughäfen, bei der Bahn und bei der Lufthansa machen dies deutlich. 2024 wird ein kämpferisches Jahr! Dieses Jahr laufen für knapp zwölf Millionen Beschäftigte die vereinbarten Vergütungstarifverträge aus. Die Streiks der Lokführer rufen die Reaktionäre dieser Republik auf den

Plan. Das Streikrecht soll mal wieder eingeschränkt werden. Diesmal mit der Begründung, es gehe doch um die öffentliche Daseinsvorsorge! Komisch, dieses Argument fällt den Herrschenden nur bei Arbeitskämpfen ein. Nicht etwa, als es um die Privatisierung von Kliniken ging.

Der Anlaß des 1. Mai war ursprünglich der Kampf um den Acht-Stunden-Tag. 1886 war der Zwölf-Stunden-Tag in den USA üblich. Überall in diesem Land demonstrierten am 1. Mai Tausende von Arbeitern, traten in den Streik und nahmen an Kundgebungen teil. Am Haymarket in Chicago kam es dann am 4. Mai zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und der Polizei. 200 Arbeiter wurden verletzt und 21 getötet.

Auf dem Gründungskongreß der Zweiten Internationale 1889 wurde zum Gedenken an die Opfer der Haymarket-Unruhen der 1. Mai zum „Kampftag der Arbeiterbewegung“ erklärt. 1890 wurde dieser „Protest- und Gedenktag“ zum ersten Mal mit Massenstreiks und Massendemonstrationen auf der ganzen Welt begangen. Die Entstehungsgeschichte des „Kampftags der Arbeiterklasse“ macht deutlich: Nur durch den gemeinsamen Kampf der lohnabhängigen Menschen werden Fortschritte erkämpft.

Henning Märchele

Redaktionell geringfügig gekürzt

Aus: Gießener Echo, DKP Gießen, April 2024

RF dokumentiert Auszüge aus Reden von **Lühr Henken**, Co-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, und **Michael von der Schulenburg**, ehemaliger UN-Diplomat, die sie auf dem Ostermarsch am 30. März in Berlin gehalten haben.

Eine große Friedensbewegung ist nötig!

Die Entscheidung des Bundeskanzlers, keine Taurus an die Ukraine zu liefern, ist eine gute Entscheidung. Denn sie verhindert zunächst einmal eine unkalkulierbare Eskalation des Ukraine-Krieges. Aber diese Nichtlieferung gilt ausdrücklich nicht dauerhaft, so daß sie nicht unumstößlich ist. Und wir wissen, was ein Nein des Kanzlers bei Giscard und Leopard früher bedeutete: Nichts. Sie wurden geliefert. Was noch bedeutsamer ist: Die 600 Taurus in deutscher Hand sollen einsatztauglich gemacht werden. Wir werden weiterhin wachsam sein müssen, damit es nicht zur Lieferung der Taurus kommt. Wir wissen die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung hinter uns. 61 Prozent lehnen die Lieferung von Taurus an die Ukraine ab. Dabei muß es bleiben!

Was mich beunruhigt, ist die Kombination von Folgendem: Auch nur zarteste Ansätze, Verhandlungen als Lösungsansatz für den Ukraine-Krieg in die öffentliche Debatte zu werfen, werden verbal gnadenlos niedergeknüpelt. Das Zweite: Die Rüstungsproduktion hierzulande und in Europa soll gesteigert werden. Drittens: Waffen für die Ukraine sollen mit deutschem und europäischem Geld überall auf der Welt eingekauft werden können – auch in den USA. Wenn die USA die Waffen nicht für die Ukraine kaufen, dann sollen die Europäer mit Deutschland an der Spitze sie in den USA kaufen. Scholz treibt diese Vorhaben nach Kräften voran. Nicht verhandeln wollen und gleichzeitig Waffenproduktion und Waffeneinkauf steigern, um sie an die Ukraine zu liefern, ist Kriegstreiberei! Diese Kriegstreiberei macht sich auch in der deutschen Rüstungsexportstatistik sehr deutlich bemerkbar. Das letzte Jahr brachte den höchsten Genehmigungswert für deutsche Exporte aller Zeiten. Ein Plus von 45 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das schlug sich im letzten Jahr auch schon auf die tatsächlich erfolgten Exporte schwerer Waffen und Rüstungsgüter nieder, wie SIPRI, das Stockholmer Friedensforschungsinstitut, errechnete. Deutschland belegte im letzten Jahr beim Export weltweit nach den USA Platz 2! Ein Plus von 122 Prozent gegenüber 2022. Deutschland ist Vizeweltmeister beim Export des Todes. Welch ein Skandal!

Das ist ein Ergebnis der Zeitenwende-Rede von Scholz vor mehr als zwei Jahren. Damals kündigte er den Tabubruch an: Künftig solle Deutschland Waffen auch in Krisen- und Kriegsgebiete liefern. Das war Teil 1 seiner Zeitenwende-Rede.

Teil 2 der Rede war die Ankündigung, künftig mehr als zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, also des BIP, ins Militär zu stecken. Das wird dieses Jahr der Fall sein. Ein Internum

aus dem Verteidigungsministerium machte die FAZ publik: Pistorius geht von 2,1 Prozent in diesem Jahr aus. Das macht, wenn die Wirtschaftsprognosen zutreffen, 89 Milliarden Euro aus – ein Rekordwert – ein Plus von 21 Milliarden gegenüber dem letzten Jahr. Aber das soll es längst nicht gewesen sein. Verteidigungsminister Pistorius machte vor kurzem deutlich, daß auch 3 bis 3,5 Prozent möglich wären, je nach Weltlage. Überträgt man diese Zahlen auf die heutige Zeit, wären das horrendes 125 beziehungsweise 150 Mil-



Frühjahr 2020, ein Prototyp von „Dark Eagle“ startet auf Hawaii

liarden Euro im Jahr für die Bundeswehr. Und das alles aus dem Bundeshaushalt. Das bedeutet, die 70 Milliarden, die in diesem Jahr direkt aus dem Haushalt in die Bundeswehr fließen, steigen auf bis zu 150 Milliarden. Diese zusätzlichen 80 Milliarden müssen im Haushalt an anderer Stelle gespart werden. Im Haushalt sind 175 Milliarden für Sozialausgaben vorgesehen. Dieser Betrag würde dann fast halbiert werden. Die Folge: Halbierung des Bürgergeldes, der Grundsicherung, der Arbeitsförderung und auch der Rentenzuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Das bedeutet konkret: Kürzung der Renten um bis zu 20 Prozent. Ich finde, die Regierung muß bei solchen Aufrüstungsplänen die gesamte Wahrheit auf den Tisch legen. Das ist bisher nicht der Fall. Sie verschweigt die extremen sozialen Folgen der Hochrüstung. Wir wollen nicht Kanonen statt Butter, sondern Butter statt Kanonen!!

In diesem Reigen der Aufrüstung stehen zwei Mega-Projekte im Vordergrund. In seiner Zeitenwende-Rede vor mehr als zwei Jahren erklärte Kanzler Scholz, daß er diese deutsch-französischen Projekte mit „oberster Priorität“ verfolge. Erstens, das Panzerprojekt MGCS, mit dem künftige Landkriege gewonnen werden sollen, und zweitens FCAS, das Luftkampfsystem der Zukunft. Mit FCAS

sollen europäische Weltmachtträume ab Mitte des Jahrhunderts in Erfüllung gehen. Ein großer Stolperstein: Die Kosten. Greenpeace hat errechnen lassen, daß der FCAS-Betrieb über 30 Jahre lang wohl 1100 bis 2000 Milliarden Euro kosten wird. Ein nie dagewesener Horror! Die Entwicklung von MGCS und FCAS sind im Gange, ohne daß die Öffentlichkeit auch nur im geringsten über diese Kostengigantomanie in Kenntnis gesetzt wurde. Deshalb die Forderung heute: Stoppen Sie diesen Rüstungswahnsinn sofort!

Es gibt noch zwei weitere Vorgänge, die gestoppt werden müssen. Sie gefährden unser Leben in höchstem Maße.

Der erste: Die Diskussion um eine EU-Atombombe auf der Basis der französischen Atomkraft und, eng verwandt damit, eine nationale deutsche Atombombe. Beide Diskussionen verbieten sich, weil die Realisierung solcher Machenschaften den Atomwaffensperrvertrag bricht. Sie gefährden unser Leben, weil sie Rußland geradezu zu einem atomaren Präventivschlag einladen. Schluß mit dieser Diskussion! Deutschland soll endlich auf die Nukleare Teilhabe verzichten und dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten! Der zweite: Gestoppt werden muß die Vorbereitung der Stationierung von US-Hyperschallwaffen Dark Eagle in Deutschland, die für 2025 vorgesehen

ist. Dark Eagle sollen, wie einst Pershing II, einen strategischen Enthauptungsschlag gegen die Führung in Moskau ermöglichen. Würde die Ampel sich dem entgegenstellen, wäre ein russischer Präventiv- oder Vergeltungsschlag nicht mehr zu fürchten. Leider verhält sich die Bundesregierung bisher dazu wie die drei Affen: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Das ist mehr als unverantwortlich und bricht mit dem Regierungseid: Schaden von Deutschland abzuwenden. Wir haben gerademal noch ein Jahr Zeit, um Scholz, Habeck, Lindner und Co. zu einem Stopp dieses wahnsinnigen US-Vorhabens zu bewegen.

Alles dies sind höchst beunruhigende Indizien für eine tatsächlich lebensgefährliche Zukunft, der wir nicht entgehen können, indem wir allesamt kriegstüchtig werden. Die zugrundeliegenden Konflikte sind nur so aus der Welt zu schaffen: per Gespräch, durch Verhandlungen und kontrollierte Verträge. Nicht Kriegstüchtigkeit ist die Voraussetzung zur Konfliktlösung, sondern die Fähigkeit zum Frieden.

Ich bitte euch, nehmt das hier Gehörte mit in euren Freundes- und Kollegenkreis. Helft mit, den Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg aktiv zu erweitern!

Nur eine große Friedensbewegung ist in der Lage, die Politik auf Verhandlungen und Abrüstung hin auszurichten.

Wir müssen uns vom Wahnsinn des Krieges befreien

(...) In dem größten und gefährlichsten Krieg, der sich neben uns auf europäischen Boden in der Ukraine abspielt, sind zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte Nuklearwaffen von strategischer Bedeutung. Und doch sind unsere verantwortlichen politischen Eliten in der Europäischen Union einer Logik des Krieges verfallen, den man nur als Wahnsinn bezeichnen kann.

Es ist der Wahnsinn einer politischen Unverantwortlichkeit in Zeiten größter Gefahr für die Menschheit.

Es ist der Wahnsinn deutscher Generäle, die über Möglichkeiten des Einsatzes von TAU-RUS-Raketen nachdenken und darüber, wie eine deutsche Verantwortung dabei verschleiert werden könnte. Daß der Einsatz einer solchen Waffe, die ohne jede Vorwarnung den Kreml zerstören könnte, zu einer nuklearen Gegenreaktion führen würde, scheint bei diesen Überlegungen keine Rolle zu spielen.

Es ist der Wahnsinn eines französischen Präsidenten, der Bodentruppen in den Ukraine-Krieg schicken möchte und seines Generalstabschefs, der mit einer vorgeschlagenen Mobilisierung von 60 000 NATO-Soldaten einen gesamteuropäischen Krieg losstreten würde.

Es ist der Wahnsinn einer Bundestagsdebatte, in der die Anträge der Ampel-Koalition und der CDU/CSU-Opposition sich nach zwei Jahren Krieg immer noch wie Kriegserklärungen lesen, ohne auch nur den Hauch einer Bereitschaft für friedliche Lösungen erkennen zu lassen.

Es ist der Wahnsinn von Kriegsbefürwortern, die immer noch davon reden, Rußland besiegen zu wollen und dabei in Kauf nehmen, daß sie damit die gesamte Ukraine zerstören.

Es ist der Wahnsinn von Grünen-Politikern, die uns weismachen wollen, daß wir uns auch bei einer direkten Teilnahme in diesem Krieg

gegen die Nuklearmacht Rußland vor einem Nuklearkrieg nicht fürchten müßten. (...)

Es ist der Wahnsinn der Europäischen Union, sich von einem europäischen Friedensprojekt abzuwenden und zunehmend Milliarden an Subventionen an Rüstungsindustrien zu verteilen.

Es ist der Wahnsinn, diesen Krieg in ein drittes Jahr gehen zu lassen, wohlwissend, daß die Ukraine diesen Krieg nicht mehr gewinnen kann und dieser nur noch mehr Menschen das Leben kosten wird. (...)

Es sind auch wir Europäer, die von unseren verantwortlichen Politikern betrogen werden und für die Folgen dieses Krieges durch die Untergrabung des europäischen Wirtschaftsstandortes, durch den Abbau unserer Reallöhne, unserer Renten und unserer Sozialleistungen sowie durch höhere Rüstungsausgaben und immer umfangreicheren Zuwendungen für geflüchtete Ukrainer bezahlen müssen. (...) Und es ist ein Wahnsinn, daß wir in einer Zeit immer stärkerer Waffensysteme alle Verträge zu Rüstungsbeschränkungen und alle gegenseitige Überwachungsmaßnahmen dieser Verträge gekündigt haben, die wir noch während des Kalten Krieges und der Zeit unmittelbar danach abgeschlossen hatten, um die Welt sicherer zu machen.

Es ist der Wahnsinn, daß wir für eine immer perversere Rüstungsindustrie eine Welt geschaffen haben, die „frei“ von allen moralischen Beschränkungen ist und diese auch noch mit öffentlichen Mitteln subventionieren. Es ist der Wahnsinn des Abbaus aller vertrauensbildenden Maßnahmen, die einst darauf abzielten, sich gegenseitig zu versichern, daß es keine Überraschungsangriffe geben würde. Es ist der Wahnsinn, daß die heutige Waffentechnik genau das Gegenteil tut und darauf

abzielt, den Gegner zu überraschen und ihm immer weniger Zeit zu geben, darauf zu reagieren; und das immer kürzere Zeitfenster, auf Angriffe zu reagieren, führt zum ultimativen Wahnsinn einer Entwicklung, in der es zunehmend einer künstlichen Intelligenz überlassen wird, über Krieg oder Frieden zu entscheiden. Es ist dringend erforderlich, daß wir unsere Regierungen drängen umzudenken, um diesem Wahnsinn ein Ende zu bereiten.

Wir sind heute nicht mehr in der Lage, große Friedensdemonstrationen zu organisieren, wie wir sie zur Zeit des illegalen Angriffskrieges auf den Irak noch kannten – und daß, obwohl heute die Sicherheitslage in der Welt um ein Vielfaches gefährlicher für die Menschheit ist, als es noch 2003 der Fall war. Und doch gibt es Hoffnung. Denn es zeichnet sich ein Umschwung in der öffentlichen Meinung ab. Trotz aller kriegstreibenden Medien gibt es inzwischen europaweit eine wachsende Mehrheit, die sich gegen weitere Waffenlieferung und für Verhandlungen ausspricht. Darauf müssen wir bauen!

Wir müssen es schaffen, diesen Trend in der Bevölkerung in eine politische Kraft umzusetzen. Dazu müssen wir die Menschen in Europa aufrufen, die Europawahlen zu einer Richtungswahl für Frieden zu machen.

In dieser Europawahl gilt es, eine politische Alternative für Frieden zu wählen, ohne dabei nationalistische oder gar rassistische Ziele mit in Kauf nehmen zu müssen.

Ich rufe Euch daher alle auf, wählt am 9. Juni für Frieden, für die Vernunft zu friedlichen Lösungen und für soziale Gerechtigkeit.

Michael von der Schulenburg

Michael von der Schulenburg kandidiert auf Listenplatz 3 für die Partei BSW zur EU-Parlamentswahl.

Drei Tage, die Mut machten

Die Mitglieder Friedensinitiative Schwerin Andrea und Henry Marek hatten vom 22. bis 24. März in ihren Ferienpark Retgendorf nahe der Landeshauptstadt zum „1. Nationalen Denkfest der Aktiven“ eingeladen.

Die mehr als 200 Besucher kamen aus der ganzen Bundesrepublik: von Wiesbaden bis Rostock, Flensburg bis Chemnitz, aus den verschiedensten Bereichen und Initiativen, kirchlichen Friedenskreisen über Naturfreunde, Atomwaffengegnern u.a.

Alle einte sie der Wille, für den Frieden auf der Welt einzutreten.

Es wurden Bücher vorgestellt, so von Patrik Baab „Auf beiden Seiten der Front“ und Tino Eisbrenner „Kraniche – Shuravli“. Beeindruckend war der von Michael Schmidt produzierte und nie veröffentlichte Film über die erfolgreiche deutsch-russische Zusammenarbeit bei einem 2004 begonnenen und hunderte Millionen Euro teuren Projekt zur Entsorgung von Atomschrott.

Gabriele Gysi-Michaelis sprach über ihr Buch „Der Fall Ulrike Guèrot – Versuche einer öffentlichen Hinrichtung“. Christiane Reymann und Wolfgang Gehrcke rekapitulierten den verfallenden Umgang mit historischen Ereignissen in der EU, insbesondere seit dem ersten von der NATO in Europa gegen Jugoslawien geführten sogenannten „Türöffnerkrieg“ vor 25 Jahren. Sie wiesen die strukturelle Unfähigkeit der „wertegeleiteten Außenpolitik“ nach und informierten über die Tätigkeit hunderter US-amerikanischer Techniker zur Vorbereitung der Stationierung der amerikanischen Erstschlags- und Enthauptungswaffe „Dark Eagle“ (Dunkler Adler) 2025 in Deutschland.

Thema des Podiumsgesprächs war das „WIE zum Frieden“, worüber sich die Teilnehmer anschließend in separaten Runden austauschten. Den Abend gestalteten Tino Eisbrenner, Hartmut König, Jens Fischer-Rodrian und der Gitarristenkünstler Uwe Fischer mit bekannten Freiheits-, Friedens- und Liebesliedern.

Am Sonntag las der bekannte Schauspieler Rolf Becker Texte von Ossietzki aus den Jahren 1913 bis zum 1.7.1932. Ossietzki, der wegen seiner Kritik am aufkommenden Faschismus verhaftet wurde und an den Folgen dieses Martyriums starb, verfaßte Texte, die für das heutige Deutschland hätten geschrieben sein können. Den krönenden Abschluß bildete das Versteigern einer von dem Künstler Enrico Nützmann aus Zapel aus einem einzigen Eichenstamm geschaffenen und von ihm gestifteten Friedentaube. Der Erlös von 2.603,24 EUR wurde zu gunsten des Assange-Unterstützungsfonds gespendet. Es wird künftig in der Spielstätte des Theaters Ost in Berlin-Adlershof zu sehen sein. Das Treffen endete mit dem Aufsteigen von Friedenstauben, die ein Retgendorfer Taubenzüchter am Ufer des Schweriner Sees in die Freiheit entließ.

RF

Gestützt auf die Zusendung von Henry Marek

Superwahljahr 2024

2024 ist rund die Hälfte der Weltbevölkerung zu Wahlen aufgerufen. In mehr als 60 Ländern, inklusive der 27 Länder der Europäischen Union, werden in diesem Jahr Wahlen veranstaltet. Das betrifft rund 3,6 Milliarden Menschen – circa 45 Prozent der Weltbevölkerung. In der EU findet am 9. Juni die Wahl eines neuen Europaparlaments statt, in Deutschland am 1. September in Sachsen und Thüringen und am 22. September in Brandenburg Wahlen eines Bundeslandparlaments. Der Kapitalismus verbindet seit seiner Entstehung die formale Gleichheit mit der ökonomischen Ungleichheit. Und aus dieser folgt die soziale Ungleichheit. Das wurde von den ausgebeuteten Massen auch immer instinktiv gefühlt, aber von Marx und Engels als den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus wissenschaftlich auf den Begriff gebracht. Der Hauptinhalt bürgerlicher Ideologie besteht heute darin, den Formalismus der Egalität herauszuputzen, die inhaltliche, mit unendlichen Leiden verbundene Tristesse aber verschönend zu unterdrücken. Sie ist dafür zuständig, einen Massenmythos zu pflegen und zu konservieren. Vor 1789 bildeten Adel und Klerus, beide steuerbefreit, die Spitze der Nation, 1 Prozent der Bevölkerung, die Bourgeoisie stellte 9 Prozent. Der

bürgerliche Abbé Sièyes arbeitete in seiner berühmten Broschüre aus dem Jahr 1789 „Was ist der dritte Stand?“ richtig heraus, daß die französische Bourgeoisie machtpolitisch ein Nichts sei. „Nichts, so wie er jetzt ist; alles, sobald er geworden ist, was er werden muß.“ Machtpolitisch entscheidend wurden die 90 Prozent weitgehend analphabetischen Bauern und Handwerker, also der vierte Stand. Für einen Umsturzaugenblick mußte sich die Bourgeoisie mit den von ihr verachteten Massen fraternisieren, historisch kann man allenfalls von einer bürgerlichen Augenblicksdemokratie aus Nützlichkeitsinteressen mit entsprechenden Augenblicksgötzen aus dem Jakobinermilieu sprechen. Alles bürgerlich Demokratische ist Erschlichenes. Wie sah die soziale Wirklichkeit aus? Marx berichtet im „Kapital“ Band 1, daß das jüngste Kind, das im kapitalistischen Fabrikssystem ausgebeutet wurde, zwei Jahre alt war. Kinder bekamen neben der Fabrik in Viehställen „Schulunterricht“ von Lehrern, die nicht mal ihren eigenen Namen schreiben konnten. Das kulturpolitische Interesse der Kapitalisten und ihre technische Entwicklung arbeiten heute daraufhin, uns von schriftbeherrschenden Völkern zu bilderkonsumierenden zu degradieren. Gerade in bürgerlichen

Wahlkämpfen findet diese Art von Verblödung statt: Bürgerliche Parlamentswahlen seien in demokratischer Hinsicht das Gelbe vom Ei, nun ja, der Mensch sei unvollkommen, machen wir den Völkern doch unsere Unterdrückerdemokratie als das kleinste Übel unter allen Staatsformen vor. Unterdrückerdemokratie? Das ist auf den ersten Blick ein Widerspruch, doch schauen wir auf die präzise Analyse der Niederlage der Pariser Commune von Marx, die sich im kommenden Monat Mai 2024 zum 153. Mal jährt. „Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen.“ (*Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Werke, Band 17, Dietz Verlag Berlin, 1960, 340*). Hier liegen sowohl Kritik als auch Alternative vor uns. Das Superwahljahr 2024 erweist sich für unsere Breitengrade als Superjahr des Zertretens der Völker.

Heinz Ahlreip
Hannover
Redaktionell gekürzt

Aufruf der Staatsduma an den Deutschen Bundestag

Die Abgeordneten der Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation halten es für grundlegend wichtig, zeitgerecht und nötig, sich an die deutschen Parlamentarier, die Mitglieder des Deutschen Bundestags, zu wenden und beziehen sich dabei auf die Berichte über ein Gespräch deutscher Bundeswehroffiziere, bei dem es um die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine ging und ihre Verwendbarkeit gegen die auf dem russischen Gebiet gelegene kritische Infrastruktur, einschließlich der Krim-Brücke über die Straße von Kertsch, durch ukrainische bewaffnete Einheiten. Der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Ingo Gerhartz, unterwies hochrangige deutsche Offiziere, wie die Lieferungen der weitreichenden Raketensysteme in die Ukraine geplant und die Ausbildung des ukrainischen Personals an diesen beschleunigt organisiert werden können sowie auf welche Weise diesem die nötigen nachrichtendienstlichen Erkenntnisse zur Vernichtung der maßgeblichen Verkehrsadern, die russische Regionen miteinander verbinden, zur Verfügung gestellt werden können. Ganz nach Tradition der hitlerschen Luftwaffe und unter Inkaufnahme möglicher ziviler Opfer unter russischen Bürgern und humanitärer Folgen, die die Zerstörung der Krim-Brücke für mehrere Millionen Einwohner der Halbinsel haben könnte, war dieser Militärchef ausschließlich auf die Vertuschung der Mittäterschaft der deutschen Truppen an den

geplanten Verbrechen des Kiewer Regimes und auf die Zurückweisung unausweichlicher Vorwürfe gegen die politische Führung der Bundesrepublik Deutschland, vor allem gegen den Bundeskanzler Olaf Scholz, bedacht. Aus der veröffentlichten Tonaufnahme wird unmittelbar deutlich, daß die Luftwaffenoffiziere diese Aufgabe von der höchsten militärpolitischen Führung des Landes, womöglich vom Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius persönlich, bekommen haben. Somit wird die von Washington oktroyierte Ermutigung des Regimes in Kiew, das Konfliktgebiet auszuweiten und den Terror gegen die Zivilbevölkerung fortzusetzen, auch von Berlin unterstützt. Zahlreiche Fakten, die belegen, daß die Ukraine westliche Waffensysteme und Munition einsetzt und sich Armeeangehörige aus den USA, Großbritannien, Frankreich und weiteren NATO-Ländern, einschließlich Deutschlands, an den Kampfhandlungen in der Ukraine unter anderem als Militärausbilder und Berater für technisch komplexes militärisches Gerät beteiligen, geben allen Grund zu behaupten, daß die Planungen der Bundeswehrführung der Wirklichkeit entsprechen und extrem gefährlich sind. In dieser Situation lassen die Behauptungen von Bundeskanzler Scholz, die Lieferung weitreichender Raketensysteme an die Ukraine sei nicht sinnvoll, berechnete Zweifel aufkommen. Denn damit könnte das Ziel verfolgt werden, die wahren Intentionen der deutschen Ukraine-Politik zu kaschieren.

Die Abgeordneten der Staatsduma rufen den Deutschen Bundestag auf, eine objektive Untersuchung zur Beteiligung der Bundeswehrangehörigen an den Kampfhandlungen in der Ukraine durchzuführen. Trotz der Behauptungen, die Militärlieferungen für Kiew würden den Frieden näherbringen, ist es gegenwärtig gerade die Ukraine, die westliche Politikaster in einen in Blut versinkenden Schießplatz verwandelt haben, auf dem die NATO-Armeen und die Rüstungsindustrie des Westens verschiedene Waffensysteme und Militärtechnik testen, und die den meisten Schaden vom Streben der westlichen Gönner Kiews nach einem Krieg gegen Rußland „bis zum letzten Ukrainer“ davonträgt. In Übereinstimmung mit dem Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990, demzufolge von deutschem Boden nur Frieden ausgehen werde und Handlungen, die geeignet seien und in der Absicht vorgenommen würden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar seien, rufen die Abgeordneten der Staatsduma den Bundestag auf, keine Handlungen zuzulassen, die Deutschland in den Militärkonflikt auf der Seite des faschistisch-terroristischen Regimes in der Ukraine hineinziehen könnten.

Quelle: NachDenkSeiten, 2.4.24 (Auszug)

Ist eine Verhandlungsbereitschaft von RF, USA und EU zu Frieden und Sicherheit erkennbar?

Wladimir Putin konstatierte im März 2024, daß die Russische Föderation (RF) keine neuen Verhandlungen, z. B. über die Begrenzung strategischer Waffen, aufnehmen wird, solange die USA alles tun, um seinem Land im Ukraine-Krieg eine strategische Niederlage beizubringen. Die Gespräche über strategische Waffen können nicht vom Rest der Beziehungen zwischen den beiden Ländern getrennt werden, erklärte er.

Warum ist das so?

In den USA waren die hauptsächlichen Verhandler von strategischen Rüstungsverträgen immer die Falken. Sie sahen in diesen Abkommen die Möglichkeit, eine Politik fortzusetzen, welche die wirtschaftliche Entwicklung der UdSSR behindern und die Bedrohung der globalen Interessen der USA verringern würde. Sie vertraten aber auch eine solche Linie, daß die Beziehungen nicht in einen Weltkrieg mündeten.

Doch der „Krisenmanager“ Henry Kissinger und andere entwickelten einen Fahrplan, dessen Inhalt darin bestand, zwar die Atmosphäre zwischen beiden Seiten zu verbessern, aber nichts an der Substanz der amerikanischen Eindämmungspolitik gegenüber der RF zu ändern.

Die Russen haben 2008 die für sie unvorteilhafte US-Initiative mitgemacht, denn die Streitkräfte der RF hatten sich noch nicht von dem Chaos der Jelzin-Jahre erholt.

Was hat sich danach geändert?

Die Antwort geht auf die Ankündigung von Präsident Putin 2018 zu den neuen strategischen Waffensystemen zurück, die Rußland zum ersten Mal in seiner Geschichte bei deren Entwicklung, Herstellung und Basierung um mehr als ein Jahrzehnt gegenüber den USA vorn sahen.

Die Hyperschallraketen und andere hochmoderne Systeme, die Putin damals in seiner Rede zur Lage der Nation vorgestellt hat, die als unbesieglar gelten, würden die atomare Erstschlagskapazität, in die die USA unter Bush Hunderte von Milliarden Dollar für ihre globalen Anlagen zur Abwehr ballistischer Raketen investiert hatten, unwirksam machen. Die Entscheider in den USA faßten die angekündigte strategische Überlegenheit der RF gegenüber den USA als Bluff auf. Die US-Eliten waren der Meinung, daß die Russen diese Waffen niemals in der Menge herstellen können, daß eine ernste Bedrohung für die USA daraus entsteht.

Das Jahr 2024 zeigt, daß Putin recht behalten hat. Der kollektive Westen wurde durch die Indienstellung und teilweise Anwendung der qualitativ neuen konventionellen und atomaren Waffensysteme eines Besseren belehrt. Die RF hat ihre Fähigkeit demonstriert, solche Waffensysteme zu generieren und einsatzfähig zu machen, die die USA noch nicht einmal entwickelt oder erprobt haben (Doctorow).

Darüber hinaus haben die zwei Jahre Krieg zwischen der RF und der mit dem Westen verbandelten Ukraine gezeigt, daß die RF auch über tausende wirksame konventionelle Waffen, wie selbstlenkende Gleitbomben des Typs FAB, verfügt. Diese Waffen gestatten der Russischen Föderation im Ukraine-Konflikt, auf taktische Atomwaffen zu verzichten.

Die *Financial Times*, die *New York Times* u. a. westliche Medien sind gezwungen zuzugeben, daß Rußland zur absoluten Spitze in der Weltliga der Militärmächte gehört. Das ist der Kontext, um Putins Erklärung richtig zu verstehen.

Russische Sicht

Obwohl die Seiten des Ukraine-Konfliktes immer noch über konventionelles Eskalationspotential verfügen, wird bereits im Westen und reagierend auch in der RF über das „Für und Wider“ des Einsatzes von Atomwaffen polemisiert. Die USA und ihre Verbündeten, die Schwächen der RF bei deren konventionellen Waffen ausgemacht haben wollen, vertreten das Narrativ, daß es Rußland sein wird, welches zuerst Atomwaffen einsetzt und dadurch den Westen zwingt, Gleiches zu tun. Beiden Seiten geht es um Prinzipielles, um die Erringung oder mindestens um die Erhaltung des strategischen Gleichgewichts, wobei Letzteres einen entscheidenden Einfluß auf den Einsatz oder Nichteinsatz von Atomwaffen sowie auf Sieg oder Niederlage im laufenden Konflikt hat.

Am 21.3.24 äußerte sich der führende russische Analyst, Dmitrij Trenin, im Portal *Global Affairs* zur Notwendigkeit des Reagierens der russischen Seite auf den Stand und zur Bewertung des strategischen Gleichgewichts. Dazu definiert Trenin, daß „das aus militärtechnischer Sicht betrachtete strategische Gleichgewicht als das Nichtvorhandensein von Anreizen zur Führung eines massierten nuklearen Erstschlags durch eine der Seiten verstanden wird“.

„Dieses Verständnis entwickelte sich, als die UdSSR im Kalten Krieg die militärstrategische Parität mit den USA erreichte. Damals verfügten die Seiten über Mechanismen zur Bewertung des Standes der strategischen Stabilität, womit die ständige Aufrechterhaltung von Kontakten zwischen den politischen Führungen der beiden Supermächte, die Rüstungskontrolle und die Transparenz der militärischen Potentiale gemeint waren.“ Diese damals funktionierenden Mechanismen gibt es schon lange nicht mehr, da sie vom Westen aufgekündigt und von Rußland ungewollt akzeptiert werden mußten. Deren Fehlen läßt heute keine realistische Bewertung desselben mehr zu.

Die US-zentrierte Weltordnung unterliegt derzeit ernsthaften Herausforderungen und ihre Fundamente werden sichtlich erschüttert. Die globale Hegemonie der USA und des kollektiven Westens werden insgesamt

schwächer, während die wirtschaftliche, militärische, wissenschaftlich-technologische Macht und die politische Bedeutung der nichtwestlichen Länder – vor allem Chinas, aber auch Indiens und Rußlands – anwachsen. Dies führt zur Verschärfung der Beziehungen zwischen den USA und den anderen Machtzentren.

Die beiden größten Nuklearmächte, Rußland und USA, befinden sich in einem hybriden Konflikt, der bisher nur für die RF eine existentielle Bedrohung darstellte. Dieser Konflikt entstand, weil die USA, die NATO und die EU die im Dezember 2021 klar zum Ausdruck gebrachten Sicherheitsinteressen Moskaus negierten. Die USA haben erklärt, daß der RF – ungeachtet ihres nuklearen Status – eine militär-strategische Niederlage beigebracht werden muß.

Der Krieg zwischen den zwei nuklearen Supermächten ist durch einen von den USA genutzten Stellvertreter bereits voll im Gange. Bei den intensiven Kampfhandlungen werden sowohl die eingesetzten Waffensysteme und die Beteiligung von militärischem und technischem Personal der westlichen Länder als auch die geografische Begrenzung des Kriegsschauplatzes ständig ausgebaut, wodurch die RF immer wieder zum Nachziehen gezwungen wurde.

Ein gewisses strategisches Gleichgewicht blieb aber dennoch erhalten, weil die USA glaubten, sich darauf verlassen zu können, daß Rußland, so wie es bisher stets war, es nicht wagen würde, Nuklearwaffen einzusetzen. Daraufhin verloren die USA und der Westen die Angst vor den Abschreckungswirkungen dieser Waffen. Sie meinten, daß sie allein mit ihren angeblich stärkeren konventionellen Waffen Rußland eine strategische Niederlage beibringen können. Dem widersprechen die Realitäten auf dem Gefechtsfeld in der Ukraine.“

Trenin konstatierte, daß es jetzt an der Zeit wäre, daß die RF ihre Konzeption der Abschreckung an die neue Lage anpaßt. Er plädiert dafür, von einer passiven zu einer aktiven nuklearen Bedrohung eines Gegners überzugehen. Dieser darf nicht in dem Glauben gelassen werden, daß der in Europa stattfindende Krieg ihn in keiner Weise existentiell bedroht.

Das zeitweilig einseitig verschobene „strategische Kräfteverhältnis“ wurde durch eine russische qualitative Nachrüstung wieder mehr als ausgeglichen, wodurch es zu einem strategischen Gleichgewicht kam, welches aber die USA bisher nicht anerkennen wollten. Solche konventionellen und atomaren Systeme der RF wie die weitreichendste und effektivste Sarmat-Rakete (18 000 km), atomangetriebene Raumgleiter, boden-, luft- und seegestützte Hyperschallraketen, strategische U-Boote mit Atomtorpedos und FEK-Systeme, aber auch effektive Mittel der luftkosmischen Verteidigung u.a., die alle

nicht oder kaum abzuwehren sind, stellen ein realistisches Abschreckungspotential auch für einen territorial entfernten Gegner dar. Mindestens das sollten die USA erkennen und entsprechend bewerten. Vielleicht bringt diese neue Situation die USA ja dazu, Verhandlungen mit der RF zur Beendigung des US/NATO-RF-Krieges in der Ukraine und zu Sicherheitsgarantien für die RF zu beginnen. Bei solchen Verhandlungen sollte es für die RF z. B. um die Wiederherstellung der Kommunikationskanäle zwischen den Führungsspitzen, um Änderungen an Doktrinen, an Bestimmungen für Manöver, Unterwasser- und Luftraumpatrouillen entlang der Grenzen des Gegners, um Vorwarnungen über Nukleartests u.a. gehen. Der Sinn sollte es sein, nicht nur die Bereitschaft zum Einsatz des Potentials zum Schutz der vitalen Interessen Rußlands zu signalisieren, sondern den Gegner mit allen möglichen Mitteln zum Einlenken und zu einem ernsthaften Dialog zu bewegen. Dazu ist es notwendig, auf die Eskalierungen des Gegners (Terroranschläge, Lieferungen und Einsatz von Angriffswaffen, Bereitstellung von NATO-Personal) schneller und wirksamer zu reagieren. Auf militär-technische Schritte sollten militärische Aktionen folgen, z. B. Schläge auf Entscheidungsstrukturen, Truppenansammlungen, Militärbasen, die kritische und energetische Infrastruktur in der Ukraine, aber auch in den direkt am Konflikt beteiligten NATO-Ländern, folgen. Ein Krieg zwischen Nukleargroßmächten (auch nicht ein indirekter), der die vitalen Interessen einer der Seiten berührt, sollte nicht entfesselt werden, denn sonst gibt es nicht nur keine Gewinner, sondern auch keine Überlebenden mehr.

Die Umsetzung des eigenen Konzepts der Sicherheitsmechanismen würde es gestatten, die derzeitige Stellung Rußlands in der Welt richtig darzustellen.

Sicht der USA und der EU

Zur derzeitigen Lage in der Ukraine äußerte Oberst a.D. der Bundeswehr Wolfgang Richter und Sicherheitsexperte in der *Berliner Zeitung (BZ)*, daß sich die Ukraine seit der erfolglosen Sommeroffensive 2023 und der Aufgabe von Awdijiwka militärisch in der Defensive befindet, daß beide Seiten hohe personelle Verluste erlitten, die die Ukraine nur schwer ersetzen kann. Dazu stellte US-Militärexperte Scott Ritter fest, daß das Verhältnis der ukrainischen zu den russischen Verlusten im November 2023 6:1 betrug.

Nach Richter führten die Querelen zwischen Präsidenten und Armee zum Austausch des Oberkommandierenden, weil Selenskyj keine weitere Massenmobilisierung (500 000) wegen möglicher Revolten fürchtete. Hinzu komme, daß „der Westen die Effizienz der russischen Rüstungsindustrie unterschätzt, die Wirksamkeit der eigenen Sanktionen und die Durchschlagskraft der westlichen Waffensysteme überschätzt“ hatte. „Die Stilisierung einzelner Waffensysteme als ‚Game-Changer‘ war völlig verfehlt.“ Der Ausfall der USA als bisher wichtigstem Waffen- und Munitionslieferanten sei „fatal“. Es gäbe „einen realen Munitionsmangel. Selbst wenn der Westen in der Lage wäre, die materielle Versorgung zu

gewährleisten, kann er den Mangel an Personal nicht kompensieren, will er nicht selber zur Kriegspartei werden“.

Richter sieht in Macrons Äußerung zur Entsendung von NATO-Truppen in die Ukraine die Überschreitung „einer roten Linie, die seit Kriegsausbruch zwischen den Verbündeten vereinbart war“. „Der Schuß“ sei „nach hinten losgegangen“.

Tatsache ist jedoch, so der bekannte ukrainisch-russische Kriegsreporter Podaljak, daß sich bereits versöldnete NATO-Soldaten aus Polen, Rumänien, den USA, GB u. a. kämpfend und „helfend“ in der Ukraine befinden.

Putin nutze das Angriffsmomentum, um weitere Gebietsgewinne zu machen. Doch auch wenn die russischen Truppen die Ukrainer weiter zurückdrängen, so Richter, sind sie wahrscheinlich derzeit nicht in der Lage, ihnen eine strategische Niederlage beizubringen. Der Abnutzungskrieg dürfte also weitergehen, wenn er nicht politisch beendet wird. Der Viersternegeneral a. D. der Bundeswehr Harald Kujat stellt jedoch fest, daß die RF dabei ist, „die materiellen und personellen Potentiale für eine größere Angriffsoperation in der Ukraine und zum Schutz vor einem möglichen NATO-Angriff aufzubauen. Sie akquiriert 30 000 Soldaten monatlich, hat ihren MIK hochgefahren und viele kriegserprobte Waffensysteme in Dienst gestellt. Die russischen Streitkräfte werden geduldig alle ukrainischen und NATO-Kräfte auf dem Gefechtsfeld, so wie bisher, aufreiben und – um ihr Personal zu schonen – erst dann einen großen Angriff führen (Mai, Juni)“.

In den Fachdiskussionen der strategischen Eliten der RF geht es um Ziele, die diese seit Jahren verfolgen:

- die Verhinderung eines ukrainischen NATO-Beitritts und die Stationierung westlicher Truppen sowie weitreichender Waffen;
- die Sicherung von Sewastopol und der Halbinsel Krim als Hauptstützpunkt der Schwarzmeerflotte;
- die territoriale Anbindung derjenigen Gebiete an Rußland, in denen eine russische oder rußlandaffine Bevölkerung verortet wird, also vor allem des Donbass, aber auch des Korridors zur Krim;
- Sicherheitsgarantien für Rußland.

Diese Ziele waren zum Teil auch Gegenstand der russisch-ukrainischen Übereinkunft im Frühjahr 2022. Damals gab es noch keine Forderungen auf weitere Territorien und Pufferzonen. Kiew wurde zum Abbruch der Verhandlungen durch die westlichen Partner mit dem Versprechen auf unbegrenzte Waffenhilfe genötigt. Die Gebietsverluste vom September 2022 und die weiteren militärischen Entwicklungen haben die Kiewer Position erheblich verschlechtert, welche sich ohne Verhandlungen fortsetzen könnten.

Mit Blick auf die Münchner Sicherheitskonferenz 2024, auf der es hauptsächlich um den „Sieg der Ukraine“ gegangen sein soll, erläuterte Richter, was unter einem „Sieg“ zu verstehen ist. „Könnte man die Atommacht Rußland strategisch in den Ruin treiben und einen Regimewechsel erzwingen? Das ist nicht nur illusorisch, sondern unverantwortlich. Unter einer Eskalation würden in erster

Linie die Ukraine und die europäischen Nachbarn zu leiden haben. Ein Vergleich der militärischen Ressourcen, die der Ukraine und Rußland heute und auf absehbare Zeit zur Verfügung stehen, läßt den Schluß zu, daß die Wiederherstellung der Grenzen von 1991 für Kiew militärisch unlösbar ist. Es muß also eine politische Lösung geben. Es ist unmoralisch, die Ukrainer zu ermutigen, für ‚unsere Werte‘ und ‚unsere Sicherheit‘ zu sterben, während eine realistische Chance auf einen ‚Siegfrieden‘ nicht in Sicht ist und man zugleich Verhandlungen abschließt.“

Keiner im Westen will Kapitulationsverhandlungen. In den USA wird die Lage nüchterner gesehen als in Deutschland, wo das Moralisieren über die Realpolitik triumphiert und Verhandlungen als ‚Verrat‘ diffamiert werden.“

Unabhängig von dem Wahlgetöse zwischen Biden und Trump wollen plötzlich beide die Ukraine zwar finanziell unterstützen, aber keine „US Boys“ schicken und dennoch mit der RF verhandeln, um eigene Sicherheitsinteressen durchzusetzen.

Es geht um die Bewahrung des nuklearstrategischen Gleichgewichts und deshalb sind die Offiziellen der USA und Deutschlands derzeit nicht an der Eskalation durch weitreichende Raketensysteme interessiert. Auch ist von einer ‚strategischen Niederlage‘ Rußlands nicht mehr die Rede. Statt dessen werden über Geheimkanäle gemeinsame Interessen erörtert. Dazu gehören: Eskalationsvermeidung, die Aufrechterhaltung des strategischen Gleichgewichts, die Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im All oder das globale Nichtverbreitungsregimes von Kernwaffen.

Bei der US-Strategie stehen nicht die EU und die Ukraine, sondern China im Vordergrund.“

Resümee

Die USA waren bis vor kurzem der Meinung, daß nur Rußland existentiell bedroht wird, und daß das für die USA nicht zutrifft. Mitte März sind zwei MiG-31 mit einsatzbereiten Kinshal-Raketen die gesamte Ostküste der USA abgeflogen und dabei nicht von den USA gesehen oder bekämpft worden. Ende März 2024 sind 10 Atom-U-Boote der RF der geräuscharmen Jaßem-Klasse in den östlichen Atlantik ausgelaufen und konnten bisher nicht von den USA geortet werden. Auch die Zerstörung der „bestens“ bewachten US-Militärbasis bei Kiew Anfang April 24 durch Hyperschall-Zirkon-Raketen gehören zu den effektiven Antworten der RF auf die US-amerikanischen Provokationen. Damit will die RF u. a. Verhandlungen zu Sicherheitsgarantien sowie zur Beendigung des Ukrainekrieges erzwingen und beweisen, daß sich wieder ein stabiles strategisches Gleichgewicht zwischen den atomaren Supermächten USA und RF eingestellt hat, wodurch Verhandlungen, einschließlich solcher über strategische Waffen, möglich würden.

Der Ball für eine solche Entwicklung liegt bei den USA.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Ehrung für ukrainischen SS-Mann

Der Bezirksrat der Oblast Ternopil in der Ukraine zeichnete jüngst den ukrainischen SS-Mann Jaroslaw Gunka mit dem Ehrenabzeichen „Für Verdienste um das Gebiet Ternopil“ aus. Im September des Vorjahres sorgte eben dieser ehemalige ukrainische Angehörige der Waffen-SS-Division „Galizien“ für einen Skandal im kanadischen Parlament. In einer Rede während des Besuchs von Selenskyj im Parlament zu Ottawa lobte der Sprecher Anthony Rota den 98-jährigen als einen, der „damals für die ukrainische Unabhängigkeit gegen die russischen Aggressoren gekämpft hat und die Truppen auch heute noch unterstützt“. Gunka erhielt die Auszeichnung für „bewiesenen Patriotismus, herausragende Verdienste bei der Verteidigung der territorialen Integrität und Unabhängigkeit der Ukraine“. Mit Standing Ovationen wurde Gunka anschließend bejubelt.

Später distanzierten sich die Kanadier von dieser Einladung. Der Parlamentspräsident mußte zurücktreten und der kanadische Premierminister Justin Trudeau entschuldigte sich halbherzig. Ternopil ist nicht die einzige Region, in der die SS-Division verehrt wird. In der Stadt Lwiw, aus der die meisten ukrainischen SS-Angehörigen stammten, findet, organisiert von der nationalistischen Gruppierung „Autonomer Widerstand“, seit 2010 jährlich am 28. April eine Parade zu Ehren der SS-Division statt, bei der neben Veteranen auch Vertreter anderer nationalistischer Organisationen teilnehmen. Die SS-Division Galizien war an Verbrechen gegen die polnische Zivilbevölkerung ebenso beteiligt wie an zahlreichen anderen mörderischen Aktionen der Nazi-Truppen. Im Interview mit dem US-amerikanischen Journalisten Tucker Carlson sagte der russische Präsident Wladimir Putin

sinngemäß, daß sich die Ukraine aus der langen Geschichte des Landes ausgerechnet jene Jahre als historischen Referenzpunkt ausgesucht habe, in denen die größten Verbrechen unter Beteiligung ukrainischer Faschisten begangen wurden. Die Verehrung dieser Verbrecher ist in der Ukraine kein Einzelfall, sondern hat – ganz besonders in der Westukraine – System. Am 23. September 2020 entschied der Oberste Gerichtshof der Ukraine, daß die Symbole der SS-Division Galizien nicht mit dem „Nationalsozialismus“ in Verbindung gebracht werden und daher im Land nicht verboten werden können. Damit steht die offizielle Ukraine in offenem Widerspruch zu den Urteilen des Kriegsverbrechertribunals in Nürnberg, wo die SS insgesamt als verbrecherische Organisation eingestuft wurde.

Quellen: Strana/Wikipedia

Stimme aus der Ukraine: Die Zukunft der Linken

Vor zehn Jahren kam in der Ukraine durch einen Staatsstreich ein rechtes oligarchisches Regime mit einer nationalistischen Ideologie an die Macht, das sich vollständig dem US-Imperialismus unterordnete. Unter der Herrschaft von Wolodymyr Selenskyj ist dieses Regime endgültig totalitär geworden. Die Opposition wurde zerschlagen, alle linken Parteien, einschließlich der unseren, wurden verboten. Tausende von Menschen landeten wegen ihrer politischen Überzeugungen im Gefängnis und einige wurden sogar gezielt getötet. Unter dem Lärm des Krieges haben sich die Oligarchen und ihre Stellvertreter in aller Konsequenz daran gemacht, jede Gefahr eines Verlustes ihrer unersättlichen Macht und ihres Reichtums, den sie aus der Ukraine geraubt haben, zu verhindern. Ihr Ziel ist es, alle verbliebenen linken Kräfte in der Ukraine auszumerzen. Das, was in den letzten Jahren in der Ukraine beim Umgang mit der linken Opposition passierte, ähnelt sehr dem, was in Spanien während des Franco-Regimes geschah. Dazu kommen der Zusammenbruch der Wirtschaft, die Verarmung der Mehrheit der Arbeiter und der Krieg, den das Regime im Interesse des Weltimperialismus führt.

Nun bewegt sich auch die derzeitig neoliberal ausgerichtete Europäische Union, die sich der weltweiten Finanz- und Politikelite unterordnet, immer schneller auf einen großen Krieg zu, der sich zu einem dritten Weltkrieg ausweiten könnte.

Die Regierungen des Kapitals weltweit und insbesondere hier in Europa haben gelernt, menschliche Probleme und Schwierigkeiten, die durch ihre Schuld und die Schuld ihrer Herren, der Oligarchen, entstanden sind, geschickt auszunutzen und die Gesellschaft zu spalten. Ein aktuelles Beispiel ist der Umgang mit den derzeitigen Protestwellen von Bauern, Arbeitern und Angestellten in den meisten

europäischen Ländern, verursacht durch ungleiche Steuerverteilung, Mißbrauch von Haushaltsgeldern und verstärkte militärische Rhetorik der Entscheidungsträger. (...)

Kurz vor dem Krieg, in nur wenigen Monaten, erhielten wir, die linken Kräfte in der Ukraine, eine große Unterstützung aus der Bevölkerung: Der Zuwachs an Parteimitgliedern pro Monat betrug durchschnittlich 3000 bis 5000 Menschen. Die Präsidentschaftskandidatur des Parteivorsitzenden wurde von immer mehr Bürgern begrüßt. Ihre Zustimmung stieg in den letzten drei Vorkriegsmonaten signifikant an. Und all dies, obwohl es eine massive Zensur und keinen Zugang zu objektiv berichtenden Fernsehkanälen und Zeitungen gab. (...) Heute hat die linke Bewegung zwei Arten von Konkurrenten. Die offensichtlichen sind die rechten Parteien und ihre oligarchischen Sponsoren. Dazu kommen die pseudolinken Parteien, die sich in den nationalen Parlamenten und Regierungen und im Europäischen Parlament verschanzt haben, aber in Wirklichkeit längst nicht mehr links im eigentlichen Sinne sind.

Ein Paradebeispiel sind die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Regierung der BRD und ihr Kanzler Olaf Scholz. Wie die Praxis zeigt, haben sie schon lange nichts mehr mit den Ideen der Sozialdemokratie und des Sozialismus zu tun. Sie stehen offen auf der Seite des Kapitals, schützen dessen Interessen und sind dabei, ihr eigenes Land und Volk zu ruinieren.

Für uns, die ukrainischen Linken, ist auch die Haltung der deutschen Sozialdemokraten und ihrer Schwesternparteien aus anderen europäischen Ländern zu den ukrainischen Ereignissen sehr aufschlußreich. Wie können Politiker, die vorgeben, links zu sein, die Fortsetzung des Krieges befürworten und sich an der beispiellosen Militarisierung Europas und der Ukraine seit vielen Jahrzehnten beteiligen? Wie können

sie das radikal-nationalistische Regime in der Ukraine unterstützen, das alle linken Parteien verboten hat, das die Verwendung der roten Fahne und das Singen der Internationale unter Strafe stellt, das Straßen nach Nazi-Kollaborateuren wie Stepan Bandera, Roman Shukhevych und der SS-Division „Galizien“ benennt und diese als offizielle Staatshelden hofiert? Pseudolinke sind für aufrichtige Linke im Grunde noch gefährlicher als die Rechte, da sie traditionelle sozialistische Namen, Farben und Rhetorik verwenden, aber eine neoliberale und militaristische Politik verfolgen. Damit diskreditieren sie linke Ideen in den Augen der arbeitenden Bevölkerung und ermutigen sie zu der Annahme, daß Linke und Liberale sich nicht voneinander unterscheiden.

Um so wichtiger ist es, daß sich die Linke nicht nur dem Namen, sondern auch ihrem Wesen nach eindeutig von der Pseudolinken distanziert und den Arbeitenden eine echte Alternative zur derzeitigen Politik der Regierungen der Europäischen Union bietet. Ihre Aufgabe ist es, nicht nur die sozialen Probleme zu benennen, sondern auch die Gefahr eines großen weltweiten Krieges bewußt zu machen, auf den sich Europa zubewegt.

Unsere Partei wurde zusammen mit weiteren linken Parteien am 17. Juni 2022 verboten und ihr gesamtes Vermögen enteignet. Ihre Mitglieder arbeiten seit diesem Zeitpunkt im Untergrund oder Exil. Einige ihrer Führungspersönlichkeiten wurden in den letzten Monaten entführt und gelten seitdem, wie beispielsweise der Parteigründer Wassilij Wolga, als spurlos verschwunden.

Maxim Goldarb

Redaktionell gekürzt

Maxim Goldarb ist Vorsitzender der „Union der linken Kräfte“.

Quelle: NachDenkSeiten, 2.4.24

Der erste Schlagabtausch

Ein Buch des Militärhistorikers Lothar Schröter über den Ukrainekrieg

Um es vorwegzunehmen: Wer eine umfassende Darstellung des Ukrainekrieges – seiner Vorgeschichte, seines Ablaufs seit 2014 und seiner Einordnung in die weltpolitische Konfrontation des Westens mit Rußland – lesen möchte, sollte zu diesem Buch greifen. Es gibt zu Lothar Schröters „Der Ukrainekrieg. Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO“ auf dem Buchmarkt nichts Vergleichbares an Genauigkeit, Kenntnis historischer Zusammenhänge, militärwissenschaftlicher Analyse, einer Fülle von Quellen aus der Ukraine und Rußland wie aus dem Westen. Die Urteile des Autors sind entsprechend abgewogen und ausführlich begründet.

Lothar Schröter war von 1974 bis 1990 am Militärgeschichtlichen Institut der DDR in Potsdam tätig, zuletzt im Rang eines Majors, und dort vor allem mit der Militärgeschichte der BRD und der Geschichte der NATO befaßt. Er hat das Buch in acht größere Abschnitte gegliedert – vom Zerfall der Sowjetunion und dem Nebeneinander von Rußland und Ukraine in den 90er Jahren über den Vormarsch der Nationalisten in der Ukraine im folgenden Jahrzehnt, dem blutigen Vorspiel des Krieges in Kiew im Winter 2013/2014, die Weichenstellungen des Westens und schließlich den konkreten Kriegsverlauf in zwei Phasen – von 2014 bis 2022 die erste Phase, seit dem 24. Februar 2022 die zweite. Zu wichtigen Ereignissen finden sich hier auch Chroniken von Tagesereignissen. Das abschließende Kapitel wendet sich der geostrategischen Einordnung des Krieges, aber auch seinen Rückwirkungen auf die politische Entwicklung in der BRD zu – der „Kriegstüchtigkeit“ und der Manipulation der Medien.

Methodischer Leitfaden ist für Schröter der historische Materialismus. So untersucht er zu Beginn den wirtschaftlichen und sozialen Niedergang in Rußland und der Ukraine. Das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine war 1998, bezogen auf das Jahr 1990, auf 40,9 Prozent geschrumpft: „Dann flossen ausländische Kredite, und es kam zu Investitionen größeren Ausmaßes, besonders in den Jahren 2000 bis 2004. Im letztgenannten Jahr erreichte die Ukraine das Bruttoinlandsprodukt von 1994.“ Eine Folge: Die Zahl der Einwohner sank seit 1994 kontinuierlich von rund 51 Millionen Einwohnern auf etwa 46 Millionen im Jahr 2010 und auf 38 Millionen im Jahr 2022. Eine gigantische Inflation (1993 bei 10 000 Prozent) sorgte für die Enteignung der Bevölkerung bis auf die wenigen Oligarchen, die sich die Reichtümer des Landes unter den Nagel rissen und, so Schröter, deren „verheerender Einfluß auf Staat und Gesellschaft“ bis heute „ungebrochen, eher noch gewachsen“ ist.

Nicht viel anders verlief die Entwicklung in Rußland, wo aber 1999/2000 „eine neue politische Führungsschicht um den

Ministerpräsidenten/Präsidenten Putin das Ruder herumzureißen versuchte“. Schröter: „Am Ende und zum blanken Entsetzen zwischen Berlin und Washington, zwischen London, Paris und Rom, zwischen Tallin, Warschau und Prag mit Erfolg. Und dieser Erfolg war im Westen nun gar nicht einkalkuliert.“

Der Autor zitiert den damaligen russischen Außenminister Igor S. Iwanow, der bereits 2001 erklärte, „daß das Grundproblem der heutigen internationalen Beziehungen im Charakter der künftigen Weltordnung zu sehen ist. Wird sie multipolar sein, die Interessen der gesamten Weltgemeinschaft berücksichtigen, oder zulassen, daß die Interessen eines Staates oder einer Ländergruppe allen anderen aufgezwungen werden?“

Genau darum geht aus der Sicht Schröters im Kampf um die Ukraine. Er zeichnet exakt die Ostexpansion der NATO nach, führt Überlegungen von US-Strategen wie Zbigniew Brzezinski an, die den Zerfall der Sowjetunion und Rußlands anstrebten, und zitiert dazu die Warnung Henry Kissingers: „Viel zu oft wurde die ukrainische Frage als Showdown dargestellt, ob sich die Ukraine dem Osten oder dem Westen anschließt. Doch wenn die Ukraine überleben und gedeihen soll, darf sie nicht der Vorposten der einen Seite gegen die andere sein – sie sollte als Brücke zwischen beiden Seiten fungieren.“ Schröter schreibt dazu: „Die Ukraine diese Brücke sein zu lassen – genau das wollten die EU und der Westen insgesamt überhaupt nicht. Im Gegenteil: Sie wollten und wollen die Ukraine als Bollwerk, Rammbock und Aufmarschraum gegen Rußland in der ganz großen globalen strategischen Auseinandersetzung mit der alten Weltmacht und dem alten Rivalen Rußland und perspektivisch mit der Volksrepublik China.“

Aus dieser Perspektive analysiert er die „Orangene Revolution“, die 2004 Figuren wie Julia Timoschenko und Wiktor Juschtschenko an die Staatsspitze spülte. Sie wandten sich konsequent dem Westen zu und von Rußland ab, senkten das Wirtschaftswachstum und die Einkommen und verbanden das mit einer nicht dagewesenen Entfaltung von russophobem Nationalismus, der seit 1991 in der Ukraine ohnehin Staatsreligion geworden war. Wo Juschtschenko 2010 den ukrainischen Faschisten und Massenmörder Roman Schuchewitsch zum Nationalhelden erhob, gilt das inzwischen für alle gleichen Kalibers: „Seit 2019 werden die Namen von Nazi-Kollaborateuren, Nationalisten und Teilnehmern an blutigen ‚Strafoperationen‘ im Zweiten Weltkrieg in den jährlichen Kalender denkwürdiger Daten und Jubiläen der Ukraine aufgenommen.“ Schröter läßt es sich nicht entgehen, vom Potsdamer Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) zu berichten, der 2023 nach

Ivano-Frankivsk reiste, um dort mit seinem Amtskollegen Ruslan R. Marzinkiw einen Städtepartnerschaftsvertrag zu unterzeichnen. Mazinkiw ist Mitglied der neofaschistischen „Swoboda“-Partei, Rassist, und veranstaltete zur Beerdigung eines ukrainischen SS-Veteranen 2020 ein Faschistenspektakel, bevor er eine Straße nach dem alten Kämpfer benennen ließ. Herrn Schubert hat's nicht weiter gejuckt.

Schröter analysiert zum Teil akribisch das Resultat dieser Vorgeschichte: Die Auseinandersetzungen um das EU-Assoziierungsabkommen im Jahr 2013, die von den USA und der EU vorbereiteten und finanzierten Demonstrationen auf dem Maidan und die blutigen Ereignisse vor dem Putsch am 21. Februar 2014, der nach westlichen Medien keiner war – nur der gewählte Präsident kam abhanden. Und der Autor hält in aller Klarheit fest: „Der Krieg in der Ukraine begann nicht mit dem Eingreifen Rußlands in die schon tobenden Kampfhandlungen am 24. Februar 2022, sondern mit der sogenannten Antiterroroperation Kiew ab 6./7. April 2014.“ Das war, bevor die Volksrepubliken Donzsk und Lugansk ausgerufen wurden, die zunächst allein mehr Autonomie anstrebten und das Recht auf Gebrauch der russischen Sprache gemäß der ukrainischen Verfassung in Anspruch nahmen. Schröter verweist auf das Massaker von Odessa am 2. Mai 2014, das jedem klar machte, wozu die Faschisten fähig waren. Und er geht den beiden Minsker Abkommen und der Täuschung Russlands durch Kiew, Berlin und Paris nach.

Er schildert ausführlich den Streit darum, ob es sich bei der russischen Militäraktion vom 24. Februar 2022 um einen Bruch des Völkerrechts handelt oder nicht, und nennt auch jene Argumente, nach denen kein Verbrechen der Aggression vorliegt.

Ein Fazit zieht der Autor u. a. mit einem Zitat: „Der Ausgang des Ukrainekrieges wird fundamentale Bedeutung haben. Und zwar dafür, wie die ‚neue Weltordnung‘ nach Ende des Kalten Krieges 1989/90 und dem darauffolgenden gut drei Jahrzehnte währenden Interregnum des Neusortierens der weltpolitischen Akteure aussehen wird. Völlig zurecht schreibt John P. Neelsen, der Ukrainekonflikt ‚ist Alibi und erster bewaffneter Schlagabtausch in diesem Krieg um eine zukünftige Weltordnung mit Rußland und China im Fokus.‘“ Dem ist nichts hinzuzufügen. Bleibt nur darauf hinzuweisen: Der Band enthält einen umfangreichen Anmerkungsapparat und ein Personenregister – gute alte Schule.

Arnold Schölzel

Lothar Schröter: Der Ukrainekrieg. Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO. edition ost, Berlin 2024, 348 Seiten, 32 Euro

Wer muß Angst bekommen, wenn Deutschland „Frieden stiftet“?

Deutschlands „Zeitenwende“ als Rückwendung

Am 20. April 2024 hat der seit Anfang 2023 amtierende deutsche Kriegsminister Boris Pistorius (*1960), der auch ein einflußreiches Führungsmitglied der deutschen Sozialdemokratie ist, als zentrales Element der Reorganisation der Bundeswehr einen neuen Planungs- und Führungsstab installiert. Dieser wird „der gemeinsame Arbeitsmuskel aller Leitungsbüros, also der Staatssekretäre, des Generalinspektors und des Ministers sein“. In der Kriegszeit unserer Gegenwart ist Deutschland mit seiner Wehrmacht wieder in das Zentrum von Europa gerückt. Das ist eine Folge der imperialistischen Zusammenhänge und des Systems der bürgerlichen Klassendiktatur in Europa. Die kriegerischen Traditionen der deutschen politischen und gesellschaftlichen Eliten mit ihren Exekutionsjournalisten in den Massenmedien sind ein nicht zu übersehender Faktor in der vom deutschen Kanzler Olaf Scholz (*1958) in seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 definierten „Zeitenwende“, die tatsächlich eine Rückwendung ist. (...)

Die Republik Österreich dient auf dem Balkan nicht dem Frieden, sondern den Interessen Deutschlands und der NATO.

Der tschechisch-jüdische Literat Franz Kafka (1883–1924) (...) hat die Deutschen gut gekannt, wenn er sagt: „Die Deutschen haben den Gott, der Eisen wachsen ließ. Ihr Tempel ist der preußische Generalstab.“ Für den Serben Zoran Konstantinović (1920–2007) war es persönlich schmerzvoll, sich im Laufe seines Lebens den mörderischen Ergebnissen deutscher Herrschaftsansprüche in Serbien stellen zu müssen, weil ihm als Intellektuellen das Gute der nach Serbien getragenen deutschen Aufklärung und deutscher Romantik mehr präsent war als deren Ohnmacht. Die historische Wahrheit ließ sich aus seinem persönlichen Erleben nicht wegträumen. Zu dieser gehörte die von der deutschen Luftwaffe unter dem Befehl des an der alten Theresianischen Militär-Akademie ausgebildeten Generals Alexander Löhr (1885–1947) ohne Kriegserklärung erfolgte Bombardierung von Belgrad am 6. April 1941 und die von Deutschland ermöglichte Ausrufung des Ustascha-Staates Kroatien, der sofort mit dem Massenmord an seiner serbischen Bevölkerung begann, oder die Exekution von 400 aus ihren Klassenzimmern geholten Gymnasiasten am 20. Oktober 1941 in Kragujevac durch deutsche Soldaten. Seit 1991 erlebte Konstantinović den blutigen Prozeß des Zerfalls von Jugoslawien, deren Teilrepubliken mit ihren Präsidenten sich noch am 12. April 1991 darauf geeinigt haben, um über eine Konföderation das jugoslawische Volk abstimmen zu lassen und um die Möglichkeit zum gemeinsamen Handeln offen zu lassen. Die Entscheidungen waren außerhalb Jugoslawiens schon gefallen und haben ihre Zuspitzung in dem als „humanitäre

Intervention“ maskierten Angriffskrieg des am 4. April 1949 gegründeten und von den imperialistischen US-amerikanischen Interessen angeleiteten Militärbündnisses NATO (North Atlantic Treaty Organization) gegen Serbien vom 24. März bis 24. April 1999 gefunden.

Mit ihrem „Neuen Strategischen Konzept“ hat sich die NATO nach Jahrzehnten illegaler Kriegsführung offiziell zu einer weltweit operierenden Interventionsallianz definiert. Österreich hatte mehrere Optionen, für den Frieden zu wirken, nicht wahrgenommen und ist anknüpfend an seinen traditionellen Serbenhaß („Serbien muß sterben“) an die Seite der NATO getreten. Noch 1999 errichtete die NATO im Kosovo eine ihrer geopolitisch bedeutsamsten Aufmarschbasen in Richtung europäischer Osten. Von Beginn an ist Österreich im Kosovo militärisch präsent. Vom 8. bis 9. November 2022 trafen sich die verteidigungspolitischen Direktoren der „Central European Defence Cooperation“ (CEDC) und der Westbalkanländer im Schloß Rothschild in Reichenau an der Rax. Derzeit ist Österreich mit 300 Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der EU-Battlegroups im Kosovo. Innenpolitisch verkauft die Republik Österreich ihr Mitmarschieren auf dem Balkan als Parteinarbeit zur Stärkung der regionalen Sicherheit innerhalb der EU und der „Nato Partnership for Peace (PFP)“. Ob sich Ordonnanzoffizier Kurt Waldheim (1918–2007) daran erfreut hätte, sei dahingestellt. 2023 ermunterte der kosovarische Premier Albin Kurti (*1975) die NATO-Einheiten, direkt an der serbischen Grenze aufzumarschieren. Für den seit September 2023 in Brüssel mit der NATO kollaborierenden österreichischen Botschafter Jürgen Meindl (*1965) ist die NATO ein „Zusammenschluß demokratischer Staaten“ für den Frieden. Ein Interview hat dieser österreichische Kriegsdiplomat der katholischen Wochenschrift „Die Furche“ symbolhaft im NATO-Hauptgebäude in Brüssel gegeben, das kennzeichnenderweise nach dem ehemaligen deutschen NATO-Generalsekretär und Bonner Aufrüstungsminister Manfred Wörner (1934–1994) benannt ist.

Deutsche Kanzler stiften Frieden. Eine Erinnerung an die 30er Jahre

Was es bedeutet, wenn Deutschland und seine Handlanger im neutralen Österreich „Frieden stiften“, wurde Zoran Konstantinović in den 90er Jahren allmählich wieder bewußt. Noch 1985 hat er von einer „Vergleichenden Literaturgeschichte Mitteleuropas“ geträumt, die, wie er György Sebestyén (1930–1990) schreibt, „im Sinne neuer methodologischer Erkenntnisse und Verfahrensweisen ohne jedes Vormachtdenken und jegliche einseitige Einflußbestimmung die literarischen Werte dieses Raumes herausarbeitet, so wie sie vor allem als eine Symbiose aus dem Zusammenleben der Völker entstanden sind“. In Erinnerung an sein verdrängtes Wissen an die aus Deutschland kommenden

Friedensappelle in den 30er Jahren mußte sich Zoran Konstantinović noch vor 1999 eingestehen, „große Angst“ zu haben, „daß die Deutschen erneut ‚Frieden stiften‘ gehen“. Was hat Zoran Konstantinović dazu gebracht, über Jahrzehnte hindurch zu vergessen, daß Deutsche in einer auf Ausbeutung orientierten Gesellschaftsordnung notwendigerweise eben Deutsche bleiben, wie das der vielseitige Marxist Bertolt Brecht (1898–1956) gegenüber Max Frisch (1911–1991) einmal gesagt hat? Wenn Brecht an die Einnahme der Deutschen Demokratischen Republik durch die Bundesrepublik Deutschland dachte, war das für ihn eine Horrorvorstellung: „Wiedervereinigung heißt noch einmal Emigration.“

Vor dem Zweiten Weltkrieg kamen vom damaligen deutschen Kanzler Friedensschalmeien, die in der Gegenwart nur wenig neu intoniert klingen. Am 23. März 1933 bedauerte der damalige deutsche Kanzler Adolf Hitler (1889–1945), daß die Genfer Konferenz immer noch keine Entscheidung über die „Herbeiführung einer wirklichen Abrüstungsmaßnahme“ getroffen habe. Die deutsche Regierung werde „jede Bemühung unterstützen, die darauf gerichtet ist, die allgemeine Abrüstung wirksam durchzuführen und den längst fälligen Anspruch Deutschlands auf Abrüstung sicherzustellen“. Die deutsche Regierung sehe „im Christentum die unerschütterlichen Fundamente der Moral und Sittlichkeit des Volkes“. Am 17. Mai 1933 betonte dieser deutsche Kanzler: „Deutschland ist jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn auch die übrige Welt ein gleiches tut. Deutschland ist bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten, denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern an seine Sicherheit.“ Vier Jahre später, im September 1937, wird in der Positionierung gegen Rußland schon „Deutschlands Sieg Heil!“ als Losung ausgegeben. Das deutsche Volk sei auf die deutschen Soldaten „grenzenlos stolz“. Er wäre allerdings nicht ein deutscher Kanzler, wenn von ihm nicht trotz des begonnenen Weltkrieges Humanitätsgefasel über alle Medien verbreitet worden wäre (6. Oktober 1939). Deutschland trete für die „Zurückführung der Rüstungen auf ein vernünftiges und auch wirtschaftlich tragbares Ausmaß“ ein und für eine international verpflichtende „Fixierung des Begriffes erlaubter und unerlaubter Waffenanwendung“.

Der deutsche Kriegsminister Boris Pistorius läßt sich „als der erste Soldat“ in einem deutschen Panzer gerne fotografieren. Er ist damit in die Fußstapfen jenes deutschen Kanzlers getreten, der am 1. September 1939 stolz verkündete, daß er wieder jenen Rock angezogen habe, der ihm „einst selbst der heiligste und teuerste war“. Die sich als deutsche Außenministerin zelebrierende Annalena Baerbock (*1980) will als Bellizistin am liebsten selbst im Leopard-Panzer Richtung Ukraine sitzen, das gleiche gilt

von der österreichischen Militaristin Klaudia Tanner (*1970). Frauen sind in solchen militarisierten Gesellschaften nicht mehr in der ersten Reihe, um Frieden zu stiften.

Deutsches Militär in Charkow – Israelisches Militär in Gaza

Papst Franziskus (*1936) definiert den Krieg immer wieder als eine Niederlage der Menschlichkeit. Zuletzt tut er das in dem von ihm unterzeichneten Dokument „Dignitas in finita“ (8. April 2024). Die Dimensionen des Leids der Kriegsoffer sind himmelschreiend. Zwei Dokumente der Barbarei:

„Während der vorübergehenden Besetzung der Stadt und des Gebietes Charkow wurden durch die faschistischen deutschen Okkupanten mehr als 30 000 friedliche, völlig unschuldige Sowjetbürger, darunter auch Frauen, Greise und Kinder, erschossen und gehängt, lebendig verbrannt und durch Kohlenoxyd vergiftet. So wurden im November 1941 in der Stadt Charkow auf Anordnung der Gestapo an die 20 000 friedliche Sowjetbürger aus ihren Stadtwohnungen in die Baracken umgesiedelt, die sich auf dem Territorium der Charkower Traktorenwerke befanden. Nachher wurden sie gruppenweise zu 200 bis 300 Mann in eine nahegelegene Schlucht geführt und dort erschossen. (...) So wurden im Dezember 1941 durch die Gestapo 435 Kranke erschossen, die sich im Charkower Gebietskrankenhaus befanden, darunter auch viele Greise und Kinder. Im März 1943 wurden von den Deutschen 800 verwundete Kämpfer und Offiziere der Roten Armee erschossen und lebendig verbrannt, die sich im ersten Durchgangslazarett der 69. Armee in der Stadt Charkow, Trinkler-Straße, zur Heilung befanden.“

„Die israelische Armee zog sich am 10.4.24 nach über zweiwöchiger Invasion aus dem größten Krankenhaus von Gaza zurück und hinterließ eine Trümmerlandschaft mit zerstörten Gebäuden sowie mindestens 300 Toten, darunter Ärzten und Pflegepersonal, Patienten und Menschen, die am Krankenhausgelände Schutz gesucht hatten. Zahlreiche Personen wurden verhaftet, ihr Verbleib ist unbekannt. Mindestens 21 Patienten seien seit Beginn der Invasion gestorben, teilte WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus, auf „X“ mit. Noch über 100 Patienten sollen sich im zerstörten Gebäude befinden, darunter vier Kinder und 28 Patienten in kritischem

Zustand. Tedros Adhanom Ghebreyesus fügte hinzu, daß es keine Windeln, Urinbeutel oder Wasser zum Reinigen der Wunden gebe und die Patienten an infizierten Wunden und Dehydrierung litten. Hossam Shabat, Journalist aus Gaza, berichtete vor Ort: „In den letzten sechs Monaten habe ich ununterbrochen über die Geschehnisse in Gaza berichtet, aber was ich heute bei meinem Besuch im Al-Shifa-Krankenhaus gesehen habe, war mit nichts zu vergleichen, was ich je zuvor erlebt habe. Die israelischen Besatzungsgruppen haben 300 Palästinenser in und um das Krankenhaus herum getötet. (...) Die Leichen befanden sich in einem entsetzlichen Zustand, viele hatten Hände und Beine auf dem Rücken gefesselt und waren von einem Bulldozer plattgedrückt worden. (...) Mehrere Leichen waren verwest und teilweise von streunenden Hunden angefressen. Die meisten Toten waren nicht zu erkennen, die Familien konnten sie nur anhand ihrer Kleidung identifizieren.“

Deutsche Aufrüstung und Waffenexporte werden zur „Ertüchtigungshilfe“

Der deutsche Kanzler Olaf Scholz jubelt anlässlich seines Besuchs bei Rheinmetall am 12. Februar 2024: „Die Dimensionen dieses Projekts und auch die des schon bestehenden Werks sind wirklich beeindruckend. Das hat uns der Rundgang gerade noch einmal gezeigt. 200 000 Artillerieschosse pro Jahr, dazu Sprengstoff und Komponenten für Raketenartillerie sollen hier künftig entstehen. (...) Dänemark und Deutschland beschaffen gemeinsam Kampfpanzer, Haubitzen und dringend benötigte Artilleriemunition für die Ukraine. Dänische und deutsche Unternehmen kooperieren bei der Lieferung von Aufklärungsdrohnen. Dänemark ist der von Deutschland initiierten European Sky Shield Initiative beigetreten, mit der wir die europäische Luftverteidigung im Rahmen der NATO stärken wollen. Diesen Weg gehen wir weiter und wir wünschen, daß sich uns noch mehr Länder anschließen. Die nötigen finanziellen Mittel sind dabei das eine. Eine starke Verteidigung braucht aber eben auch eine solide industrielle Grundlage und die entsteht, wenn wir Europäer unsere Bestellungen bündeln, wenn wir unsere Mittel zusammenführen und der Industrie somit Perspektiven für die nächsten 10, 20 oder 30 Jahre geben. Wir müssen weg

von der Manufaktur hin zur Großfertigung von Rüstungsgütern.“

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz am 17. Februar 2024 spricht der deutsche Kanzler: „Die Bedrohung durch Rußland ist real. (...) Wir in Deutschland haben ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr in unsrer Verfassung verankert. Davon sind inzwischen rund 80 Prozent vertraglich gebunden. Verteidigungsminister Pistorius und ich haben entschieden, eine deutsche Kampfbrigade dauerhaft an der Ostflanke der NATO, in Litauen, zu stationieren.“ Die Soldaten der neuen deutschen Kampfbrigade in Litauen sind permanent dort stationiert und können ihre Angehörigen nachkommen lassen. Es ist diese deutsche Kampfbrigade aus Panzergrenadier- und Kampfpanzereinheiten – ein deutscher Vorposten gegen den angedachten Einmarsch von Rußland – in den 2004 der NATO beigetretenen baltischen Staaten. Der Krieg in der Ukraine, der auch nach Einschätzung von Oskar Lafontaine (*1943) „in Wirklichkeit ein Stellvertreterkrieg der USA mit Rußland ist“, wird für diese deutsche Kriegspositionierung zur propagandistischen Kulisse. Der gesamtukrainische Verband „Deutsche Jugend in der Ukraine“ wird vom „Rat der Deutschen der Ukraine“ und durch ein eigenes Internetportal instrumentalisiert. Die österreichische Regierung läßt es gerne zu, daß die Theresianische Militärakademie bei der Ausbildung am „Baltic Defence College“ ihr knowhow einbringt.

Deutschland beliefert die formal von Wolodymyr Selenskyi (*1978) befehligten Vortruppen der NATO mit Ausrüstungs- und Waffenlieferungen, zu deren Schwerpunkt das Patriot-Raketensystem gehört. Die Finanzierung erfolgt, wie die von der Präsidentschaft des deutschen Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr, Annette Lehnigk-Emden (*1961), lancierte Sprachregelung in Deutschland lautet, „aus Mitteln der Ertüchtigungshilfe“, die sich nach der Presseaussendung der deutschen Regierung vom 28. März 2024 allein für das Jahr 2024 auf etwa 7,1 Milliarden Euro belaufen.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Redaktionell gekürzt

Aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 11.4.24

Chinas Präsident Xi Jinping weist Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) den Weg zum Frieden

Bundeskanzler Scholz (SPD) kam am 16. April im Rahmen seiner China-Reise mit Präsident Xi Jinping zusammen. Dabei ging es auch um die Ukraine und die Möglichkeiten zur Beendigung des Konflikts. Scholz hob hervor, es brauche einen „gerechten Frieden in der Ukraine“. Gemeint ist damit, daß Rußland sich mit seinen Sicherheitsinteressen keinesfalls durchsetzen darf. Bezüglich des NATO-Beitritts lehnt der Westen einen Kompromiß ab. Der Wille der westlichen Staaten, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, ist einer der zentralen Gründe für die Ursache des Konflikts.

Xi stellte dem Begriff des „gerechten Friedens“ von Scholz Leitlinien gegenüber, mit denen die Spirale der Gewalt, in der sich auch Deutschland befindet, durchbrochen werden kann. Er rief in diesem Zusammenhang alle Parteien dazu auf, sich um eine Wiederherstellung des Friedens zu bemühen. Zu diesem Zweck seien vier Prinzipien zu beachten: *Erstens* müsse der Wahrung von Frieden und Stabilität Priorität eingeräumt werden, so Xi. Das selbstsüchtige Streben nach Gewinn und Vorteil sei aufzugeben. *Zweitens* muß alles dafür getan werden, die Situation zu befrieden. Dazu darf kein Öl ins

Feuer gegossen werden. *Drittens* müssen Bedingungen für einen dauerhaften Frieden geschaffen werden. Jede weitere Verschärfung der Spannungen ist zu verhindern“, führte Xi laut der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua weiter aus. Schließlich müssen als *Viertes* die Auswirkungen des Konflikts auf die Weltwirtschaft reduziert werden. Die Stabilität der globalen Handelsbeziehungen und der Lieferketten dürfe nicht untergraben werden, sagte Xi mit Blick auf die westlichen Sanktionen.

Quelle: www.globallookpress.com, 16.4.24

Am Rand des Dritten Weltkriegs

Sevim Dagdelen hat eine lesenswerte Streitschrift gegen die NATO geschrieben

Am 4. April 1949 wurde die NATO in Washington von zwölf Staaten als antisowjetischer und antikommunistischer Kriegspakt gegründet. Darunter waren das faschistische Portugal, Frankreich einschließlich seiner Kolonie Algerien und Großbritannien inklusive seiner Kolonie Malta – ein Wertebündnis. Das Etikett war damals wie heute egal. Die USA wähten sich für lange Zeit im Alleinbesitz der Atombombe, gründeten im Mai 1949 die Bundesrepublik als NATO-Vorposten und als künftiges atomares Schlachtfeld im geplanten Krieg gegen die Sowjetunion. Das blieb 40 Jahre lang die Konstellation in Mitteleuropa und ist heute erneut. Als die BRD auch offiziell in die NATO aufgenommen wurde, antworteten die sozialistischen Länder mit der Gründung der Organisation des Warschauer Vertrages. Der löste sich 1991 auf, die NATO blieb, im Fokus ihrer Kriegsplanung die Russische Föderation. Als die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine spruchreif wurde, zog Moskau die Notbremse – zunächst verhalten, seit 2022 mit Einsatz von Streitkräften, auch das in begrenztem Maß. Unterschriftsreife Waffenstillstandsabkommen wurden von der NATO vom Tisch gefegt. Pünktlich zum NATO-Jubiläum Sevim Dagdelens Streitschrift „Die NATO. Eine Abrechnung mit dem Wertebündnis“. Der Titel besagt: Hier wird, wie von ihr gewohnt, temperamentvoll und mit Überzeugungskraft gestritten, entlarvt und gefochten – zumeist auf leichte und präzise Weise mit dem Florett. Das Propagandabild, das die Allianz von sich verbreitet, ist am Ende der Lektüre durchlöchert. Zugleich gilt aber: Hier schreibt eine erfahrene Außenpolitikerin, die ihren Gegenstand aus leider oft nächster Nähe kennt, ihn mit Genauigkeit und klar strukturiert erfasst. Dagdelen ist seit 2005 Bundestagsabgeordnete und gegenwärtig außenpolitische Sprecherin der Gruppe „Bündnis Sahara Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“ (BSW), Obfrau im Auswärtigen Ausschuss und „RotFuchs“-Lesern als Gastautorin vertraut.

Das Buch enthält zwölf Kapitel, einen Ausblick und eine grundlegende Einleitung. Deren zweiter Satz lautet: „Mehr als jemals zuvor setzt die Nordatlantik-Vertragsorganisation auf Expansion.“ Gemeint sind der NATO-Stellvertreterkrieg gegen Rußland, aber auch die zunehmende Präsenz des Paktes in Asien und gigantische Militärausgaben. Überdehnung, soziale Verwerfungen und Eskalationsgefahr seien die Kehrseite „dieser expansiven Machtpolitik“, weswegen die NATO heute um so mehr auf Mythen angewiesen sei. Die Autorin nimmt hier drei zentrale auseinander, die sich „von der Gründung des Militärpakts durch dessen blutige Geschichte bis in die Gegenwart“ ziehen.

Der erste Mythos: Die NATO sei ein Verteidigungsbündnis, stützt sich auf Artikel 5 des Nordatlantikvertrages – die Beistandsverpflichtung. Vorbild dafür, so Dagdelen, war der Interamerikanische Vertrag von 1947, der die Dominanz der USA auf dem amerikanischen Kontinent sicherstellt. Auch die NATO ist Teil der „Pax Americana“, eines Tauschgeschäftes unter völlig ungleichgewichtigen Staaten. Die übrigen Mitgliedsländer „verzichten auf Teile ihrer demokratischen Souveränität“ und räumen der Führungsmacht Einfluß und Kontrolle über sich ein. Dafür erhalten sie im Gegenzug eine „Sicherheitsgarantie“ der einzigen Macht, die im großen Maßstab Atomwaffen einsetzen kann. Dagdelen: „Die übrigen NATO-Mitglieder sinken innerhalb des Militärpakts zu Klientelstaaten herab wie jene, die einst im Osten des Römischen Reiches als militärische Pufferzone dem Machterhalt des römischen Imperiums dienten.“ Die Konsequenzen: Gravierende innenpolitische Veränderungen werden unterbunden, wofür die NATO während des Kalten Krieges eigene „Putschorganisationen“ in Gestalt sogenannter Stay-Behind-Gruppen unterhielt. Seit dem Ende der Sowjetunion verstehe sich die NATO als „Weltpolitizist“ und sei nach der „Ursünde“ des Angriffskriegs gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999 „zu einem Kriegsführungspakt, der bereit ist, das Völkerrecht zu brechen“, geworden. Die

„Blutspur“ führe nach Afghanistan, den Irak und nach Libyen.

Der zweite Mythos: „Demokratie und Menschenrechte“ als Richtschnur waren schon 1949, so Dagdelen, „eine glatte Lüge“: Wie in Lateinamerika war jeder Faschist recht, wie Abkommen mit der spanischen Franco-Diktatur, die Gründungsmitgliedschaft des faschistischen Portugals und die mehrfache Anerkennung blutiger Putschisten in der Türkei und 1967 in Griechenland belegen. „Wertegemeinschaft und Menschenrechte“, der dritte Mythos: Für Dagdelen ist die NATO „der Schutzschirm für die Menschenrechtsverletzungen ihrer Mitglieder“. Sie sichere ihnen völlige Straflosigkeit bei Kriegsverbrechen zu, wie der Fall Julian Assange, das von einem deutschen Oberst veranlaßte Massaker von Kundus 2009 oder das Folterlager Guantanamo Bay beweisen.

Dagdelen resümiert: „Um Auswege aus der gegenwärtigen Krise zu finden, bedarf es „der Enthüllung dieser Mythen“. Der Militärpakt treibe „mit seiner globalen Expansion und seinen Konfrontationen die Welt näher an den Rand eines Dritten Weltkriegs als jemals zuvor“. Damit ist der Rahmen für die zwölf Kapitel abgesteckt. Die ersten vier befassen sich mit dem Ukraine-Krieg, fünf bis acht sind der NATO-Geschichte und zahlreichen Verbrechen gewidmet, neun und zehn untersuchen die Ausdehnung nach Asien und das Konzept „kognitive Kriegführung“, elf und zwölf die doppelten Standards der NATO wie im Fall Julian Assange oder beim Gaza-Krieg Israels. Der Ausblick fragt nach möglichen Alternativen und plädiert für ein kollektives Sicherheitssystem.

Politische Aktualität und fundiertes Wissen um Fakten und Zusammenhänge machen dieses Buch zu einer Fundgrube für Argumente. Und es taucht bereits auf Bestsellerlisten bürgerlicher Medien auf – ein Lichtblick im Dunkel.

Arnold Schölzel

Sevim Dagdelen: Die NATO. Eine Abrechnung mit dem Wertebündnis. Westend Verlag, Frankfurt am Main 2024, 128 Seiten, 16 Euro

Die KP Schwedens zum NATO-Beitritt

Am 6.3.24 wurde die NATO-Mitgliedschaft Schwedens nun auch formell genehmigt. Das Land ist somit dem militärischen Bündnis des Euro-Atlantischen Imperialismus beigetreten.

Die Kommunistische Partei Schwedens (SKP) hat sich von Beginn an gegen die NATO-Mitgliedschaft Schwedens ausgesprochen, weil diese die schwedische Mitgliedschaft in der mächtigsten imperialistischen Organisation der Welt formell festschreibt. In einer Erklärung hält die SKP fest: „Die NATO ist die Speerspitze des Euro-Atlantischen Imperialismus, deren Bomben auf zahllose Länder gefallen sind und deren Soldaten überall auf der

Welt stationiert sind, um die Interessen des Kapitals der Mitgliedsländer zu schützen. Hinter dem Beitritt Schwedens stehen verschärfte internationale Widersprüche und das Bestreben des schwedischen Kapitals, sich noch enger unter anderem mit dem deutschen und amerikanischen Imperialismus zusammenzuschließen, mit dem es derzeit eine Interessengemeinschaft gegenüber dem russischen und chinesischen Imperialismus hat. Das schwedische Kapital kann seine Interessen auf der internationalen Bühne nicht allein verteidigen, sondern braucht Hilfe – hier kommt die NATO ins Spiel.

In dem Maße, in dem sich die Widersprüche innerhalb des Systems verschärfen, wird die

Gefahr eines allgemeinen Krieges größer, und wenn die Entwicklung weitergeht, besteht die große Gefahr, daß der Krieg Realität wird. Aber er ist nicht unvermeidlich.

Der Kampf der arbeitenden Menschen in Schweden und überall auf der Welt für den Frieden und für ein anderes System, das nicht zwangsläufig zu Krieg und Armut führt, birgt auch Hoffnung. Auch wenn es heute weit weg zu sein scheint, bestehen wir darauf, daß es nur eine wirkliche Lösung für die Kriege und Konflikte gibt – die Arbeiterkraft und den Sozialismus. Hier ist die Hoffnung und hier ist die Zukunft. Hier ist die einzige Alternative“, heißt es abschließend.

Aus: Zeitung der Arbeit (ZdA), Wien, 8.3.24

Gedanken zum Wandel der Zeiten

Das 75. Gründungsjubiläum der NATO wurde von den Schleppenträgern der etablierten Politik in den Massenmedien mit obligatem Pomp und Weihrauch begangen. Unbestreitbar ist, daß in den geschichtlichen Entwicklungsphasen fast aller heute existierenden und vergangenen Staaten irgendwann Bestrebungen der jeweils Herrschenden nach größerem Einfluß zumindest gegenüber ihrem näheren Umfeld zu konstatieren waren. Ja, oftmals sollten dann auch großmachtpolitische Ambitionen ihre Ziele für die weltweiten Beziehungen bestimmen. Die brutalen und späterhin nur scheinbar „zivilisierteren“ Realitäten im militärischen oder diplomatischen Spiel der Mächte bestätigten Bertold Brechts Diktum: „Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine.“ Das gilt auch für die Zeit des Kalten Krieges, dessen Ende 1990 mit der hoffnungsvollen Pariser Deklaration über die Schaffung eines Raums friedvoller Kooperation „von Lissabon bis Wladiwostok“ die Perspektive einer Zukunft ohne Militärblocke aufblitzen ließ. Der Warschauer Pakt löste sich 1991 im Kontext mit dem Ende des Sowjetstaates auf, der Kapitalismus triumphierte nunmehr auch im Osten Europas. Begleitet wurde das von der Zusage des damaligen amerikanischen Außenministers James Baker (wenn schon offenkundig nicht die Absicht bestand, den westlichen Militärblock aufzulösen), die NATO „keinen Zoll“ ostwärts in Richtung Rußland bewegen zu wollen. Das alles ist nunmehr Geschichte. Seither existiert in zunehmend gefährlicher Konfrontation zu Rußland (und China) ein nunmehr auf 32 NATO-Mitgliedsstaaten angeschwollener Militärblock. Dieser hat sich – vermeintlich

„regel- und wertebasiert“, real aber in kapitalbasiertem Vasallentum gegenüber den geopolitischen USA-Ambitionen – wieder einen Feind auserkoren: Rußland mit Putin. Dies geschieht im Kontext zu einer schwindenden globalen Dominanz des „American way of life“, vor allem in der südlichen Hemisphäre.

Als etwas nachdenklicher Zeuge der Entwicklungen zu dieser entstandenen Situation drängen sich mir allerdings einige Fragen zum Verständnis des Zeitenwandels auf. Der von Bundeskanzler Scholz am Beginn der russischen Invasion in der Ukraine Ende Februar 2022 politisch lancierte und nunmehr medial und sogar historisch scheinbar in Stein zu hause Begriff der Zeitenwende will sich mir doch nicht so recht erschließen. War zuvor etwa in Europa alles Friede-Freude-Eierkuchen?

War etwa das Ende des Staatssozialismus im Osten Europas keine Zeitenwende? Kann etwa der grenzverändernde Krieg der USA und anderer NATO-Staaten gegen Serbien 1999 ohne UNO-Mandat mit dem Ergebnis der Kosovo-Separation unter der Rubrik eines permanenten Friedens in Europa verbucht werden? Von den amerikanisch geführten Waffengängen in Afghanistan 2001, Irak 2003 oder Libyen 2011 oder auch im gleichen Jahr als Mitbeteiligter in Syrien ganz zu schweigen. Kann etwa der Putsch in Kiew im Februar 2014 gegen den von der OSZE als anerkannt demokratisch gewählten Präsidenten Janukowitsch unter aktiver Beteiligung der USA, der BRD und anderer EU-Staaten auf dem Maidan damit gerechtfertigt werden, daß ja immerhin der erste Gesetzesakt der Putschisten dem russischsprachigen Drittel der Bevölkerung

der Ukraine Russisch als Amtssprache verbietet? Der Widerstand der Bevölkerung im Donezbecken dagegen wurde seit 2014 mit dem Einsatz der ukrainischen Streitkräfte durch aktive Kriegführung beantwortet.

Ganz simpel gefragt, kann das Prinzip militärischer Sicherheit trotz potentieller Gegnerschaft zwischen Staaten bzw. Staatenblöcken bei geopolitischer Einseitigkeit funktionieren? Wer ist eigentlich wem auf die Pelle gerückt – die Russen der NATO oder die NATO Rußland?

Hat die Hochkonjunktur der Russophobie im Denken und Handeln der verantwortlichen Politiker des Westens vergessen lassen, wie allerdings die USA 1962 auf die Stationierung von sowjetischen Raketen auf Kuba reagiert haben? Damals triumphierte letztlich die Vernunft im Vertrauen auf eine beiderseitige Berücksichtigung strategischer Sicherheitsansprüche.

Die heutige Situation scheint aufgrund der waffentechnischen Entwicklungen ungleich gefährlicher als seinerzeit. Es hat wenig mit politischen Sympathien für Putin zu tun, wenn die einfachen Menschen der Völker Europas – anders als die vermeintlichen politischen Eliten in Politik und (Rüstungs-)Wirtschaft – angesichts der Drohung eines großen Krieges im Sinne ihrer Überlebensinteressen Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien Ukraine und Rußland fordern. Dem Geist des in der alten Bundesrepublik während der Debatten um die Stationierung von Mittelstrecken-Raketen in den 80er Jahren proklamierten „LIEBERTOT-ALS-ROT“ sollte der Weg für eine Neuaufgabe entschlossen entgegengetreten werden!

Prof. Dr. Gregor Putensen, Greifswald

Ist die EU-Ostexpansion „Trump-fest“?

„Ich glaube nicht an Amerika allein. Genauso wenig, wie ich an Europa allein glaube. Ich glaube an Amerika und Europa zusammen“, beteuerte Generalsekretär Stoltenberg beim 75. Jubiläum der NATO. Trump hatte zuvor im US-Wahlkampf gedroht, säumigen Beitragszahlern den NATO-Beistand zu verweigern. Stoltenberg pries die Vorzüge der europäischen Verbündeten, die „über erstklassige Streitkräfte, umfangreiche Geheimdienstnetzwerke und einen einzigartigen diplomatischen Einfluß“ verfügten, die „Amerikas Macht vervielfachen“ könnten. Eine „gerechte Lastenverteilung“ sei jedoch „unerlässlich“. Höhere Lasten für die Europäer will auch Trump mit seinen Drohungen erzwingen. Stoltenberg schlug ein 100-Milliarden-Paket der NATO vor, das die Unterstützung der Ukraine „Trump-fest“ machen soll. Resonanz fand Stoltenbergs Vorschlag, die NATO solle künftig offiziell die diversen Ukraine-Hilfen koordinieren. Bisher tun dies die USA im „Ramstein-Format“. Pistorius gab im Windschatten des NATO-Jubiläums eine Bundeswehrreform bekannt. Man erwäge auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Vor dem NATO-Jubiläum erschien in der Zeitschrift „Politico“ ein gemeinsamer Beitrag

von BRD-Außenministerin Baerbock, ihres französischen Kollegen Séjourné und von Polens Außenminister Sikorski, ein Appell an die „Europäer“, die Ukraine „as long as it takes“ gegen den „russischen Imperialismus“ zu verteidigen. Zugleich sei die EU auf „Verteidigungsfähigkeit“ zu trimmen: politisch, militärisch und durch Schaffung der nötigen industriellen Basis. Zwar bleibe die NATO „unser Sicherheitsanker“, ihr „europäischer Pfeiler“ sei aber zu stärken. „Europa“ müsse sich notfalls auch ohne Hilfe der USA verteidigen können. Da der Russe die „europäische Friedensordnung“ bedrohe, müsse es aufrüsten.

Das wieder aufgewärmte Narrativ des Kalten Krieges, „der Russe kommt“, wird daran festgemacht, daß Putins Rußland im Ukrainekrieg dabei ist, die weitere NATO-Ostexpansion militärisch zu stoppen, nachdem USA und EU jahrzehntelange politisch-diplomatische Abwehrversuche Rußlands meinten ignorieren zu können. Die NATO-Niederlage in der Ukraine behindert nun die weitere EU-Ostexpansion. Kann die EU, falls in den USA die China-Falken die Oberhand über die Rußland-Falken gewinnen und die USA ihre Kräfte auf

Asien konzentrieren, ihre Ostexpansion eigenständig militärisch flankieren? Heute und auf absehbare Zeit kann sie es nicht, sagen ihre Thinktanks. Das erfordere einen Umbau von Jahren oder Jahrzehnten.

Die EU hat keine einheitliche Außenpolitik und kein einheitliches militärisches Kommando. Jahrelanges Schüren von Spannungen mit Rußland förderte zwar ihre russophobe Formierung, brachte aber keine reale Integration. Die Staaten verfolgen weiter ihre unterschiedlichen Interessen. So kommen nur „Koalitionen der Willigen“ zustande. Brüssel und Berlin setzen ihre ehrgeizige Ostexpansion fort. Unter anderem soll Serbien in die EU, dessen Bevölkerung mehrheitlich lieber den BRICS beitreten würde. Zugleich befürwortet das Regierungsprogramm der Ampel-Koalition die Einschränkung des Vetorechts bei außenpolitischen Entscheidungen. Es befürwortet, langfristig aus der EU einen Bundesstaat zu machen. Beide Vorhaben eignen sich als Sprengsätze am Fundament der EU.

Beate Landefeld

Redaktionell gekürzt

Aus: UZ, Zeitung der DKP, 12.4.24

Ein bedeutender Einflußschwund des „Welthegemons“ in den Nahost-Konflikten?

Die USA sind im Oktober 2023 mit Flugzeugträgern und anderen Großschiffen in den Nahen Osten gezogen, um Israel in seinem Kampf gegen die Hamas zu unterstützen und die alte Ordnung wiederherzustellen. Nach kurzen gemeinsamen Operationen gegen die Hamas mußte Washington jedoch feststellen, daß beide Partner völlig unterschiedliche Kriegsziele hatten. Zwar wollten die USA, wie auch Israel, die Hamas nach dem Selbstverteidigungsrecht militärisch bestrafen, aber während die USA eine Zweistaatenlösung anstrebten, um die Hauptursache des Aufstandes der Gaza-Palästinenser zu beseitigen, ging es Israel neben der Vernichtung der Hamas um die Auslöschung der Gaza-Palästinenser und Entvölkerung des Gaza-Streifens, um sich deren Territorium anzueignen und ökonomisch (Erdgasgewinnung) für neue israelische Siedlungen zu nutzen.

Der berechtigte Aufstand der jahrelang eingesperrten und gedemütigten Gaza-Palästinenser, den die Hamas am 7. Oktober 2023 begann und bei dem 1154 Israelis, Touristen und Wanderarbeiter und andere getötet und ca. 240 Menschen als Geiseln genommen wurden, lieferte Israel, das sich unberechtigterweise als „Schutzmacht“ ausgibt, den Vorwand für sein äußerst brutales Vorgehen.

In acht Monaten wurden Zehntausende Gaza-Palästinenser getötet oder verwundet (im zweijährigen Ukraine-Konflikt starben dagegen „nur“ 12 000 Menschen) und einen Großteil der Lebensgrundlagen im Gazastreifen zunichtegemacht.

77 Prozent der Gesundheitseinrichtungen wurden zerstört, 68 Prozent der Telekommunikationsinfrastruktur, fast alle staatlichen Gebäude, kommerzielle, industrielle und landwirtschaftliche Zentren, die Hälfte aller Straßen, über 60 Prozent der Häuser und 68 Prozent der Gebäude. Es hat die Universitäten unnutzbar gemacht sowie 60 Prozent der anderen Bildungseinrichtungen zerstört. 195 historische Stätten, in denen Aufzeichnungen und Dokumente aufbewahrt wurden, sind dem Erdboden gleichgemacht worden. Israels Kampfflugzeuge, Raketen, Drohnen, Panzer, Artillerie pulverisieren täglich den Gazastreifen nach dem faschistischen Muster der verbrannten Erde, wie es sie seit dem Vietnamkrieg nicht mehr gegeben hat. Die israelische Armee hat mehr als 25 000 Tonnen Sprengstoff – das entspricht zwei Atombomben – auf Gaza abgeworfen, wobei viele Ziele durch die Anwendung von KI-Systemen (künstliche Intelligenz) vernichtet wurden. Dabei kamen ganze Familien ums Leben. Ihre Häuser und Wohnungen wurden zerboht. Mehr als 1,7 Millionen Palästinenser wurden vertrieben. Israel hat bereits über 35 000 Gaza-Palästinenser getötet, darunter mehr als 13 000 Kinder und 9 000 Frauen. Das bedeutet, daß Israel jeden Tag bis zu 187 Menschen, darunter 75

Kinder, abschlachtete. Es hat 136 Journalisten zum Teil absichtlich getötet, dazu kommen mehr als 340 Ärzte und Krankenschwestern. Über 90 Prozent der Palästinenser im Gazastreifen leiden unter Ernährungs- und Hungermangel. Viele Kinder sterben an Hunger. Die palästinensische Intelligenz wurde verfolgt und ermordet. „Siebzig Prozent der registrierten Todesfälle waren durchweg Frauen und Kinder“, schreibt Francesca Albanese, die Sonderberichterstat-



17. Oktober 2023, Gaza: Opfer des Völkermords

terin über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, in ihrem am 25. März veröffentlichten Bericht. Um weitere Entvölkerungsmöglichkeiten zu haben, wurden, initiiert durch die USA, Geheimverhandlungen mit Ägypten und Israel aufgenommen, um auf Sinai Flüchtlingslager für hunderttausende Gaza-Palästinenser einzurichten. Weiterhin verfolgten USA und Israel die Absicht – unter dem Deckmantel der Überwindung der humanitären Krise in Gaza – eine Anlegestelle für Schiffe mit Hilfsgütern aufzubauen, die aber letztlich bei ihren Rückfahrten massenweise Flüchtlinge nach Europa (sprich in die EU) bringen soll. Alle internationalen Initiativen zur Regelung des Konfliktes, d.h. für einen Waffenstillstand und für die Freilassung der israelischen Geiseln, wurden von der israelischen Apartheitsregierung Netanjahus abgelehnt. Das führte dazu, daß sich nicht nur die USA, sondern auch die Vereinigten Arabischen Emirate – der einzige mit Israel befreundete arabische Staat – von Israels extremen Positionen teilweise zurückzogen. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war der verabscheuungswürdige Anschlag auf einen internationalen Hilfskonvoi, den Israel beschwichtigend als leidigen Kollateralschaden abtut. Diese, grundlegende Menschenrechte verachtende, Politik Netanjahus führte mitten im Krieg, der die Vernichtung der Hamas und auch die Befreiung der Geiseln nicht erreichte, zum Anwachsen einer Protestbewegung ungeahnten Ausmaßes, die keine Sicherheit und keine Entwicklung mehr für Israel sieht und eine Rettung des Landes über Neuwahlen anstrebt. Wie die Isolation Israels in der Welt und der Regierung im Lande anzeigt, scheint es, daß

sich Netanjahu verzockt hat und einer vernünftigen Lösung des Konfliktes im Wege steht. Die ihre Präsidentschaftswahlen im Auge behaltenden USA leisten zwar Israel weiterhin volle ökonomische und militärische Hilfe, zogen sich aber zeitweilig aus der direkten militärischen Unterstützung zurück. Die USA waren gemeinsam mit GB und Frankreich intensiv mit Flugzeugen und Antiraketen an der Bekämpfung von Drohnen und Raketen des dosierten Antwortschlages Irans, den Letzterer wegen des israelischen Terroranschlages auf die iranische Botschaft in Syrien gegen das Land am 14.4.24 vollzog, beteiligt. Übrigens sollen 20 % der iranischen Raketen, besonders die mit Mehrfachschall, ihre militärischen Ziele (Flugplätze) getroffen haben. Obwohl Biden dagegen war, haben die Israelis einen Antwortschlag auf niedrigstem Niveau durchführen lassen, womit ihre Vormachtstellung im Nahen Osten stark eingeschränkt wurde. Den USA ist es in diesem Fall gelungen, Israel von einer Eskalation des Konflikts, der existentielle Folgen für das Land haben könnte, abzuhalten.

Der „Hegemon“ wandte sich unverrichteter Dinge dem nicht weniger brisanten Konflikt im Roten Meer zu. Der US-Schiffskonvoi bezog im Roten Meer Stellung, um dieses Mal den aggressiven „Huthis“ ihre Ordnung zu bringen. Letztere beschießen nun schon über Monate im Roten Meer Schiffe, deren Besitzer aus Ländern stammen, die die Ausrottung der Gaza-Palästinenser durch Israel unterstützen und zwingt diese, die zeitaufwendigere und teurere Route um das Kap der Guten Hoffnung zu benutzen, wodurch sich die Lieferzeiten bedeutend verlängern und die westlichen Wirtschaften aus dem Tritt kommen sowie ihnen große zusätzliche Verluste beigebracht werden.

Die USA gründeten mit GB noch 2023 eine internationale Marinemission „Bewacher des Wohlstands“, welche die Angriffe der „Huthis“ eindämmen sollte. Die Mission konnte trotz des Einsatzes modernster Raketentechnik, auf welche die „Huthis“ mit eigenen sowie iranischen und russischen Raketen effektiv antworteten, nicht nur nicht verhindern, daß ihre Handelsschiffe im Roten Meer beschossen und behindert wurden, sondern auch ihre Militärschiffe brannten. Der US-Sonderbeauftragte für den Jemen, T. Lenderking, mußte feststellen, daß dieser Konflikt nicht militärisch, sondern nur durch Verhandlungen gelöst werden kann. Die „Huthis“ dagegen forderten, daß es eine Beendigung dieses Konfliktes nur geben wird, wenn der Vernichtungskrieg Israels gegen die Gaza-Palästinenser beendet wird. Der „Welthegeemon“ und seine Verbündeten mußten auch hier zur Kenntnis nehmen, daß ein neues Kräfteverhältnis entstanden ist, dem auch sie, gewollt oder nicht gewollt, Rechnung tragen müssen.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Anklagebank für Deutschland

Am 8. und 9. April trat der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag zur Verhandlung zusammen. Deutschland durfte auf der Anklagebank Platz nehmen. Im Wege eines Eilverfahrens beschuldigte Nicaragua die Bundesrepublik, durch politische, finanzielle und insbesondere militärische Unterstützung (Waffenlieferungen) Beihilfe zum Völkermord im Gazastreifen geleistet zu haben. Der deutsche Waffenhandel boomte seit Amtsantritt der Ampelkoalition, allein im Jahr 2023 gingen an die Adresse Israels Rüstungslieferungen für 326,5 Mio. Euro, zehnmal so viel wie im Vorjahr. Israel ist im Prozeß gegen Deutschland nicht direkt beteiligt. Gegen Israel wiederum streitet Südafrika gegenwärtig in einem gesonderten Verfahren. Ende Dezember des vergangenen Jahres legte Südafrika eine 84seitige Klageschrift vor, die von etlichen weiteren Ländern der südlichen Hemisphäre unterstützt wird. Ziel der Klage ist, Israel zu verpflichten, alle militärischen Handlungen im Gazastreifen sofort einzustellen. Südafrika legte umfangreiches Zahlenmaterial vor, das die humanitäre Katastrophe im Gazastreifen brandmarkte: UN-Schätzungen gingen Ende Dezember 2023 von 1,9 Mio. Vertriebenen (85 Prozent der Gesamtbevölkerung des Gazastreifens) aus, über 355 000 Wohnungen wurden zerstört, fast die Hälfte der Bevölkerung war schon zu dieser Zeit von einer Hungerkatastrophe bedroht. Flächenbombardements und Raketenbeschuß der israelischen Armee nahmen mehr als 22 835 Menschen das Leben, darunter tausenden Kindern, circa 58 000 Zivilpersonen trugen Verwundungen davon. Zusammengefaßt geht die Klage davon aus, daß die israelische Armee „Gaza in Schutt und Asche gelegt hat und es weiterhin in Schutt und Asche legt, seine Bevölkerung tötet, verletzt (...) und Lebensbedingungen schafft, die darauf ausgelegt sind, ihre physische Zerstörung (...) herbeizuführen“. Der völkerrechtliche Tatbestand der Verletzung des „Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ („Genozid-Konvention“) vom 9. Dezember 1948 sei somit erfüllt.

Nach den Hearings der Prozeßparteien am 11. und 12. Januar fällt der IGH am 26. Januar das Urteil gegen Israel: Das Gericht ordnete sechs vorläufige Maßnahmen an, darunter die Aufforderung an Israel, Handlungen gegen die UN-Völkermordkonvention zu unterlassen, die direkte und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord zu stoppen sowie sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza zu gewährleisten. Zudem sollte Israel innerhalb eines Monats einen Bericht vorlegen, in dem die Einzelmaßnahmen zur Befolgung des Urteils dokumentiert werden. Da Israel die Entscheidung offensichtlich ignoriert hatte, erging am 28. März eine erneute Aufforderung des Gerichts, den ange-mahnten Bericht vorzulegen. Augenfälliger Beweis dieser Ignoranz: Die langen Schlangen von LKWs mit Hilfsgütern an der Grenze

zum Gazastreifen. Vom Welternährungsprogramm (WFP) bereitgestellte Nahrungsmittel erreichen die Menschen im Gazastreifen nicht, insbesondere Kinder sind davon betroffen. Mathias Mogge, Generalsekretär der Welthungerhilfe, erklärte am 4. April: „Menschen sterben an Hunger, weil zu wenig Hilfsgüter die Notleidenden erreichen. Der politische Druck auf alle Parteien muß erhöht werden, um endlich einen besseren und sichereren Zugang zu erhalten.“ Hunderttausende sind vom Hungertod bedroht. Aus Gaza wird berichtet, daß viele Familien sich inzwischen von Tierfutter ernähren, Säuglingsnahrung gibt es schon seit Wochen nicht mehr.

Zurück zum aktuellen Verfahren: Die Regierung von Nicaragua hatte am 2. Februar dieses Jahres dem Berliner Auswärtigen Amt eine Protestnote mit der Forderung nach einem sofortigen Stopp deutscher Waffenlieferungen an Israel zukommen lassen. Die Bundesregierung ignorierte dies, die bürgerlichen Medien schwiegen. Nicaragua blieb konsequent und reichte am 1. März über seinen Botschafter Carlos J. Argüello Gómez eine 43seitige Klage in Den Haag ein. Gegen Deutschland solle eine einstweilige Anordnung mit der Verpflichtung getroffen werden, sofort jede militärische Unterstützung, „die unter Verstoß gegen das Völkermord-Übereinkommen, das humanitäre Völkerrecht und andere zwingende Normen des allgemeinen Völkerrechts“ geleistet wird, zu stoppen. Weiter wurde beantragt, „daß Waffen, die bereits an Israel übergeben wurden, nicht zum Völkermord verwendet“ und die von der Bundesregierung am 17. Februar eingestellten Zahlungen an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) wieder aufgenommen werden.

Begleitet von internationalen Protesten an die Adresse Deutschlands, u.a. von der Hilfsorganisation medico und weiteren 15 Verbänden, und den Aktionen der Anti-Kriegs-Organisation Codepink vor deutschen Konsulaten in Washington und sieben anderen US-Städten, fand am 8. und 9. April die Anhörung Nicaraguas und Deutschlands vor dem IGH statt. Für Nicaragua legten die Völkerrechtler Professor Alain Pellet, ehemals Vorsitzender der UN-Völkerrechtskommission und der aus Deutschland stammende Anwalt Daniel Müller in ihrem zweistündigen Vortrag zahlreiche Beweise für die Komplizenschaft Deutschlands vor. Sowohl was den Beihilfetatbestand, also die objektive Förderung der israelischen Angriffe auf Gazas betraf, wie auch dafür, daß diese Hilfe mit Vorsatz geschah. Das deutsche Gegenargument, man sei aktuell am Abwurf von Lebensmittelpaketen über Gaza beteiligt, kommentierte Müller zynisch: „Es ist eine wirklich erbärmliche Ausrede, für die palästinensischen Kinder, Frauen und Männer einerseits humanitäre Hilfe zu leisten, insbesondere durch Abwürfe aus der Luft, und andererseits die militärische Ausrüstung zu liefern, die verwendet wird, um sie zu töten und zu vernichten.“ Für Deutschland

sprachen unter Leitung der früheren Vizepräsidentin des Bundesnachrichtendienstes Tania von Uslar-Gleichen die Völkerrechtler Christian Tams, der Londoner Professor Sam Wordsworth und die Direktorin des Max-Planck-Instituts für Völkerrecht Anne Peters. Sie konzentrierten sich darauf, der Klage die Zulässigkeit abzuspochen. Da Israel ja bislang als Täter nicht verurteilt sei, scheidet auch eine Beihilfe aus. Die gelieferten Waffen seien nur zu zwei Prozent echte Kriegswaffen, die gelieferte Munition nur „Übungsmunition“. Mehr als zweifelhaft Argumente, berichtete doch die regierungstreue Süddeutsche Zeitung am 8.11.23: „Der Großteil der bislang 218 Einzelgenehmigungen im laufenden Jahr wurde seit dem Überfall der islamistischen Hamas auf Israel am 7. Oktober erteilt. Seither wurden demnach 185 Genehmigungsanträge Israels abschließend bearbeitet.“ Die Frankfurter Rundschau schrieb noch am 7.3.24: „Die Bundesregierung hatte bereits im vergangenen Jahr der Lieferung von 3000 tragbaren Panzerabwehrwaffen sowie von 500 000 Schuß Munition für halb- und vollautomatische Waffen zugestimmt. Die Lieferung erfolgte, während Israel sich vor dem Internationalen Gerichtshof gegen den Vorwurf verteidigen muß, im Gazastreifen einen Genozid zu verüben.“ Alles zu Übungszwecken? Zum anderen: Israel ist zwar im Verfahren nicht Partei, aber bereits wegen des Genozidvorwurfs durch den IGH sanktioniert. Das Gericht kündigte eine Entscheidung in „der gebotenen Eile“ an.

Dr. Ralf Hohmann

Zitat aus der Erklärung des Botschafters Nicaraguas Carlos Argüello Gómez vor dem IGH am 8. April 2024:

„Der vorliegende Fall unterscheidet sich von dem Fall, den Südafrika gegen Israel vorgebracht hat und in dem Nicaragua als Partei intervenieren will. Im südafrikanischen Fall geht es lediglich um Verstöße Israels gegen die Völkermordkonvention. Im vorliegenden Fall beruft sich Nicaragua auf die Verantwortung Deutschlands im Zusammenhang mit dem von Israel begangenen Völkermord sowie auf die Verantwortung Deutschlands für Verstöße gegen seine eigenen Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention und für die Verletzung eigener Verpflichtungen Deutschlands aus dem humanitären Völkerrecht. Die Fälle unterscheiden sich daher hinsichtlich der verletzten Normen und hinsichtlich der Form der Verstöße. Deutschland kommt seiner eigenen Verpflichtung zur Verhinderung von Völkermord und zur Achtung des humanitären Völkerrechts nicht nach. Verstöße Israels gegen das humanitäre Völkerrecht begründen für Deutschland sowie für alle Staaten der internationalen Gemeinschaft Pflichten, für die Deutschland verantwortlich ist und die in diesem Verfahren geltend gemacht werden.“

Übersetzung: Wolfgang Herrmann, Dreesch

Myanmars Militärjunta in Bedrängnis

Vor drei Jahren sah es so aus, als ob das Militär, das seit 1962 an der Macht ist, einen Wechsel zu einer Zivilregierung zulassen würde. Aber am 1. Februar 2020, als das neugewählte Parlament zusammentreten und eine Regierung bilden sollte, putschte das Militär, verhaftete die Abgeordneten und übernahm wieder die Macht. Aber dieses Mal hatten die Generäle sich verrechnet. Die Menschen in ganz Myanmar gingen auf die Straße und protestierten. Das Militärregime ließ auf die Demonstranten schießen und rief den Ausnahmezustand aus.

Daraufhin bildeten die Abgeordneten, die der Verhaftung entkommen waren, eine Gegenregierung der nationalen Einheit (NUG). Volksverteidigungskräfte (PDF) organisierten sich im ganzen Land, und überfielen Militär- und Polizeikräfte. Spitzel und Kollaborateure der Junta wurden reihenweise umgebracht.

Die Zentralregierung hat noch nie die Grenzgebiete kontrolliert. Dort hatten stets viele verschiedene ethnische Gruppen sowie die ehemalige kommunistische Partei Birmas die Kontrolle. Unzählige junge Menschen, auch Frauen, ließen sich nun von den Milizen der ethnischen Minderheiten für den Kampf gegen die Junta ausbilden.

Das verhaßte Militär ist ein Staat im Staat und versteht sich als Institution, die das Land zusammenhält. Die Soldaten genießen Privilegien und leben abgeschirmt mit ihren Familien in Militärcamps, mit eigenen Schulen, Krankenhäusern, Kaufläden usw. Ständige Überwachung soll den Kontakt mit der Bevölkerung verhindern und Desertationen erschweren. Niemand darf die Kaserne allein verlassen, die Soldaten werden täglich indoktriniert. Die Wirtschaft ist in den Händen des Militärs. Ihre beiden steuerfreien Holdings MEHL und MEC sind auf allen Gebieten tätig, über Bergbau, Bierbrauerei, Banken und Fabriken bis hin zur Tourismusindustrie. Dort, wo die Generäle nicht selber den Firmenvorsitz haben, sind es ihre Söhne, Töchter oder Ehefrauen. Ihre „Kumpane“, wie die Kollaborateure der Militärregierung im Volksmund genannt werden, verdienen mit an der Ausbeutung des Volkes. Zudem kassiert das Militär überall Schmiergelder und ist an allen illegalen Geschäften beteiligt: Drogenhandel, Menschenhandel, Online-Betrügereien ...

Seit sich der Widerstand vor drei Jahren formiert hat, ist die Kampfkraft der PDFs enorm gewachsen. Bei zahlreichen Eroberungen von Polizeistationen und Militäraußenposten wurden riesige Mengen an Waffen, schwere Haubitzen und gepanzerte Kampffahrzeuge erbeutet.

Der Haß auf das Militär hat die zuvor untereinander zerstrittenen Gruppen vereint. Die ethnischen Milizen, eine neue von der NUG gegründete Rumpfarmee und die PDFs arbeiten zusammen, gemeinsames Ziel ist der Sturz der Junta. Nach dem Sieg soll eine föderale Republik Myanmar entstehen, in der alle Bevölkerungsgruppen gleiche Rechte haben.

Krieg an allen Fronten und Drohnen über Naypyitaw

Am 27. Oktober startete ein Trio bewaffneter ethnischer Gruppen eine Offensive, die „Operation 1027“. Die Allianz der drei Bruderschaften eroberte ein großes Gebiet im nördlichen Shan-Staat an der Grenze zu China. Sie nahmen mehrere hundert Militärstützpunkte ein und brachten wichtige Handelsrouten nach China unter ihre Kontrolle. Anfang November griff die Arakan-Armee (AAA) im Rakhine-Staat die Junta-Truppen an, wo es bis dahin ein Waffenstillstandsabkommen hatte. Die AAA kontrolliert inzwischen große Teile der Provinz, die an Indien und an Bangladesch grenzt.

Auch im Chin-Staat wird gekämpft. Dort hat die Chin National Army (CNA) Geländegewinne gegen die Junta-Truppen erzielt. Der Kachin Independence Army (KIA) gelang es im Kampf gegen das Militär einen Armeehelikopter und einen Kampfjet abzuschießen. Auch die Karenni National Progressive Party (KNPP) im Kayah-Staat, der an Thailand grenzt, meldete den Abschluß eines Kampfjets. Sie hatte am 11. November ihrerseits die „Operation 1111“ gestartet.

Anfang April haben die Karen National Liberation Army (KNLA) und die mit ihr verbündeten PDFs drei Junta-Bataillone nahe der Stadt Myawaddy an der thailändischen Grenze zu Mae Sot angegriffen und zur Kapitulation gezwungen. 617 Soldaten und Offiziere mußten sich ergeben. Dabei wurden große Mengen an Waffen und Munition erbeutet, darunter wiederum Militärfahrzeuge und mehr als 100 schwere Geschütze. Auch große Mengen an Geld und Gold wurden sichergestellt. Die Regierungsbüros in Myawaddy schlossen ihre Türen, Verwaltungsbeamte des Regimes flohen nach Mae Sot, von wo aus die Junta sie und ihre Angehörigen per Flugzeug evakuierte. Myawaddy ist der drittgrößte Grenzübergang zwischen Thailand und Myanmar. Die 120 000 Einwohner-Stadt ist ein wichtiges Zentrum für den Grenzhandel mit Thailand. Am 11. April wurde die Stadt eingenommen. Die verbliebenen Truppen und ihre Kollaborateure flohen über die Brücke über den Moei-Fluß, die Myawaddy mit Mae Sot verbindet. Am gleichen Tag eroberte die Armee der Kachin (KIA) einen weiteren strategisch wichtigen Stützpunkt der Junta, der den Hauptzugang zum Jadeabbauzentrum der Stadt Hpakant im Bundesstaat Kachin kontrolliert.

Die thailändische Regierung zeigt sich zunehmend besorgt und will 100 000 Flüchtlinge aufnehmen.

Drohneinheiten des Widerstands haben Anfang April die Residenz des Juntachefs und sein militärisches Hauptquartier in der Verwaltungshauptstadt des Regimes, Naypyitaw, angegriffen. Die Angriffe beschädigten den Militärflugplatz von Naypyitaw, wo Kampfjets stationiert sind. Myanmars Regierung der Nationalen Einheit übernahm die Verantwortung für den Angriff auf den Luftwaffenstützpunkt, den Spezialeinheiten der Volksverteidigungskräfte und das Team für

tödliche Propellerwaffen durchgeführt hatten. Der Drohnenangriff hatte den Flughafen lahmgelegt und die Landebahn beschädigt. Der Luftwaffenstützpunkt ist mit starken Störsendern ausgestattet, um Drohnenangriffe zu verhindern. Bereits im September führte die Karen National Liberation Army (KNLA) Drohnenangriffe auf das Büro der Bezirksverwaltung in Myawaddy durch, bei denen mindestens fünf Regimeangehörige getötet wurden. Das Verteidigungsministerium der NUG sagt, daß es über 400 Drohnen an die PDFs im ganzen Land verteilt habe.

Zwangsrekrutierung

Die Junta steht vor dem größten Problem ihrer Geschichte. Durch die zahlreichen Gefallenen, Kapitulationen und Desertationen ist ihre Truppenstärke reduziert, zudem ist die Moral der Truppe auf einem Tiefststand. Die Junta kontrolliert bestenfalls noch 30 % des Landes. Die Volksverteidigungsgruppen haben seit Ende letzten Jahres hunderte von Militärposten, Polizeistationen und Grenzübergänge besetzt. In ganzen Regionen regieren die Volksverteidigungskräfte und verwalten Städte und Dörfer. Das Militär kontrolliert fast nur noch die großen Städte. Aber es hat durch seine Luftwaffe immer noch die Lufthoheit und bombardiert zur Abschreckung und zur kollektiven Bestrafung die Zivilisten in den Dörfern, Schulen, Krankenhäusern, Märkten, Vertriebenenlagern ...

Nun hat die Junta in ihrer Not mit Zwangsrekrutierungen begonnen. Nach dem Gesetz können Männer im Alter von 18 bis 35 Jahren und Frauen im Alter von 18 bis 27 Jahren zum Dienst in den Streitkräften einberufen werden, wobei die Altersgrenze für Ärzte oder Ingenieure höher ist. Die Wehrpflicht beträgt bis zu drei Jahre, die Umgehung wird mit drei bis fünf Jahren Gefängnis bestraft. 14 Millionen Menschen sind betroffen, ein Viertel der 54 Millionen Einwohner des Landes. Die Junta möchte monatlich 50 000 bis 60 000 Menschen einziehen.

Die Junta-Verwalter mißbrauchen jedoch das Wehrpflichtgesetz, um Geld von der Zivilbevölkerung zu erpressen. Um der Rekrutierung zu entgehen, werden Bestechungsgelder verlangt, die zu einem willkommenen Zusatzeinkommen für Beamte der Bezirksverwaltung geworden sind. Es gibt auch vermehrt Berichte über die Entführung junger Menschen, die zum Militär gezwungen werden. Der Militärrat führt Kontrollen an den Arbeitsplätzen und in den Wohnbezirken durch und nimmt nachts Verhaftungen vor. Verwaltungsbeamte und Polizisten warnen die Familien, daß sie ihre Häuser niederbrennen oder die Eltern verhaften würden, wenn jemand versucht, sich dem Wehrdienst zu entziehen.

Aus diesem Grunde flüchten die Betroffenen aus den Städten. Viele suchen Zuflucht in Gebieten, die von den Volksverteidigungskräften kontrolliert werden. Die Regionen Sagaing und Magway in Zentralmyanmar sind zu einer Hochburg der Volksverteidigungskräfte geworden.

Andere fliehen gleich zu den ethnischen Armeen und PDFs und nehmen den Kampf gegen

das Militär auf. Sie gehen lieber zum bewaffneten Arm der Exilregierung als zur Armee. Die NUG hat erklärt, daß die Öffentlichkeit nicht verpflichtet sei, das Einberufungsgesetz zu befolgen. Außerdem hat sie angekündigt, daß sie gegen jeden, der bei der Umsetzung der Wehrpflicht hilft, vorgehen wird. Eine Reihe lokaler Regimeadministratoren, die mit der Überwachung des Prozesses beauftragt waren, wurden bereits ermordet, als sie versuchten, Zivilisten zu rekrutieren. Andere haben aus Angst um ihr Leben gekündigt.

Ausblick

In der beginnenden Regenzeit und darüber hinaus wird der Krieg mit zunehmender Intensität geführt werden und sich mehr und mehr in die Zentren der Macht der Junta verlagern. Das Ausmaß der jüngsten Verluste der Armee auf dem Schlachtfeld und ihre Auswirkungen auf die Moral lassen hoffen, daß die nächste

Phase des Krieges, wenn auch brutal, so doch kurz sein könnte. Daß die Offensive das Regime zum Zusammenbruch bringen wird, ist nach Meinung des Autors nur eine Frage, wann das Regime, das sich seit sieben Jahrzehnten an der Macht hält, kapituliert. Aber es wird eine schwere Zeit bis dahin werden. Das Regime ist von allen Seiten eingekreist und mit einem unerbittlichen Haß der Bevölkerung konfrontiert. Ob aber die derzeitigen Erfolge der Widerstandsrmeen schon einen definitiven Wendepunkt bedeuten, bleibt abzuwarten. Die Armee hat seit Oktober zwar schwere, aber noch keine entscheidenden Verluste erlitten. Das könnte sich bald ändern. Wenn es den Widerstandskräften gelingt, alle Straßen und Flüsse als Nachschubwege der Junta zu kontrollieren und sie so aus den Städten herauszulocken, kann ein verlustreicher Kampf in den Stadtvierteln vermieden werden. Auf freiem Gelände ist eine Guerillaarmee, wenn

sie die Unterstützung der Bevölkerung genießt, immer im Vorteil. Im schlimmsten Fall könnte es zu einer Mordwelle kommen, wie es sie in Südostasien seit den Morden an der Bevölkerung in Indonesien in den 60er Jahren nicht mehr gegeben hat. Die Junta ist unzweifelhaft bereit, den Kampf weiter zu eskalieren, wenn sie mit dem Rücken zur Wand steht. Sie hat keine Hemmungen, ganze Stadtviertel, in denen sie Widerstandskräfte vermutet, dem Erdboden gleichzumachen.

Entscheidend könnte auch die Rolle Chinas sein. China, das bisher noch beide Seiten unterstützt hat, verliert so langsam die Geduld mit den Generälen. Wenn China endlich dazu übergeht, die NUG als Garantie für den Schutz seiner Interessen in Myanmar, auch in einer Zukunft nach dem Sieg über die Junta, zu sehen, dann sind die Tage der Junta endgültig gezählt.

KLJ
12.4.24

Der nächste Hinauswurf aus dem Sahel

Nachdem Niger die Stationierungserlaubnis für die US-Drohnenbasis in Niger widerrufen hat, steht auch das deutsche Luftdrehkreuz am Flughafen von Niamey in Frage. Der Westen hat den Sahel komplett verloren. Der letzte Einsatz der Bundeswehr im Sahel steht vor dem Aus, nachdem Niger seine Genehmigung für die Stationierung von US-Truppen auf seinem Territorium offiziell widerrufen hat. Der Schritt erfolgte am 16.3.24 nach Auseinandersetzungen mit einer hochrangigen US-Delegation, die nach

Niamey gereist war, um den Pachtvertrag für die US-Drohnenbasis bei Agadez zu verlängern. Die Drohnenbasis ist die größte in der Region und einer der wichtigsten US-Stützpunkte auf dem afrikanischen Kontinent. Die Regierung in Niamey kappt ihre Beziehungen zu den US-Streitkräften, nachdem sie zuvor die Streitkräfte Frankreichs und anschließend diejenigen der EU aus dem Land geworfen hat. Statt dessen wird eine militärische Kooperation mit Rußland vereinbart.

Die Bundeswehr, die ihre Präsenz in Niger im EU-Rahmen aufgeben mußte, unterhält am Flughafen in Niamey ein bilateral vereinbartes Luftdrehkreuz, das sie Berichten zufolge nach Möglichkeit aufrechterhalten will. Daß dies möglich ist, wenn die USA sich gänzlich aus Niger zurückziehen müssen, zugleich aber russische Truppen in dem Land eine neue Präsenz entwickeln, gilt als schwer vorstellbar.

german-foreign-policy.com, 20.3.24

Moderne Sklaverei im 21. Jahrhundert

Die Zwangsknechtschaft, eines der Übel, die aus der Klassengesellschaft hervorgegangen sind, wurde von den herrschenden Klassen mit zahlreichen Argumenten gerechtfertigt. Es mangelt nicht an halbtheologischen Behauptungen oder pseudowissenschaftlichen Theorien, von der physikalisch-klimatischen Rechtfertigung, die auf Aristoteles und Ptolemäus zurückgeht, im Mittelalter vom heiligen Thomas neu aufgegriffen und dann von den Kolonisatoren nach Amerika gebracht wurde, um die Versklavung der „Indianer“ zu rechtfertigen, bis hin zu den modernsten rassistischen Theorien.

Für die meisten Menschen ist die Sklaverei ein Schandfleck der Vergangenheit, ein Makel, der mit seiner Last an Schmerz, Diskriminierung und Mißbrauch auf dem Gewissen der Menschheit lastet, der aber zum Glück in die Annalen der Geschichte eingegangen ist. Man könnte glauben, daß nach langen Jahren des Kampfes die Ketten, die Millionen von Menschen zu einem Leben unter unmenschlichen Bedingungen der

Ausbeutung verdammt, in museale Relikte verwandelt wurden, in Elemente einer schändlichen Geschichte, zu der die Menschheit niemals zurückkehren würde. Doch nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Einem aktuellen Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge sind rund 50 Millionen Menschen von moderner Sklaverei betroffen. Menschenhandel, Zwangsheirat, sexuelle Ausbeutung, Kinderarbeit, Rekrutierung von Kindern für den Krieg und Organhandel sind einige der wichtigsten Erscheinungsformen dieser abscheulichen Geißel im 21. Jahrhundert.

In dem ILO-Dokument wird auch festgestellt, daß das Phänomen der Sklaverei in fast allen Regionen der Welt vorkommt. Die meisten Fälle, nämlich 86 %, treten im privaten Sektor und 14 % im staatlichen Sektor auf. Sie arbeiten vor allem in der Landwirtschaft, der Fischerei, dem Baugewerbe, der verarbeitenden Industrie, dem Bergbau, im Dienstleistungssektor und im Haushalt.

Nach Angaben des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) werden jedes Jahr 14,2 Millionen Mädchen zur Heirat gezwungen. Die Gesamtzahl der Frauen, die Zwangsarbeit verrichten, liegt bei 11,8 Millionen, die Zahl der Kinder bei über drei Millionen.

Der grundlegende Faktor der Dauerhaftigkeit der Zwangsarbeit kann nicht ignoriert werden: Es handelt sich um ein großes Geschäft, das enorme Gewinne abwirft. Eine aktuelle ILO-Studie schätzt die jährlichen Gewinne der Ausbeuter auf 150 Milliarden Dollar.

Migranten, die Armen, die Bewohner des unterentwickelten Südens sind die Hauptopfer der modernen Sklaverei. Unterwerfung, Beherrschung und Ausbeutung sind immer noch Teil der Realität einer Gesellschaft, die es nicht geschafft hat, die Vorgeschichte der Menschheit zu überwinden.

Raúl Antonio Capote

Quelle: internet@granma.cu, 13.3.24

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Der Kampf der KPD gegen die faschistische Gefahr in den Jahren 1929 bis 1933

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen. **RF**

29. März 1979

Angesichts der verheerenden Auswirkungen des Hitlerregimes auf diejenigen, die unter diesem Regime leben mußten – auf Deutsche und andere Europäer – gehört die Frage, wie es möglich war, daß Deutschland faschistisch wurde, zu den schwerwiegendsten Fragen an die Geschichte. Nazideutschland verendete an dem Krieg, den es entfesselt hatte. Doch der Faschismus wurde nicht überall ausgerottet; in jenem Teil der Welt, wo sein Nährboden fortbesteht – die Herrschaft der großen Monopole – ist er ein aktuelles Problem. Der deutsche Faschismus war kein unabwendbares Verhängnis und kein Zufall der Geschichte, keine unerklärliche Erscheinung – er ist von Menschen, von genau bestimm- baren sozialen Kräften gemacht worden. Es waren die Herren der Großbanken und der Industriemonopole, adlige Großgrundbesitzer und mit diesem Kreise versippte reaktionäre Militärs, die den Faschismus hochzuchteten. Ihre faktische Monopolherrschaft über Presse, Funk und alle anderen Mittel der Massenbeeinflussung ermöglichte es den Nazis, große Teile des Volkes irrezuführen; faschistische Methoden fanden immer mehr Eingang in die Regierungs- und Justizpraxis. Und die erwähnten Kreise sorgten schließlich im Januar 1933 dafür, daß den faschistischen Demagogen die Staatsgewalt in die Hand gegeben wurde. Weil der Faschismus von Menschen gemacht wurde, hätte er auch verhindert werden können – und es gab damals in Deutschland eine Kraft, die diese reale Möglichkeit nachgewiesen hat: die Kommunistische Partei.

Daß es den imperialistisch-militaristischen Kreisen gelingen würde, der Nazipartei die Regierungsgewalt auszuliefern, war in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 noch keineswegs sicher: Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli erhielten die Nazis zwar fast 13,8 Millionen Stimmen, aber die Wirkung ihrer Demagogie und Hetze erschöpfte sich. War seit 1929 ihr Einfluß bei allen Wahlen unaufhörlich gewachsen, so hatten sie nun seit den Reichspräsidenten- und den Landtagswahlen im April 1932 keine neuen Wähler mehr gewonnen. Mitte Juni hatten Regierung und Polizei den uniformierten Horden der SA und SS die Straße freigegeben, damit sie die Arbeiterbewegung mit Brachialgewalt niederschlugen. Aber

in kurzer Zeit erreichte der antifaschistische Massenselbstschutz, den die Kommunistische Partei organisierte, eine solche Stärke, daß er den terroristischen Banden wirksam entgegenzutreten konnte. Vielfach setzten sich Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Arbeiter gemeinsam zur Wehr.



Herausgeber: Ernst Schneller
(Archiv Wolfgang Metzger)

Im August 1932 verhandelten Vertreter der Regierung, der Reichwehrspitze und des Reichspräsidenten mit der Naziführung über deren Einbeziehung in die Regierung – aber angesichts der erwähnten Umstände und des Anklangs, den die Bemühungen der Kommunisten um die Aktionseinheit aller Antifaschisten fanden, wagten die reaktionären Kräfte diesen Schritt noch nicht. Anfang September 1932 versuchte die Regierung, durch eine Notverordnung das Tarifrecht zu zerschlagen und die Arbeiter so vollends der Willkür der Unternehmer auszuliefern. Die Folge war im September und Oktober eine Welle von Streiks. In hunderten von

Arbeitskämpfen wehrten die Belegschaften die Herabsetzung der Löhne ab.

Infolge der Auflösung des Reichstages durch den Reichspräsidenten fanden am 6. November erneut Wahlen statt. Die Nazis erlitten eine empfindliche Schlappe; 2,1 Millionen Wähler kehrten ihnen den Rücken. Dagegen setzte sich der kontinuierliche Aufstieg der KPD fort. Sie erhielt 6 Millionen Stimmen und hundert Abgeordnetensitze. Jeder sechste Wähler gab der Partei des konsequenten antifaschistischen Kampfes sein Vertrauen. Mitte November '32 trat schließlich der Reichskanzler Franz von Papen zurück. Es war ihm nicht gelungen, die Hoffnungen zu erfüllen, die Finanzkapital, Junkertum und Generalität ein halbes Jahr zuvor mit seinem Amtsantritt verbunden hatten. Er hatte den Widerstand gegen eine Politik, die das Lebensniveau der Werktätigen fortwährend verschlechterte, nicht brechen können. Im Gegenteil, unter Führung der Kommunisten, die unter der Losung „Antifaschistische Aktion“ der Einheitsfront den Weg bahnten, war dieser Widerstand stärker geworden. Dadurch hatte Papen 1932 auch keinen Weg gefunden, die Nazis in die Regierung einzubeziehen. Anfang Dezember 1932 wurde der Reichswehrminister General Schleicher zum Reichskanzler ernannt. Seine Regierung milderte zwar einige Notverordnungen, um Teile der Arbeiterklasse zu beschwichtigen; gegen die Tätigkeit der Kommunisten drohte sie jedoch zugleich drakonische Ausnahmebestimmungen an. Doch der antifaschistische Kampf nahm unter der Regierung Schleicher nicht ab, im Gegenteil: An den großen Aufmärschen gegen die Gefahr eines Faschistenputsches, zu denen die KPD aufgerufen hatte, beteiligten sich im Januar '33 auch viele Sozialdemokraten. Inzwischen aber hatten sich führende Bankiers und Industriearbeiter mit den Naziführern über die Modalitäten geeinigt, unter denen möglichst rasch eine Regierung Hitler gebildet werden könnte, bevor das Kräfteverhältnis zwischen faschistischen und antifaschistischen Kräften sich weiter zugunsten der letzteren veränderte. Ende Januar '33 war es dann soweit: Reichspräsident Hindenburg übergab den Nazis die Regierungsgeschäfte. Wenn das trotz des monatlangen erbitterten Widerstandes gegen die Errichtung einer faschistischen

Diktatur möglich war, so hauptsächlich aus folgenden Gründen: Zum einen wird darin die Hartnäckigkeit deutlich, mit der das deutsche Monopolkapital seine Ziele verfolgte – den Weg zu einem neuen Krieg zu bahnen, der ihm riesige Rüstungsprofite versprach, und zugleich die inneren Bedingungen dafür zu schaffen, nämlich ein absolut zuverlässiges Hinterland, in dem es keine Arbeiterbewegung und keinerlei Demokratie mehr gab.

Zum andern zeigt dieser Ausgang der Kämpfe in Deutschland Anfang der dreißiger Jahre, daß die Kommunistische Partei allein nicht imstande war, dem Faschismus endgültig den Weg zu verlegen, solange andere nichtfaschistische Kräfte, vor allem die Sozialdemokratie und die von Sozialdemokraten geführten großen Gewerkschaften, dieser Aufgabe auswichen, die kommunistischen Vorschläge zum Zusammenschluß zwecks gemeinsamen antifaschistischen Kampfes in der Regel brüsk zurückwiesen und so vor dem Gebot der Stunde versagten. Die Erfahrungen dieser Jahre bestätigten, daß man gemeinsam die Anfänge zerschlagen muß, daß der Faschismus nicht mehr abgewehrt werden kann, wenn er schon die Macht antritt, daß man ihn gar nicht erst dahin kommen lassen darf. Der Wunsch imperialistischer Kräfte, eine faschistische Diktatur zu errichten, wurde in Deutschland nicht erst 1932 oder 1933 geboren. Rufe nach einem Herrschaftssystem, das die Züge des Faschismus trägt, waren aus den führenden Kreisen des Monopolkapitals spätestens 1929 öffentlich laut geworden. Praktisch eingeleitet wurde eine Politik des allmählichen Übergangs zum Faschismus im Frühjahr 1930 mit der Einsetzung der Regierung Brüning, die nicht mehr verfassungsgemäß auf das Vertrauen der Reichstagsmehrheit setzte, sondern mit den Sondervollmachten des Reichspräsidenten regierte. Die Forderung nach der Übergabe der Regierungsgeschäfte an den Führer der Nazi-partei erhob ein Scharfmacher wie der Großindustrielle Fritz Thyssen schon im Herbst 1930. Aber noch scheute das Monopolkapital vor dem Risiko zurück, daß sich die gesamte Arbeiterklasse mit Macht gegen die Errichtung einer Nazidiktatur erheben könnte. Womöglich würden dann auch die rechten sozialdemokratischen Führer die unter ihrem Einfluß stehenden Arbeiterschichten nicht mehr vom Kampf zurückhalten können. Nun, Anfang 1933, konnte sich das Monopolkapital darauf verlassen, daß außer der KPD keine organisierte politische Kraft bereit und in der Lage war, der Errichtung einer Nazidiktatur entgegenzutreten. Vor allem die Führung des sozialdemokratischen Flügels der Arbeiterbewegung, der potentiell eine große antifaschistische Kraft darstellte und im Falle eines Eingehens auf die Einheitsfrontpolitik der Kommunisten der antifaschistischen Front das Übergewicht hätte verleihen können, gab mit ihrer Haltung der Reaktion die Sicherheit, daß das Experiment nicht mehr scheitern konnte. Die Kapitulationsbereitschaft dieser rechtsopportunistischen Führer gegenüber dem Faschismus war schon 1930 und besonders 1931 darin deutlich geworden, wie sie die Präsidentschaft der Regierung Brüning hinnahmen. Als Länderminister führten Sozialdemokraten alle Notverordnungen dieser Regierung aus, als Reichstagsabgeordnete vereitelten sie alle

Mißtrauensanträge der Kommunisten. Auf ihrem Parteitag im Sommer 1931 gaben sie die Losung aus, die Arbeiterschaft müsse „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ sein, statt diesen zu stürzen. Im Frühjahr 1932, als die KPD bei den Reichspräsidentenwahlen weitsichtig warnte: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler!“, rief die sozialdemokratische Führung die Wähler ihrer Partei auf, dem Erzreaktionär Hindenburg die Stimme zu geben. Den Mitgliedern und Organisationen der SPD wurde vom Parteivorstand jede Einheitsfrontvereinbarung untersagt, und im November 1932 wurde in einer Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses betont, wie es wörtlich im Protokoll heißt, „daß wir uns auf den schärfsten Kampf gegen die Kommunisten einzustellen haben“, und die Losung ausgegeben: „Kampf gegen die Kommunisten!“

Aber gerade die Kommunistische Partei Deutschlands war es, die auch in jenen entscheidungsschweren Jahren die Prüfung der Geschichte bestand. Sie hat gezeigt, wie der faschistischen Gefahr zu begegnen war, sie hat unermüdlich zum Kampf gegen den drohenden Faschismus gerufen, diesen Kampf organisiert und mit aller Kraft geführt. Hunderttausende Kommunisten schrieben mit an jenen ehrenvollen Seiten im Buch der Geschichte, die vom Ringen der Partei Thälmanns um die Rettung des deutschen Volkes vor dem Faschismus berichten.

Es sind vor allem folgende Leistungen, in denen die geschichtliche Bewährung der KPD an dieser großen Aufgabe zum Ausdruck kommt: *Erstens*: Die Kommunistische Partei deckte frühzeitig das Entstehen der faschistischen Gefahr auf. Bereits im Frühjahr 1929 sagte Ernst Thälmann voraus, daß die Großbourgeoisie „eine scharfe Wendung in der Richtung der faschistischen Herrschaftsmethoden“ vollziehe. Die KPD wies nach, daß den faschistischen Bestrebungen handfeste wirtschaftliche Interessen zugrunde lagen: die Interessen des Großkapitals. Während andere den Faschismus für eine Bewegung wildgewordener Kleinbürger hielten – womit sie die Gefahr verharmlosten und den Abwehrkampf desorientierten – zeigte die KPD, daß hinter dem Faschismus das Monopolkapital stand. Sie klagte die Nazi-partei – so Ernst Thälmann in einer Wahlrede am 8. August 1930 – als das „gefährlichste und schmutzigste Werkzeug des deutschen Finanzkapitals“ an.

In ausführlichen Analysen der KPD, so in einer Resolution des Politbüros von Anfang Juni 1930 und in ihrer „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ vom August 1930, wurde der Beweis für solche Feststellungen geführt. Die richtige Bestimmung des Klassencharakters des Faschismus setzte die KPD auch in den Stand, die ganze Skala seiner Triebkräfte und seiner Erscheinungsformen zu erfassen, „Überall zeigt sich diese Faschisierung“, erläuterte Thälmann im Juli 1930 auf einer Tagung des Zentralkomitees, „nicht nur in dem blutigen Terror der Hitlerbanden, sondern ebenso im Programm der Industriellen, in den politischen Methoden zur Durchsetzung der Lohnabbauoffensive, in der Reinigung der Rüstungsbetriebe von revolutionären Arbeitern, in der Aufhebung der parlamentarischen Immunität von

Abgeordneten, ganz zu schweigen vom Verbot des Roten Frontkämpferbundes usw.“

Zweitens: Die Kommunistische Partei verstand, daß dem Faschismus als einem Anschlag der Millionäre nur durch die Organisierung einer Abwehrfront der Millionen von ihm Bedrohten erfolgreich Widerstand geleistet werden konnte. Und sie handelte entsprechend: Davon zeugt die große Breite der Kampfformen, die die KPD in diesen Jahren anwandte. In den Wahlkampagnen sprachen Ernst Thälmann und andere leitende Genossen zu Hunderttausenden, riefen sie zur antifaschistischen Tat, zeigten ihnen im Massenkampf den Ausweg aus ihrer Not. Andererseits nutzte die Partei auch die kleinste Gelegenheit – die Verhinderung der Exmatrikulation einer kinderreichen Familie z. B., die Organisierung der Solidarität zum Schutz eines verschuldeten Bauern vor der Zwangsversteigerung – zur Organisierung praktischer Kämpfe. Streiks gegen die Notverordnungen, die Bildung von Einheiten proletarischen Selbstschutzes in Wohngebieten und Betrieben gegen den faschistischen Terror, Hungerdemonstrationen der Erwerbslosen zu den Rathäusern – viele Gesichter hatte der antifaschistische Massenkampf.

Drittens: Die KPD setzte sich mit aller Kraft dafür ein, jene Erkenntnis in die Tat umzusetzen, die Ernst Thälmann im Februar 1932 vor dem Zentralkomitee in die Worte faßte, daß „die revolutionäre Einheitsfrontpolitik das Hauptkettenglied der proletarischen Politik in Deutschland darstellt“. Weil die faschistischen Mörder nicht fragten, welches Parteibuch ihre Opfer in der Tasche trugen, weil Lohnraub und Erwerbslosigkeit Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen trafen, sollten die Arbeiter gemeinsam kämpfen.

Der Kampf der KPD gegen die faschistische Diktatur hat nicht verhindern können, daß die Nazis zur Macht kamen. Aber dieser Kampf verzögerte und behinderte die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland, und er bewirkte, daß Hunderttausende in diesem verhängnisvollen Augenblick nicht wehrlos und demoralisiert waren. Dadurch waren die Voraussetzungen gegeben, daß die ganze Zeit der faschistischen Diktatur hindurch ein zäher Widerstand geleistet werden konnte. Und die in diesen Kämpfen gewonnene Kraft und Erfahrung halfen, die geschichtliche Chance von 1945 in der DDR zur revolutionären Umwälzung und zur Ausrottung der Wurzeln des Faschismus zu nutzen.

Unsere Grüße und Glückwünsche gehen in den Harz zu

Burkhard Laurich,

der am 21. Mai seinen 70. Geburtstag feiert.

Lieber Burkhard, mit großem Fleiß hast Du als Vorsitzender der Regionalgruppe die Arbeit Deiner Vorgänger fortgesetzt und der „RotFuchs“-Gruppe zu wachsendem Ansehen in der Region verholfen. Dafür bedanken wir uns und wünschen Dir weiterhin viel Kraft.

Redaktion und Vorstand

Die Komintern – eine kommunistische Organisation im Weltmaßstab

Brigitte Studer, Professorin für neueste Geschichte, hat ein voluminöses Werk über die Entstehung, Entwicklung und den Kampf der Kommunistischen Internationale (KI) geschrieben. Dafür recherchierte sie jahrelang im Russischen Staatsarchiv in Moskau. Für ihre Arbeit stellte man ihr eine „Goldgrube“ von 1,5 Millionen „Archiveinheiten“ zur Verfügung. Ergänzend nutzte sie zahlreiche Memoiren, Autobiographien, Tagebücher, Briefe von KI-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie publizierte Quellen. Mit einem weltweiten Netzwerk und insgesamt etwa 80 kommunistischen Parteien war die KI eine beispiellose antikolonialistische und antiimperialistische internationale Organisation. Schon auf dem Gründungskongress hatten Lenin und Trotzki „die Kolonialsklaven Afrikas und Asiens“ zum Kampf aufgerufen. Das internationalistische Engagement der Kommunisten sollte helfen, den Kapitalismus, die Klassengesellschaft, den Kolonialismus, die Frauenunterdrückung und den Rassismus zu überwinden. Neben Moskau galt Berlin als ein wichtiger Treffpunkt von kommunistischen und nationalrevolutionären Persönlichkeiten aus aller Welt. Das Buch ist eigentlich ein who's who der Mitglieder der im Jahre 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale. Die Autorin stellt den Kampf einzelner Funktionäre in den Mittelpunkt ihres Buches. In den von ihr untersuchten Dokumenten waren ca. 800 KI-Funktionsträger registriert. Die neueste Forschung einer deutsch-russischen Gruppe ergab, daß es etwa 30 000 weltweit gewesen sind. In der Zentrale

der KI in Moskau waren in der Regel 400 bis 500, in den Spitzenzeiten sogar bis zu 800 Personen tätig. Als hochrangige Funktionäre werden der Bulgare Georgi Dimitrov, der Italiener Palmiro Togliatti und der Deutsche Walter Ulbricht genannt. Brigitte Studer beschreibt die Tätigkeitsfelder von ca. 320 international operierenden KI-Funktionären. Hervorgehoben werden u.a. der außerordentlich fähige Deutsche Willi Münzenberg, der Russe Michail Borodin und der Inder Manabendra Nath Roy. Bei einer Bewegung in Mexiko-Stadt waren Borodin und Roy die Inspiratoren zur Gründung der dortigen KP. Es liest sich im Buch so, als ob sie die Partei einfach so nebenbei gegründet hätten. Besonderes Augenmerk widmet die Autorin den zahlreichen selbstbewußten, emanzipierten KI-Mitarbeiterinnen, wie z. B. der Russin Elena Stasova, die mit Lenin auf Augenhöhe diskutierte. Brigitte Studer hält die Auffassung der Frauen von „wahrer Emanzipation“ fest und macht keinen Bogen um deren „heftige Dreitage-Affären“, die zu ihrem Leben gehörten. Die Initialzündung zur Gründung der KI war das Überlaufen der sozialdemokratischen Parteien Europas zu den sogenannten Vaterländern. Diese stimmten den Kriegskrediten für den Ersten Weltkrieg zu, was zur Spaltung der Arbeiterparteien führte. Damit stand eine Neupositionierung der Arbeiterbewegung auf der Tagesordnung. Der Verrat der Sozialdemokratien wurde so zur Initialzündung für die Idee der Kommunistischen Internationale. Zu ihrem ersten Kongress am 23. Juli 1919 wurden Delegierte aus 37 Ländern, darunter

124 kommunistische und 31 nichtkommunistische Parteien sowie zwölf Jugendorganisationen, eingeladen.

Die KI war nicht nur eine politische Organisation, sondern „natürlich auch ein kulturelles Phänomen allererster Ordnung“. Brigitte Studer vergleicht die KI mit einer Großfamilie. Nach dem Tod Lenins dauerte es nicht mehr allzu lange, bis die „goldene Periode“ der KI zu Ende ging und die große Familie zu zerfallen begann. Im Rahmen der Stalinschen Säuberungen „waren im April 1938 70 % der Mitglieder der KPD verhaftet. Bei einer vermuteten Zahl von 4 000 in der UdSSR befindlichen Polimigranten wären das knapp 2800 Personen.“ Selbst im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) blieben von 394 Mitgliedern nur noch 181 übrig. Dazu gehörten auch ausländische Parteimitglieder, die verhaftet wurden. Die Autorin beschreibt die Geschichte der KI mit einer solchen Akribie und Genauigkeit, daß man beim Lesen meint, selbst ein Teilnehmer des KI-Lebens gewesen zu sein, was ganz sicher auch den literarischen Fähigkeiten der Historikerin geschuldet ist. Es drängt sich die Frage auf, ob es angesichts der heutigen Weltlage nicht an der Zeit wäre, eine neue Initiative zur Bündelung der internationalen Kräfte im Kampf um den Erhalt des Friedens, der Menschenrechte und der Umwelt ins Leben zu rufen.

Dr. Matin Baraki

Brigitte Studer: Reisende der Weltrevolution, Suhrkamp Verlag, Berlin, 2. Auflage 2021, 618 S.

„Denkmalspflege“ in Deutschland



In Pockau befindet sich eine Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus, an deren Einweihung ich 1956 als Kind teilnahm. Es gibt dort auch eine Gedenktafel für Max Roscher, den damaligen Reichstagsabgeordneten der KPD,



mit dessen Neffen mich in Berlin eine langjährige Freundschaft verbindet. Auf dieser Tafel steht auch der Name meines Onkels, der nach Verbüßung seiner Strafe wegen Vorbereitung zum Hochverrat in ein KZ ins Emsland zu den

Moorsoldaten kam und von dort zum Strafbataillon 999, wo er umkam.

Diese Gedenkstätte sah ich in einem erbärmlichen und verwahrlosten Zustand wieder. Das Mauerwerk schadhafte und die gesamte Gedenkstätte ungepflegt.

Ich dachte, daß sich zumindest die örtliche Linke der Pflege dieses Denkmals annehmen würde, was jedoch offensichtlich nicht der Fall ist. Während man Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus in den Regionen verfallen läßt, werden Denkmale, die dem deutschen Militarismus huldigen, gepflegt. Die beiden Fotos zeigen die „Gedenksäule“ auf Grünau, die für den ersten und zweiten deutschen Eroberungskrieg steht. Mein Vater – ein Gegner Hitlers – entfernte 1947/48 das auf ihr angebrachte Eisene Kreuz. Es wurde nicht mehr gefunden, so daß es nach der Konterrevolution neu angefertigt werden mußte. Für eine ABM-Maßnahme, die der Steuerzahler bezahlt, hatte es gereicht.

Reiner Neubert

Berlin

Der Dawesplan – Dollarsonne oder Ausplünderung des Landes?

Am 9. April 1924 lag der Alliierten Reparationskommission ein Sachverständigengutachten vor, um die Zahlung der Reparationen neu zu regeln, die Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegt worden waren. Der Plan wurde möglich nach der Beendigung der Inflation in Deutschland. Das Gutachten war von einer Kommission unter der Leitung des Direktors der Morgan-Bank in Chicago Charles Gates Dawes ausgearbeitet worden. Künftig sollte Deutschland jährlich 2,5 Milliarden Mark an Reparationen leisten, voll zahlbar vom fünften Jahr an. Die endgültige Reparationssumme und das Ende der Zahlungen blieben auch jetzt – wie schon in Versailles – noch offen. Als Sicherung wurden Reichsbank und Reichsbahn unter internationale Kontrolle gestellt, Zoll- und Verbrauchssteuereinnahmen verpfändet. Gleichzeitig erhielt das Deutsche Reich für die Sanierung der Wirtschaft eine Auslandsanleihe in Höhe von 800 Millionen Mark. Bald folgten weitere lang- und kurzfristige Anleihen, vorwiegend aus den USA. Das internationale Finanzkapital wollte seine künftigen Investitionen in Deutschland sichern. 55 Prozent der Reparationen sollten in Geld, der Rest in Sachleistungen erbracht werden. Die Gesamthöhe der Reparationen, die am 5. Mai 1921 auf der Londoner Konferenz auf 132 Mrd. Goldmark, zu verzinsen und zu tilgen in 57 Jahren, festgesetzt worden war, wurde – wie Versailles – nicht festgelegt. Vom 16. bis zum 31. Juli und vom 6. bis zum 16. August 1924 tagte dann in London die Reparationskonferenz, an der am 5. August auch eine deutsche Delegation mit Reichskanzler Wilhelm Marx, Außenminister Gustav Stresemann und Finanzminister Hans Luther teilnahm. Die Konferenz stimmte den im Gutachten enthaltenen Empfehlungen zu.

Am 29. August wurden die Dawes-Gesetze im Reichstag angenommen. DDP, DVP, Zentrum und SPD stimmten der neuen Reparationsregelung ohne Vorbehalte zu. Eine Zeichnung im sozialdemokratischen „Vorwärts“ feierte sogar die in Deutschland aufgehende Dollarsonne. Das stieß aber bei einigen linken Sozialdemokraten auf Ablehnung. In einem Antrag von Robert Dißmann und anderen Delegierten an den im Juni 1924 in Berlin tagenden Parteitag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei (VSPD) wurde der deutschen Bourgeoisie vorgeworfen, daß sie durch planmäßige Zerrüttung der Währung die Reparationsleistungen im allgemeinen unmöglich gemacht und durch großzügige Verarmung und Enteignung des Mittelstandes, der Beamten und Angestellten eine gewaltige Bereicherung gesetzt habe anstelle der Lasten, die sie nach dem Kriege zu übernehmen verpflichtet war.

Die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten lieferten ein Musterbeispiel dafür, wie parlamentarische Demokratie funktionieren kann, wenn es den Interessen der führenden Wirtschaftskreise dient. Insgesamt lagen neun einzelne Gesetzesentwürfe zum Dawes-Plan vor, von denen acht mit einfacher Mehrheit beschlossen werden konnten. In diesen acht Fällen stimmten die Deutschnationalen gegen die Vorlagen.

Für das neunte Gesetz, das die Eisenbahn unter internationale Kontrolle stellte, aber verfassungsändernden Charakter trug, sprachen sich 48 deutschnationale Abgeordnete, dagegen 52 aus. Das Gesetz erhielt mit 311 gegen 127 Stimmen die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Die Abgeordneten der KPD lehnten das Gesetz entschieden ab. Ihr Angriff richtete sich gleichermaßen gegen die „Internationale der Kapitalisten“, gegen die Junker, aber auch gegen SPD und II. Internationale. Ernst Thälmann

wies im Reichstag darauf hin, daß die Kommunisten den Kampf gegen das Sachverständigengutachten nicht nur im nationalen Rahmen, sondern auch international führten. Bereits am 1. Mai 1924 hatte sich eine Konferenz der kommunistischen Parteien Belgiens, Deutschlands, Frankreichs und Italiens sowie der kommunistischen Jugendorganisationen Deutschlands und Frankreichs in einem Aufruf gegen den Dawes-Plan gewandt. Es wurde darauf hingewiesen, daß bei der Verwirklichung dieses, von den Kommunisten als zweites Versailles bezeichnetes Planes, die Eisenbahnen dem deutschen Staat geraubt, die Notenbank in die Hände ausländischer und inländischer Kapitalisten gelegt und die Steuerhoheit dem Deutschen Reich genommen würden. Gelänge es dem internationalen Kapital, diese Pläne zu verwirklichen, hätte das für Deutschland unter anderem eine andauernde große Arbeitslosigkeit für viele Millionen, die Steigerung des Versuchs, den Erwerblosen jede Unterstützung zu entziehen, die Herabsetzung der Löhne, die Verlängerung der Arbeitszeit und die Expropriation der Kleinbürger und der kleinen Bourgeoisie durch die deutschen und internationalen Konzerne zur Folge.

Auf jeden Fall richtig war die Forderung, den vereinten Kapitalisten die Vereinigung und das internationale Bündnis der Arbeiter entgegenzusetzen.

Der Dawes-Plan trat am 1. September 1924 in Kraft. Er bedeutete zweifellos für einige Zeit einen schwerwiegenden Eingriff in die Souveränität Deutschlands. Andererseits bewirkten die ausländischen Anleihen, daß die deutsche Wirtschaft einen relativen Aufschwung nahm, der im Wesentlichen bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 anhielt.

Dr. Kurt Laser †

Am 2. April starb in Berlin kurz nach seinem 86. Geburtstag der Historiker und verdienstvolle „RotFuchs“-Autor

Dr. Kurt Laser

Sein Tod ist für die marxistische Geschichtswissenschaft ein schwerer Verlust. Bereits während seiner Tätigkeit am Museum für Deutsche Geschichte im Berliner Zeughaus stellte er seine Fähigkeit, die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung anschaulich zu vermitteln, unter Beweis. So wurde ihm 1987 die Verantwortung für die große Sonderausstellung des Museums zum 750jährigen Stadtjubiläum „Berlin 1871–1945“ übertragen, 1989 die für die Ausstellung zum 200. Jahrestag der Großen Französischen Revolution.

Trotz Erkrankung übersandte Kurt der „RotFuchs“-Redaktion verlässlich wertvolle Beiträge zur Geschichte der Novemberrevolution, zur Weimarer Republik, zum antifaschistischen Widerstand und zur DDR. Klar und engagiert äußerte er sich in zahlreichen Leserbriefen zu aktuellen politischen Fragen und trat dabei stets dafür ein, die Friedenskräfte zu stärken.

Er wird dem „RotFuchs“ sehr fehlen.

Zum 80. Geburtstagsjubiläum am 19. Mai gratulieren wir

Joachim Zappe

auf das Herzlichste. Langjährig als Vorsitzender der Regionalgruppe Strausberg tätig, arbeitet Achim mit einem Bündnis linker Organisationen erfolgreich für politische Aufklärung und Bildung. Dank seines persönlichen Wirkens verzeichnet die Gruppe die höchsten Zuwächse bei der Gewinnung neuer Abonnenten für unsere Zeitschrift. Lieber Joachim, wir bedanken uns für Dein großes Engagement und wünschen Dir für das neue Lebensjahr bestmögliche Gesundheit.

Redaktion und Vorstand

Wilhelm Mecklenburg – Er ist nicht vergessen

Altona 1932. Wilhelm Mecklenburg, 1889 geboren, war unter seinesgleichen der Willi aus Hamburg. Ein Kämpfer des Rotfrontkämpferbundes in Altona, der 1932 durch das Sondergericht Altona zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Laut Urteilschrift erkannte dieses Gericht Willi zusammen mit anderen des Verbrechens nach §§ 211, 43 StGB, in Tateinheit mit Vergehen gegen § 3 des Gesetzes gegen den Waffenmißbrauch und § 5 der Verordnung des



Gedenktafel am Amtsgericht Hamburg-Altona. Das Sondergericht tagte dort von 1932 bis 1945

Reichspräsidenten vom 28. März 1931 (Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen) für schuldig. Im Kern wurde den Angeklagten unterstellt, am 29. April 1932 abends in Mordabsicht in einen bewohnten Raum Schüsse abgegeben zu haben, in dem, nach ihrer Ansicht, ein Nationalsozialist wohnen würde. Der Schuldspruch und seine Begründung lassen nicht erkennen, ob dieser Tatvorwurf auf sachlichen Beweisen gründete. Ein Korrespondent der „Hamburger Volkszeitung“, einem Organ der KPD, verweist am 4. Mai 1932 auf die Wahrscheinlichkeit einer

Vergeltungsaktion der Nazis. Zumal der Vorfall, der verhandelt wurde, am Abend des 29. April 1932 geschah. Zum Vorgehen der Altonaer Staatsanwaltschaft des dortigen Sondergerichtes und der angegliederten politischen Polizei, ein Jahr später, sei hier nur an den „Hamburger Blutsonntag“ erinnert.

Doch ausreichende Informationen zum eigentlichen Geschehen um den 29. April 1932 in der Kleinen Mühlenstraße in Altona, die später zur Verurteilung von Wilhelm Mecklenburg führten, liegen uns nicht vor. Diejenigen, die Auskunft hätten geben können, wie Ernst Thälmann, Fiete Schulze, Etkar André und so viele andere wurden nach der Machtübernahme der deutschen Faschisten umgebracht. Die Kämpfe der Hamburger Arbeiterschaft vor 1933 gegen den Terror der faschistischen Gliederungen wurde auch hier begleitet von Auseinandersetzungen über die Mittel und Wege zur Abwehr der Angriffe der Gruppierungen der NSDAP und SA. Orientierung gab der Beschluß der KPD gegen den Individualterror vom 10.11.1931.

Die Einheit der Arbeiterklasse war das Gebot dieser Jahre. Der Preis, den die Hamburger Antifaschisten vor 1933 und danach zahlten, beschreibt 1946 Willi Bredel in seinem Werk „Die Prüfung“.

Wilhelm Mecklenburg wurde mit dem Urteilspruch vom 31.8. 1932 zum Zuchthäusler im Strafgefängnislager Börgermoor. Ein Moorsoldat. Am 11. Mai 1938, nach Ende seiner Haftzeit, überstellte man ihn in das Straflager Papenburg und am 28.5.1938 in das Konzentrationslager Sachsenhausen, nun Schutzhäftling Nr. 001782. Willi, so wurde er auch von seinen Mitinsassen im Konzentrationslager Sachsenhausen genannt, arbeitete am 4.4.1945 während eines Bombenangriffs der Alliierten auf Oranienburg im Klinkerwerk, einem Außenlager des KZ Sachsenhausen. Er nutzte mit anderen diese Bombardierung der westlichen Alliierten zur Flucht, wurde durch einen SS-Mann angeschossen (Hals) und durch den Phosphorbrand

der Bomben verletzt. Seine Kameraden transportierten ihn in das Krankenrevier des KZ. Der Todesmarsch, den so viele Häftlinge des KZ Sachsenhausen und auch anderer Lager antreten mußten, blieb ihm deshalb erspart. Er erlebte am 23. April 1945 die Befreiung dieser Mordstätte durch Einheiten der 47. Armee und der 1. Polnischen Armee, im Frontabschnitt der 1. Belorussischen Front. Um nicht noch in den weiteren Kämpfen im Raum Oranienburg den Tod zu erleiden, rieten die Befreier den im Lager verbliebenen Leidensgefährten, die Endkampfzone um Oranienburg zu verlassen. Willi und die anderen marschierten am 25. April 1945 in Richtung Bernau, erhielten dort Unterkunft und beteiligten sich an der Umsetzung der von der örtlichen Militärkommandantur der Sowjetarmee angeordneten Maßnahmen, soweit ihnen das ihr Gesundheitszustand erlaubte. Für ihn waren das die letzten Tage seines 13jährigen Leidensweges. Er starb am 6. Mai 1945 im Krankenhaus in Bernau bei Berlin.

Seine Kameraden und Bernauer Bürger bildeten das Geleit zu seinem letzten Ort, dem Neuen Friedhof im Ort. Auf der Keramikplatte seines schlichten Grabes steht als Todesdatum 8. Mai 1945, der Tag der bedingungslosen Kapitulation des Hitler-Reiches. Der Tag, den wir den Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus nennen. Eine später eher ungewollte Parallellität. 1947 erinnerte eine Hamburger Zeitung an ihn als „einen der besten Genossen und eine unersetzliche Aufbaukraft“.

Seit der Grablegung 1945 pflegen die Mitarbeiter der Friedhofsverwaltung Sankt Marien bis zum heutigen Tage diese und weitere Stätten auf dem Friedhof.

Zum Gedenktag für die Opfer des Faschismus am 10. September 2023 gedachten wir seiner am VVN - Ehrenmal auf dem Bahnhofsvorplatz in Bernau.

Am 6. Mai 2024 jährt sich sein Todestag.

Er ist nicht vergessen.

Klaus-Dieter Jäschke, Bernau

Die Stadt und ihre Menschen sollen leben

Die Geschichte der thüringischen Residenzstadt Gotha wird immer auch mit dem Namen Josef Ritter von Gadolla verbunden sein. Er wurde 1897 im österreichischen Graz geboren und entstammte einer adligen Offiziersfamilie. So lag es nahe, daß auch er die Militärschule besuchte und sich für den Armeedienst entschied. Nachdem Hitler vollmundig den „Anschluß seiner Heimat an das Deutsche Reich“ 1938 verkündete, mußte auch er dem faschistischen Deutschland dienen. Seit Mitte 1943 war er zunächst Wehrbezirksoffizier und in der Folge Kommandeur des Wehrmeldeamtes in Gotha. Als Kampfkommandant oblag ihm 1945 die Verpflichtung, die Stadt trotz der sich abzeichnenden Niederlage Nazi-Deutschlands unter allen Umständen zu halten und zu verteidigen. Als in den letzten

Märztagen bereits die amerikanischen Truppen vor Gotha standen, erkannte Gadolla die Aussichtslosigkeit der Lage und entschloß sich, weiteren Schaden von der Stadt abzuwenden und weitere sinnlose Opfer zu vermeiden. Er ließ in der gesamten Stadt weiße Fahnen hissen, um auf diese Weise die Kapitulation anzuzeigen. Auf seiner Fahrt, den Amerikanern entgegen, wurde er von Soldaten der Wehrmacht aufgehalten, festgenommen und nach Weimar verbracht. Durch sein beherztes Verhalten hatte er erreicht, daß die amerikanischen Truppen am 4. April 1945 den Beschuß der Stadt einstellten und die Vorbereitung von deren kampffloser Übergabe erfolgen konnte. Gadolla hatte in den Augen der zum Teil immer noch aktiven Faschisten gegen den Führerbefehl verstoßen, weshalb man ihn

am 5. April 1945 in Weimar erschoss. Seine letzten Worte waren: „Damit Gotha leben kann, muß ich sterben!“ Er ersparte den Einwohnern von Gotha viel Leid und Zerstörung.

Das historische Zitat ist heute auf einer Gedenktafel, die sich im Innenhof des Schlosses Friedenstempel befindet, wiedergegeben. Alljährlich wird am 5. April der Tat von Gadolla gedacht. Auch in diesem Jahr versammelte sich eine Gruppe, zu der auch der amtierende Oberbürgermeister von Gotha, Knut Kreuch, gehörte, an dieser Erinnerungstafel. Zu Ehren Gadollas wurden Blumen niedergelegt. Aus aktuellem Anlaß betonten alle drei Redner die besondere Bedeutung der Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens in der Welt.

RA Ralph Dobrawa

Vor 150 Jahren wurde Hermann Duncker geboren

In 67 Jahren seines aktiven Kampfes hat Hermann Duncker (24.5.1874–22.6.1960) drei Generationen junger Deutscher die Schriften des Marxismus-Leninismus nahegebracht und ihnen Wissen für den Klassenkampf vermittelt: vor dem Ersten Weltkrieg, in der Weimarer Republik und beim Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik.

Harry Machals (95), der zum Urgestein des „RotFuchs“ gehört und die RF-Regionalgruppe in Rostock gründete und viele Jahre leitete, erinnert sich an seine Begegnung mit Hermann Duncker.

Es war im frühen Herbst 1950. An der Bundesschule des FDGB in Bernau fand ein Drei-Wochen-Lehrgang der Jugendsekretäre der damaligen Landesvorstände des FDGB und der Zentralvorstände der IG/Gewerkschaft statt. Wir waren alles junge Genossinnen und Genossen, die schon in den ersten Nachkriegsjahren zur Partei gestoßen waren und sich in diesen schweren Zeiten mit den wissenschaftlichen Grundlagen der Theorie und Praxis der Arbeiterklasse in der gerade erst konstituierten DDR vertraut machten.

Dem diente auch dieser zentrale Lehrgang für Jugendfunktionäre der Gewerkschaften an der Bundesschule.



Eines Tages, nach einem Einführungsvortrag zum „Kapital“ von Karl Marx, erschien unangemeldet Hermann Duncker, der Leiter der Bundesschule, in unserem Seminarraum. Seine Persönlichkeit, seine Rolle als unermüdlicher Propagandist, seine Verdienste als Lehrer der Klasse waren uns damals nur

oberflächlich bekannt. Und nun stand Hermann Duncker vor uns, leibhaftig, leider schon mit geschwächter Sehkraft, etwas gebückt, um seine Zuhörer deutlicher wahrzunehmen, gestützt auf seinen ständigen Begleiter, den Handstock, freundlich und mit lauter, klarer Stimme.

Dann sprach dieser, von uns mit großer Hochachtung bedachte Lehrer der Arbeiterbewegung, in einer für uns sehr verständlichen Art über die Bedeutung des „Manifestes der Kommunistischen Partei“ so, daß wir fast zwei Stunden mucksmäuschenstill dem Gedankenfluß HermannDunckers folgten. Doch

Hermann Duncker referierte nicht nur. Er war ständig in Bewegung, eindringlich in die Gesichter von uns Jungen schauend und Fragen stellend. Die verständliche Dürftigkeit mancher unserer Antworten ließ ihn oft schmunzeln, um dann mit großer Überzeugungskraft Grundthesen des Manifestes in ihrer ganzen Dialektik und historischen Tiefe zu erklären. Irgendwie hatte Hermann Duncker wohl erfahren, daß wir uns gewissermaßen als „Nebenprodukt“ unseres Lehrplanes auch auf die Prüfung für das Abzeichen für „Gutes Wissen“ in Gold vorbereitet hatten, denn wir waren als Jugendfunktionäre der Gewerkschaften auch in der FDJ aktiv tätig.

Am Schluß dieser unvergeßlichen Begegnung mit Hermann Duncker, der unser Wissen auf seine gütige, väterliche Art überprüft hatte, meine er verschmitzt: Ich beglückwünsche Euch zum „Ritter des Goldenen Wissens“, aber vielleicht fangt Ihr erst mal mit dem Silbernen an! Viel Erfolg!

Das war ein deutlicher Hinweis darauf, sich ständig weiterzubilden, Buchstabengelehrtheit abzulehnen und immer wieder Marx zur Hand zu nehmen.

Harry Machals, Rostock

Entnommen den autobiographischen Aufzeichnungen „Zeit für Erinnerungen“, 2023

Die Augen von Anna

Ein Buch für den Frieden



In den Jahren 1971 bis 1977 studierte ich am Moskauer Energetischen Institut (MEI) in der Fachrichtung Wärmepophysik und Atomenergietechnik. Nach meiner Heilung von einer schweren Krankheit im Jahre 2023 wollte ich angesichts der bedrückenden internationalen Situation und in Wahrung meiner Freundschaft zum russischen Volk etwas Wirksames im Kampf für den Frieden tun.

Mit Wladimir Fadejew, einem damaligen Mitstudenten in der Fachrichtung Atomenergie – heute Autor und Poet, Mitglied des

Russischen Verbandes der Literaten – arbeitete ich an einem Buch in deutscher und russischer Sprache. Es erschien im Dezember 2023 in Moskau unter dem Titel „Die Augen von Anna. Deutsche Poeten über den Frieden“. Das Buch enthält deutsche Friedensgedichte vom 18. Jahrhundert (Klopstock, Goethe ...) bis heute (Rodrian, Eisbrenner, König, Bittner ...) Ich habe diese Gedichte ausgesucht und Wladimir hat sie auf eigene wunderbare Art übersetzt. Viele Menschen sind mir bei der Umsetzung des Projektes zu Freunden geworden und haben mich sehr unterstützt. Auch der Poet und Liedermacher Tino Eisbrenner, der ein Vorwort zum Buch schrieb, und Jens Fischer-Rodrian steuerten Texte bei, ebenso Dr. Hartmut König, Renate Schoof, Dr. Wolfgang Bittner und viele andere.

Am 14. März 2024 stellten wir dieses Buch im Kulturhaus des MEI vor. Tino Eisbrenner begleitete die Präsentation und sorgte für emotionale Höhepunkte, ebenso Wladimir, der deutsche Gedichte in russischer Sprache vortrug. Etwa zweihundert Gäste waren gekommen. Ihr Zuspruch überstieg meine Erwartungen. Die ehemaligen Mitstudenten, die Offiziellen des MEI, Vertreter vom russischen Schriftstellerverband und andere Gäste sprachen hochachtungsvoll von unserem Buch. Am Schluß klopfen Wladimir und ich uns gegenseitig auf die Schultern – „Wir haben etwas Nützliches geschaffen“.

Kerstin Voigt, Vorstandsvorsitzende der Osteuropa-Freundschaftsgesellschaft Schwerin, deren Mitglied ich bin, schrieb mir: „... Menschen wie Dir verdanken wir, daß die Tür zwischen unseren Völkern nicht zugeht.“

Auf der aktuellen Seite des MEI wird über die Veranstaltung berichtet: <https://mpei.ru/news> Wer Interesse an dem Buch hat, nimmt bitte Kontakt mit mir auf: 0 38 34 84 25 43 oder udurak@web.de.

Uwe Durak

Vorsitzender des Bücherfreunde Greifswald e.V.

Herzliche Glückwünsche übermitteln wir

Renate Aulfes

aus Berlin zu ihrem 80. Geburtstag am 20. Mai. Mit ihren Karikaturen und Gedichten zum Zeitgeschehen bereichert sie das politische Anliegen des „RotFuchs“. Darüber hinaus gehört Renate zu den verlässlichen Mitstreitern des Versandkollektivs.

Liebe Renate, wir danken Dir für Deine aktive Unterstützung. Redaktion und Vorstand wünschen Dir weiterhin Gesundheit und Schaffenskraft.

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Mai

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 10. Mai um 15 Uhr: Gespräch mit Anja Kreisel, Kreisvorsitzende der Partei Die Linke, Kandidatin zur Kommunalwahl und Direktkandidatin zur Landtagswahl, **zum Wahlprogramm der Linken.**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Dresden

Am 11. Mai um 10 Uhr spricht Eberhard Holdt zum Thema: **Wann wird die Vergesellschaftung zwangsläufig?**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am 14. Mai um 16.30 spricht Kerstin Eisenreich, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion der Partei Die Linke im Landtag Sachsen-Anhalt, zum Thema: **Unser täglich Brot ist in Gefahr – Sorgen der Landwirte endlich ernst nehmen!**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 16. Mai um 15 Uhr Diskussionsveranstaltung zu den **politischen Positionen der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit**

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Güstrow

Am 16. Mai 16 Uhr spricht Egon Krenz zu seiner Biographie „**Gestaltung und Veränderung**“ – **Zweiter Band seiner Erinnerungen**

Diskussion aktuell-politischer Fragen.

Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Rostock

Am 17. Mai um 15 Uhr spricht Carsten Hanke, Vorsitzender der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität, GEFIS, zum Thema: **Lateinamerika im Wandel – die aktuelle Lage**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Teterow

Am 21. Mai um 15 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zu den **Positionen der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit.**

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Halle

Am 21. Mai um 15 Uhr präsentiert Egon Krenz sein Buch: **„Gestaltung und Veränderung“ – Zweiter Band seiner Erinnerungen**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 21. Mai um 18 Uhr Gemeinsamer Filmabend mit der ISOR-TIG Hellersdorf mit anschließender Aussprache zur **DEFA- und Mosfilm-Gemeinschaftsproduktion „Fünf Tage – fünf Nächte“**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 22. Mai um 18 Uhr spricht der Dipl.-Philosoph Siegfried Kretzschmar zum Thema: **Leninismus im 21. Jahrhundert**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am 25. Mai um 10 Uhr Diskussion mit Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Partei Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit – Chancen und Inhalte**

Ort: Gaststätte Lindenhof, Lindenstraße 4, 15741 Bestensee, OT Pätz

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 25. Mai um 10 Uhr spricht der letzte Betriebsdirektor des VEB Elektromotorenwerk Wernigerode Dr. Wolfgang Beck zu seinem Buch: **„Alles hat ein Ende, auch die Marktwirtschaft“**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Gera/Altenburg

Am 25. Mai um 14 Uhr Gemeinsame Veranstaltung mit ISOR zum Thema: **Das Ringen um die Erhaltung des Friedens und für soziale Gerechtigkeit**

Ort: Gaststätte Steinweg 1, 07545 Gera

■ Regionalgruppe Chemnitz/Zwickau

Am 25. Mai 2024 um 10 Uhr spricht Siegfried Kretzschmar zum Thema: **Die Massenpsychologie des Faschismus und die Rolle der AfD**

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats April!

Zum 96. Geburtstag

Roland Richter (Chemnitz) am 9. Mai

Zum 94. Geburtstag

Wilhelm Bastian (Kleinmachnow) am 5. Mai
Kurt Koopmann (Seddiner See) am 13. Mai

Zum 90. Geburtstag

Werner Wild (Magdeburg) am 6. Mai
Teo Tusche (Freital) am 12. Mai

Zum 85. Geburtstag

Klaus Eichner (Lentzke) am 4. Mai
Rolf Röttschke (Halle) am 5. Mai
Dieter Engelmann (Elsterwerda) am 8. Mai
Bernd Morgenstern (Petersberg) am 14. Mai

Zum 80. Geburtstag

Brigitte Queck (Potsdam) am 1. Mai
Waltraud Krieb (Neubrandenburg) am 19. Mai
Peter Maaßen (Frankfurt/Main) am 20. Mai
Peter Baude (Berlin) am 24. Mai
Norbert Wagner (Dessau-Roßlau) am 24. Mai

Zum 65. Geburtstag

Dr. Dr. Ralf Homann (Baden Baden) am 27. Mai

Zum 60. Geburtstag

Andreas Gerke (Eberswalde) am 2. Mai
Torsten Reichelt (Dresden) am 20. Mai

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.



**„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht**

**Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung
per E-Mail:**

vertrieb@rotfuchs.net



oder Präventivkrieg, präziser: präventiver Angriffskrieg (!), die logische Konsequenz! So tickt diese Bundeswehr-Generalität! Nicht anders hat Hitler 1941 den Angriffskrieg gegen die UdSSR darzustellen und dem deutschen Volk plausibel zu machen versucht. Erst etwas später war dann – bei Goebbels – vom Weizen der Ukraine und vom Erdöl des Nordkavkasus die Rede. In dieser Richtung gibt es bis jetzt noch wenige Aussagen; Ausnahme Oberst a. D. Kiesewetter (CDU-MdB), der von den ukrainischen Lithiumreserven sprach, doch so offen sind bisher nur ganz wenige. Noch! Die Katze läßt das Mäusen nicht – und der deutsche Imperialismus nicht den Griff nach den Ressourcen anderer Länder.

Volker Wirth, Berlin

Doppelzüngigkeit der Politiker

Ursula von der Leyen trommelt weiter für Krieg und versucht mit aller Macht, EU-Gelder für die „Verteidigungsindustrie“ zu mobilisieren. Dabei vergleicht sie tatsächlich den Ukraine-Krieg, aus finanztechnischer Sicht, mit der vormaligen Coronasituation. Da hatte das EU-Parlament die EU-Investitionsbank (EIB) aufgefordert, die Beschränkungen für die Finanzierung der Rüstungsindustrie aufzuheben. Der Rüstungsindustrie, so von der Leyen in den Radionachrichten vom 5.3.24 (HR 4), muß eine „zuverlässige Abnahme garantiert“ sein. Waffenstillstand oder gar Frieden wären da eine rüstungspolitische Katastrophe. Der Krieg muß am Laufen gehalten werden! Mit der einseitigen Bewertung der „TAURUS-Abhöraffaire“ sollen die Medienkonsumenten bewußt von den wahren Absichten der Regierung abgelenkt werden. Der Fokus der Berichterstattung richtet sich auf die technisch-geheimdienstlichen Aspekte, nicht aber auf den Inhalt. Das offenbart die Doppelzüngigkeit der Politiker, wenn der Kanzler (noch) nein zu TAURUS-Marschflugkörperlieferungen sagt, während führende Militärs bereits detailliert deren Einsatz planen ...

Siegfried Duske, Biedenkopf

Sorge um meine Kinder und Enkel

Meine Kinder habe ich in der DDR aufgezogen, in der Gewißheit, daß ich sie zwar nicht vor Pleiten, Pech und Pannen, Krankheiten und Liebeskummer schützen kann, aber vor Krieg, der meine Kindheit überschattete.

Um meine Enkel und Urenkel muß ich mir nun täglich Sorgen machen. Und das nicht wegen Putin.

Wenn ich höre, was Kiesewetter, Hofreiter, Strack-Zimmermann u. a. von sich geben, sobald ein Mikrofon oder eine Kamera in der Nähe sind, frage ich mich, ob jemand von denen Kinder und Enkel hat, die in den herbeigeredeteten Krieg ziehen müßten.

Ach, ich vergaß: Für diese Leute sind ja die USA der Nabel der Welt. Und dort schickt die „Oberschicht“ ihre Kinder auch nicht in den Krieg. Wollen oder können diese Leute nicht begreifen, welches Schicksal uns und unseren Nachkommen von den Kriegstreibern zuge-dacht wird?

Brigitte Buske, Neubrandenburg

Das „Spiel“ mit dem „feinen Pulver“

Am 13. Februar 1960 explodierte in der Sahara Algeriens eine französische Atombombe mit einer Kraft drei- bis viermal so stark, wie die von Hiroshima. Frankreich wurde damit zur Atommacht. Ein Beitrag unter „Jahresrückblick März: Radioaktiver Saharastaub – die nächste Wolke ist schon unterwegs“ von „mdr Wissen“ vom 23.12.2021 macht auf folgendes aufmerksam: Im März überrascht die Meldung über radioaktiven Staub aus der Sahara. Eine NGO aus Frankreich hatte den Saharastaub aus dem Juragebirge gemessen und eine Belastung mit Cäsium-137 festgestellt. Dieses Element entsteht bei der Kernspaltung. Tatsächlich hat das Land 1960 Atomtests in der algerischen Wüste durchgeführt. Das Staub-Ereignis in der letzten Februarwoche hat ihr zufolge erheblich zu hohen Werten an den Stationen des Luftmeßnetzes beigetragen: „Während die PM10-Werte normalerweise bei zehn bis zwanzig Mikrogramm pro Kubikmeter liegen, wurden zwischen 23. und 25. Februar im Mittel um die 50 bis 100 Mikrogramm pro Kubikmeter gemessen, in Spitzenzeiten auch um die 200 Mikrogramm pro Kubikmeter.“

Im März 2024 wurden Teile von Deutschland wieder vom Saharastaub überzogen, was aber offensichtlich kaum jemanden interessierte. In den Medien wurde lediglich gemeldet, daß es den Staub als Wetterereignis gibt.

Die von den USA als Atommacht angeführte Militäralianz setzte während des NATO-Angriffs auf Jugoslawien 1999 große Mengen abgereicherter Uranmunition ein. Von NATO-Vertretern konnte man hören, daß rund 10 Tonnen dieser Waffen, die auch heute noch ihre tödlichen Wirkungen zeigen, zum Einsatz kamen. Wie die serbische Gesundheitsministerin kürzlich erklärte, wird der Einsatz von abgereichertem Uran als Ursache für einen Anstieg der Krebsfälle und anderer Gesundheitsprobleme in der betroffenen Region vermutet. Der dadurch verursachte Schaden wird seitens serbischen Regierung auf 500 Milliarden Euro geschätzt.

Im September vergangenen Jahres erklärte die stellvertretende Pentagon-Sprecherin Sabrina Singh, die USA „haben absolutes Vertrauen, daß die Ukrainer Munition mit abgereichertem Uran verantwortungsvoll einsetzen werden“. Allein eine solche Äußerung ist in höchstem Maße verantwortungslos! Der Einsatz von Granaten mit abgereichertem Uran, die durch die westlichen Staaten an die Ukraine geliefert werden, haben die gleichen Folgen, wie sie sich in Serbien abzeichnen. Bekanntermaßen fanden solche Waffen auch in Irak, Kuwait, Afghanistan, Somalia, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Libyen und Syrien durch die NATO-Allianz Verwendung. Das feine Pulver, was bei der Explosion einer solchen Granate freigesetzt wird, verteilt sich in der Umwelt, kann eingeatmet oder über Trinkwasser und Nahrung aufgenommen werden. Der Boden der „Kornkammer“ Europas wird nicht nur über einige Jahre verseucht sein. Wissenschaftler verweisen darauf, daß schon kleinste Mengen das Immunsystem schwächen, krebserregend wirken und das Erbgut schädigen können. Sowohl britische als auch US-amerikanische Beamte, deren

Kriegshysterie

Das sind schon mal fast Siegesmeldungen in deutschem Frontberichterstattungsstil: Angriffe nahe Moskau und Petersburg. Militärische Einheiten auf russischem Boden erobern Dörfer ...

Nachrichtenblöcke in diesen Tagen überfrachtet mit nur einem Thema, Bildern und Meldungen, die nach dem großen Krieg gieren. Taurus-Show-Theater wird wohl endlich erfolgreich über die Bühne gehen.

Was wird das nächste? Endlich doch Bodentruppen, deutsche Helden an der Ostfront, gleich direkt nach Moskau und Petersburg? Erfahrungen haben wir ja. Opas, Uropas schwärmen bis heute von ihrem Feldzug.

Aus Übersee läßt Biden wissen, es müsse gehandelt werden. Gegen den Russen, wen sonst. Deutsche Politik, Militärs stehen bei Fuß, wenn wir die Strack-Zimmermanns, Baerbocks, Hofreiters richtig verstehen. Und in den USA kann es die Herrschenden freuen, wenn sogar Deutschland, Frankreich, England sich dabei überbieten wollen.

Wer und was treibt sie? Mal nachlesen, was bei Marx im „Kapital“ nachlesbar ist, als Zitat eines englischen Gewerkschafters über Steigerungstufen bei steigenden Profitraten; Krieg bietet den Herren von Rheinmetall und Co. die nötigen 300 Prozent.

Wer will den Krieg? Immer noch Fragen?

Wer kann ihn wollen? Die Völker, die auf Schlachtfeldern verrecken? Sehen und hören sie nicht, wer sie in den großen Krieg treibt und gegen wen?

Wer hätte vor Jahren an solche Szenarien geglaubt außer denen, die die „Spielregeln“ von Kapitalismus gelernt haben?

Roland Winkler, Aue

Die Katze läßt das Mäusen nicht

Man muß den Generalinspekteur, de facto den Oberbefehlshaber, der Bundeswehr, Carsten Breuer, richtig verstehen: „In fünf bis acht Jahren“ könne Rußland Deutschland angreifen. Man müsse also jetzt wie wild aufrüsten, jetzt, bevor es soweit ist. Mal davon abgesehen, daß es keinen vernünftigen Grund gibt, 2029 bis 2032 einen solchen Angriff zu erwarten, ergibt sich doch aus dieser Phantomdebatte etwas ganz anderes: Wenn Rußland zu einem solchen Angriff jetzt (noch!) nicht in der Lage ist, dann ist doch ein vorbeugender „Vorwärtsverteidigungskrieg“

Länder besonders aktiv bei der Herstellung und Lieferung der Munition sind, bestreiten regelmäßig die gesundheitlichen Gefahren, die mit dem Einsatz derartiger Munition verbunden sind.

Dietmar Hänel, Flöha

Künstler für den Frieden – eine nachahmenswerte Initiative

In diesem Jahr fanden in mehr als 120 Orten Ostermärsche statt. Das macht Mut, dennoch sind es noch zu wenige, die um des Friedens willen auf die Straße gehen. Offensichtlich ist vielen Menschen die enorme Gefahr nicht bewußt, die durch die immer intensivere deutsche und europäische Beteiligung am Ukraine Konflikt heraufbeschworen wird. Politiker und Medien schüren Angst, daß Rußland nach einem Sieg in der Ukraine NATO-Länder angreifen wird. Daß Putin die ihm unterstellte Absicht mehrfach als Unsinn bezeichnet hat, wird einfach unterschlagen. Die Bevölkerung soll „kriegstüchtig“ gemacht werden und bereit sein, die Umverteilung der Gelder aus dem Sozialbereich für das Militär zu akzeptieren.

In unverantwortlicher Weise spielen westliche Politiker und ihre Medien immer unverhohlener mit dem Feuer, das einen dritten Weltkrieg auslösen kann. Jeder sollte sich darüber im klaren sein, daß eine direkte Auseinandersetzung zwischen der NATO und Rußland mit Atomwaffen ausgetragen wird. In den 70er und 80er Jahren entwickelte sich in der BRD zur Abwehr der Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II-Waffensystemen eine breite Protestbewegung. Hierbei spielten bekannte Künstler und Künstlergruppen bei der Mobilisierung der Menschen eine äußerst starke Rolle. Aktuell gibt es so etwas kaum. Es ist aber gerade jetzt dringend nötig. So ist es beachtenswert, wenn Tino Eisbrenner zusammen mit Henry Marek eine wichtige Protestform wieder ins Leben gerufen haben. Eine Woche vor Ostern trafen sich 200 Friedensfreunde im Ferienobjekt Retgender bei Schwerin und diskutierten drei Tage lang über die wichtigste Lebensfrage. Tino Eisbrenner, Hartmut König und andere leisteten dazu ihren künstlerischen Beitrag. Diese Initiative ist ein beeindruckendes Beispiel dafür, daß es sich lohnt, Farbe zu bekennen. Es liegt an uns!

Horst Neumann, Bad Kleinen

Die Doppelmoral des Westens

Dreiviertel eines Artikels in der *Schweriner Volkszeitung* wurde der Frage gewidmet, ob die mutmaßlichen Mörder von mehr als 130 Menschen bei dem brutalen Anschlag am 22. März auf ein Konzert in einer Musikhalle bei Moskau nach der Festnahme gefoltert wurden.

In Guantanamo Bay auf Kuba werden immer noch Männer gefangen gehalten, die angeblich für den Angriff auf das World Trade Center am 9.11.2001 verantwortlich sein sollen. Sie sitzen dort ohne Urteil und wurden nachweislich mehrfach gefoltert. Dem Ansehen der USA hat das im Westen keinen Abbruch getan. Was für eine Doppelmoral!

Die Ukraine hat seit 2014 die eigene russischsprachige Bevölkerung in Donezk und Lugansk terrorisiert. Abertausende wurden getötet. Das ist hierzulande bis heute kein Thema. Man verurteilt nicht das Regime in Kiew, sondern Rußland dafür, den Gebieten, die sich mehrheitlich für den Anschluß an Rußland entschieden hatten, zur Hilfe gekommen zu sein. Man überzieht das Land mit Sanktionen und Terroranschlägen. Der Präsident wird unflätig beleidigt, russische Sportler dürfen nicht zu den Olympischen Spielen in Paris und man stiehlt ganz offiziell das Eigentum des russischen Staates. Und Israel? Es ist Völkermord, was in Gaza passiert, aber Berlin liefert weiter Waffen ...

Ralf Kaestner, Bützow

Weltweite Eskalation wird in Kauf genommen

Es ist Zeit, den Kampfanzug anzuziehen für den Einsatz von NATO-Bodentruppen in der Ukraine, im Kampf gegen Rußland. So der „Vorstoß“ des Präsidenten Frankreichs. Noch gibt es dafür keinen Konsens, aber das kann sich ändern. Einen direkten Krieg mit Rußland? Wer will das riskieren? Für den Westen gilt nur ein Sieg der Ukraine.

Es werden große Anstrengungen unternommen, die Bundeswehr kriegstauglich und die Bürger unseres Landes kriegsbereit zu machen. Die Wehrbeauftragte meint, daß die Bundeswehr schwächelt, „altert und schrumpft“. Wie das? Trotz 100 Milliarden für die Bundeswehr, viel Geld, das der Steuerzahler zur Verfügung stellen muß. Nicht nur der Ruf nach einer Wehrpflicht wird lauter, es wächst der Druck auf den Kanzler, die TAURUS-Waffe, das deutsche „Tötungsgerät“ mit weitreichenden High-Tech-Granaten, an die Ukraine zu liefern. Daß Deutschland zur Kriegspartei wird, ist von den Kriegstüchtig-Machern gewollt.

Da werden nicht nur viele tausend Tote auf beiden Seiten in Kauf genommen, auch eine weltweite Eskalation. So handeln nur verantwortungslose Politiker!

Die NATO-Wertegemeinschaft kennt nur ein Ziel, Rußland zu schwächen und besiegen. Ist das für Deutschland die gewollte Sicherheitsgarantie? Oder das Ende?

Es ist höchste Zeit, über friedliche Konfliktlösungen zu verhandeln, sich für eine Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit einzusetzen. Zu hoffen ist, daß der Kanzler und eine Ampel-Mehrheit den Kriegstreibern nicht das Feld überlassen und die Vernunft siegt!

Ernst Jager, Panketal

Napoleon Bonaparte ist auferstanden

Wie es scheint, ist vor kurzem der berühmte Feldherr und zeitweilige Kaiser von Frankreich, Napoleon Bonaparte, in Gestalt des französischen Präsidenten Emmanuel Macron aus seinem Sarkophag in der Krypta des Invalidendoms in Paris auferstanden. Denn wie Napoleon will Macron als selbsternannter Feldherr mit seiner französischen Armee gen Osten ziehen, d.h., nicht er persönlich, aber seine Soldaten, die sollen es richten. Dabei traut er sich unter den völlig veränderten historischen Bedingungen sogar

mehr zu als Napoleon 1812. Er ist zuversichtlich, daß seine Bodentruppen, so sie denn in Marsch gesetzt werden, an der Seite der ukrainischen Armee gegen Rußland – im Gegensatz zu Napoleons 450 000-Mann-Heer – auch siegen werden. Sein Kalkül: Andere NATO-Mitgliedstaaten werden seinem Beispiel folgen und sich ihrerseits dem erneuten Feldzug gegen Rußland anschließen.

Doch Macron hatte sich offensichtlich nur oberflächlich mit Napoleons Biografie beschäftigt, jedenfalls scheinen ihm Napoleons militärische Fehlritte und Fehlleistungen während seines Feldzuges gegen Rußland vor mehr als 200 Jahren entgangen zu sein. Von dessen 450 000 Soldaten, die im Juni 1812 die Memel Richtung Moskau überschritten, kehrten nach der vernichtenden Schlacht im Oktober 1812 an der Beresina nur rund 10 000 hungrig, frierend und krank nach Frankreich zurück. Macrons Armee hat aktuell eine Gesamtstärke von ca. 280 000 Mann, davon etwa 207 000 aktive Soldaten. Davon gedenkt er, einen nicht unerheblichen Teil in diesem Jahr in die Ukraine und in deren NATO-Stellvertreterkrieg gegen Rußland über den Dnepr in Richtung Moskau zu schicken. Das sind zwar wesentlich weniger Soldaten als Napoleon befehligte, doch Macrons Armee ist dafür aufgrund des Fortschritts der Kriegstechnik mit moderneren Waffen ausgestattet, als es die von Napoleon waren. Dessen Kavallerie, Pulverflinten und Münchhausen-Kanonen sind militärische Geschichte. Macrons Armee verfügt über gepanzerte Kettenfahrzeuge mit modernster Computersteuerung, Raketenwerfer für weite Ziele und Waffen aus der Luft, von denen Napoleon allenfalls nur träumen konnte. Aber auch Rußland hat seit 1812 militärtechnisch nicht die „Daumen gedreht“ und verfügt heute über Waffenarten und -kapazitäten, mit denen es auferstandene Napoleons wie 1812 (noch weit westlicher vor Moskau) mit ihren Restarmeen nicht nur über die Beresina und Weser, auch über den Dnepr, notfalls auch über die Oder und Elbe bis zur Seine zurückschicken kann.

Macrons Soldaten unter blau-gelber Flagge könnte es ergehen wie denen Napoleons unter der Tricolore. Alle europäischen Friedenskräfte sind aufgerufen, Macrons Absichten zu durchkreuzen.

Manfred Wild, Berlin

Links gegen Krieg ist mehr als Gysy fordert!

Gregor Gysis Anliegen ist zu unterstützen, es geht ihm um die schnellstmögliche Beendigung des Krieges in der Ukraine und die friedliche Klärung aller Probleme auf dem Verhandlungsweg.

Mich ärgert aber seine regelrecht sanfte Behandlung des Westens und sein ewiges „Wir“, zu dem ich mich nie zähle und von dem er sich ersichtlich nicht abgrenzt. Hat er vergessen, daß er in einem der aggressivsten, aus dem faschistischen „tausendjährigen Reich“ hervorgegangenen Land lebt, das nie mit dem Faschismus und seinen personellen Trägern abgerechnet hat und in dem alle Quellen, die ihn hervorbrachten, weiterhin nur so sprudeln? Hat er die schon in der Schule vermittelte Lehre vom Staat als Überbau der

gesellschaftlichen Basis vergessen, nach der dieser primär den Herrschenden und Besitzenden dient und nach außen aggressiv deren Interessen verfolgt – 1999 in Jugoslawien, 10 Jahre in Afghanistan, in Mali, jetzt gegen den Jemen usw., usf. Weiß er nichts von den deutschen Vertragsbrüchen betreffs der Friedenserhaltung in der Ukraine, einen Tag vor dem Maidan-Putsch 2014 und 2015 bis ultimo betreffs der völkerrechtlichen Minsker Abkommen?

Wie kann man von den jetzigen Regierenden in Deutschland verlangen, mit Putin verhandeln zu sollen, was soll Putin davon denken? Würde Gysi sich als Rechtsanwalt mit Straftätern einlassen, um beispielsweise sein Vermögen zu schützen? Soll überhaupt irgendein Staatsmann etwa dem Kanzler auch nur ein Wort abnehmen, wenn dieser in aller Öffentlichkeit erklärt, daß ein Kontoinhaber kein Anrecht auf die Ertragszinsen aus seinem Guthaben hätte? Wie soll das Geforderte glaubwürdig und überzeugend sein, wenn ein konsequenter Standpunkt dazu fehlt und führende Kräfte aus der Partei Die Linke mehr als nur Kröten schlucken und regierend fleißig beim Abtrieb (= Abstieg) Deutschlands runter von den saftigen Wiesen mitwirken?

Wahlen sofort und Verfahren gegen die Völkerrechtsverbrecher auf den früheren und jetzigen Regierungsposten sind zu fordern und der sofortige Stop sämtlicher Waffenexporte und Geschenke in Kriegsregionen.

Renato Lorenz, Berlin

Meine kritische Sicht

Dem Artikel von Arnold Schölzel „BSW: Zu programmatischen Aussagen“ im März-„RotFuchs“ auf Seite 8 stimme ich mit Einschränkungen zu. Natürlich ist jede linke Partei in der jetzigen konfliktbeladenen Zeit wichtig und sehr notwendig. Aus meiner Sicht wären etwas kritischere und grundsätzlichere Formulierungen angebracht. So wird im Beitrag der Spagat des BSW nicht angesprochen, nach dem – verkürzt gesagt – die neue Partei als ein Stück Wirtschaftspolitik der FDP, ein größeres Stück Sozialpolitik der SPD und Asylantragspolitik der AfD erscheint.

Die Worte Sozialismus oder Kapitalismus kommen beim BSW nicht vor. Der Versuch, den Kapitalismus ein wenig zu zügeln oder ihn zu reformieren, bringt bekanntlich nichts. Eine klare Linie ist erforderlich und sie muß auch erkennbar sein für Wähler und Leser. Nicht einverstanden bin ich mit der Haltung des BSW bezüglich der Migrationsfrage. Hier fehlt eine eindeutige Aussage zu deren Ursachen und wie sie beseitigt werden können. Nur die Grenzzäune etwas erhöhen, löst nicht das Problem.

Arnold Schölzel geht im Leitartikel kurz auf das Thema AfD ein. Hierzu wünschte ich mir als Leser eine detaillierte, ausführliche, faktenbasierte und konkrete inhaltliche Auseinandersetzung mit den Zielen der AfD bei klarer inhaltlicher Abgrenzung zu anderen Bundestagsparteien. In der bürgerlichen Presse liest man nur „... die AfD ist böse, in der AfD sind die meisten Faschisten, die AfD sollte man nicht wählen, die AfD ist rußlandhörig, die AfD steht hinter Putin, die AfD ist gleich Bernd Höcke etc“.

Unter Beachtung der anstehenden Wahlen im Osten und dem zu erwartenden großen Zulauf zur AfD wäre eine faktenorientierte Dokumentation hilfreich.

Dr. Stephan Müller, Schönfels

Was bleibt noch von der bürgerlichen Demokratie?

Dem Grundgesetz werden weiter die Zähne gezogen. Die gewählten Volksvertreter denken nicht daran, die letzten Reste demokratischer Grundsätze zu verteidigen. Die meisten von ihnen huldigen – bewußt oder unbewußt – den Interessen des Monopol- und Finanzkapitals. Die Medien, eigentlich der objektiven Berichterstattung verpflichtet, sind zum Sprachrohr der Herrschenden verkommen.

Zwei Beispiele aus dem *mdr-Sachsenspiegel* und *mdr-aktuell* vom 25. März:

Nach Beispielen der vergangenen Wochen zu Streiks der Lokführer, des Flugplatzpersonals, der Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr wird die Frage gestellt, ob das Streikrecht eingeschränkt werden soll, was zur Zeit „in der Politik“ diskutiert wird. Mittlerweile wären angeblich 52 % der Bevölkerung dafür, hätte eine Umfrage ergeben, und es gebe ja schon Einschränkungen des Streikrechts, z. B. in Spanien und Großbritannien, was als durchaus gerechtigt und normal präsentiert wird. Kein Hinweis darauf, daß der Streik dann wirkungslos wird, wenn 50 bis 75 % des Zugverkehrs bei einem Streik gesichert werden müßten.

Keine Frage nach Solidarität, die auch für eine bürgerliche Demokratie wichtig ist, um die Interessen der Bürger zu sichern.

Bernd Gnant, Kühlungsborn

Als Leser des „RotFuchs“ meinen Gruß zum Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse am 1. Mai

Im Schatten vereint

Trotzig gegenüber den als Wohltaten verkleideten dahin geschmissenen Brotkrumen und den herablassenden Phrasen voll des gegenseitigen Ausspielens, zur alleinigen Belustigung derer, die im Scheinwerferlicht flanieren, sind WIR, die im Schatten leben und in unseren Hoffnungen verbunden, wie auch im Leid vereint, einer Tatsache doch vollends bewußt: Die Blüte des Menschseins, erwächst sich frei jeder Grenzziehung allein aus Menschlichkeit.

Benjamin Lapp, Bischoffen

Da war nicht nur von Stauffenberg

Das nd brachte am 19.3. eine Rezension des Buches von Ulrich Sander „Arbeiterwiderstand im Dritten Reich“.

In der bundesdeutschen Geschichtsschreibung gedachte man vor allem der Wehrmachtsoffiziere, die erst kurz vor Schluß opponierten, der Männer des 20. Juli 1944 um Graf von Stauffenberg. Doch waren es zuallererst Angehörige der Arbeiterbewegung, die sich dem Regime entgegenstellten.

Auf diese schreiende Diskrepanz machte bereits die Schriftstellerin Christel Weiß

aufmerksam. In ihrer „Proletarischen Familien-Saga“, erschienen in MV-Taschenbuchverlag 20215 / ISBN 978-3-86785-321-7) schreibt sie, daß es während des Hitler-Faschismus „Hunderte gab, tausende Familien kommunistischer, sozialistischer, christlicher Antifaschisten oder auch solcher ohne Bindung an Partei oder Glauben, in denen von heute auf morgen der ‚Vater weg‘ war. Nicht selten vielleicht auch die Mutter. Kam es sehr schlimm, sogar beide. Damit sie nicht so verschwiegen werden, wie es derzeit geschieht, entstand dieses Buch.“

Die Familiensaga ist in Romanform gehalten. Die darin vorkommenden Personen und Namen sind bis auf wenige Ausnahmen alle authentisch. Ebenso die dargestellten Handlungen und Ereignisse. Handlungsorte im Erzgebirge und Chemnitz.

Wenn im Juli, wie jedes Jahr, hier und anderenorts daran erinnert wird, sollten die Bücher von Christel Weiß und Ulrich Schneider nicht vergessen werden.

Paul Jattke, Chemnitz

Mehr Rentengerechtigkeit statt Börsenpoker

Die Minister Lindner und Heil sollten dafür sorgen, daß in Deutschland alle Menschen mit Erwerbseinkommen in die Rentenkasse einzahlen. Das wäre nur gerecht.

Nach fast 33 Jahren erfolgte die Angleichung des Rentenwertes Ost an West.

Trotzdem ist das durchschnittliche Jahreseinkommen der Ruheständler im Osten wesentlich niedriger als im Westen, obwohl immer wieder betont wird, daß wir doch alle Deutsche sind... Grünen Chefin R. Lang schätzte den Rentendurchschnitt in Deutschland auf 2.000 €. Da hat sie sich in Unkenntnis der realen Lage gewaltig verschätzt. Unerwähnt ließ sie, daß jede zweite Rente unter 1.100 € liegt. Für 2024 sind mehr als 71 Milliarden Euro Militärausgaben vorgesehen.

Frieden schaffen mit weniger Waffen, wäre gut – nicht nur für die Rentenkasse!

Wilfried Schubert, Güstrow

Wenn ich an meine Kindheit denke ...

So wie die Sonne im Frühling höher stieg, konnten wir Kinder wieder auf der Straße, einer Seitenstraße, spielen. Also den Kreisel raus, einen festen Bindfaden am Peitschenstiel befestigt und los ging es. Wer hatte den am längsten tanzenden Kreisel ...

Heute ist alles anders. Die Kinder spielen nicht mehr mit dem Kreisel, sondern mit ihren Smartphones, stundenlang, ohne auch nur die geringste Ahnung von dem bunten Kaleidoskop der Spiele meiner Generation zu haben. Aber auch Spiele sind Kulturgut und wert, nicht in der Versenkung zu verschwinden. Großeltern können helfen, einige davon ihren Enkeln wieder nahezubringen, und wenn es nur das gute alte Kreisel-Spiel ist. Es gibt ihn noch in Spielzeugläden und ganz bestimmt auch in so mancher Kiste in der Kammer oder auf dem Dachboden.

In meiner Kindheit waren wir immer auf den Beinen, hatten Spaß an der Bewegung, dem Zusammensein an frischer Luft, am Entdecken und Erkunden. Mir scheint, gerade das fehlt heute vielen Kindern.

Beate Bölsche (92), Beetzsee



Christine H. aus Westberlin hat diese Zeichnung zum Tag der Befreiung vom Faschismus 1985 als 17jähriges Mädchen angefertigt.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout:

Hinkelsteindruck, soz. GmbH

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet:

www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge †
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Dr. Kurt Laser †
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeld
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

RotFuchs-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.